

0 9932

INTERVIEW:

SECURITY INFORMATION
CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

REPORT NO.

INFORMATION REPORT

CD NO. 25X1A

COUNTRY Germany (Russian Zone)

DATE DISTR. 11 July 1952

SUBJECT Miscellaneous Economic Information on the DDR

NO. OF PAGES 1

PLACE
ACQUIRED

NO. OF ENCLS. 2 booklets
(LISTED BELOW)

DATE OF ACQUISITION

25X1A

SUPPLEMENT TO
REPORT NO.

SOURCE

25X1C

The attached material is forwarded to you for retention.

CLASSIFICATION SECRET/CONTROL - U.S. OFFICIALS ONLY

PERSONNEL INFORMATION				SECURITY CONTROL				U.S. OFFICIALS ONLY									
STATE		NAVY		NSRB		DISTRIBUTION											
ARMY		AIR				ORR		x									

Return to CIA Library

SECRET/US OFFICIALS ONLY

SECURITY INFORMATION

Approved For Release 2001/07/13 : CIA-RDP83-00415R012100030004-9

German Democratic Republic

FDD Abstract of [REDACTED] 25X1A

ECONOMIC, POLITICAL, AND SOCIOLOGICAL INFORMATION (110 pp; German; date of information 1949-25X1A 1952; [REDACTED]

25X1X

This document consists of typewritten pages bound into two separate booklets. The content indicates that the information consists of copies of original ~~GDR~~ GDR documents. ~~In~~ the first booklet the following information is contained:

- 1) A report ~~of~~ ^{on} the present status of work in private enterprises in the GDR. Although this report is not dated, the text indicates that 1951 information is included. The report gives statistics of the number of workers employed in private enterprises, according to sex. ~~Statistics of the various industrial branches are given.~~ There is information on wages, party membership, party schooling, sentiments of party members and of non-party members, union activities, etc.
- 2) A table and a two-page analysis of the change in the class structure in East Berlin between 1945 and 1951. This was prepared by the Statistical Office of the Berlin Magistrate. The table includes unemployment figures for 1950 and 1951.
- 3) A detailed table of persons registered with the labor office during May, June, July and August 1951.
- 4) A very comprehensive and detailed report on the form and method of the "class struggle" in Berlin. The following ~~subsections~~ ^{sections} are treated: class structure of West Berlin population 1945-1951; comparison of results of census of places of work - 1939-1945-1950, for West Berlin; labor force and wage statistics for West Berlin; "reactionary" forces in East Berlin: SPD, Church, Nazis, entrepreneurs; the political line followed by those opposed to the present order in East Berlin - ideological, political, economic; the methods used by them; connections between "subversive" organizations in East Berlin ~~and~~ ^{with} the West; the role of the SED in West Berlin; work of other organizations in West Berlin, such as FDGB, FDJ, German-Soviet Friendship Union, etc.; aid given by East Berlin to its "fighters" in West Berlin. This report is not dated, but seems to have been written at the end of 1951.

The reports in the second booklet seem to have been written by a West German source. The reports, all dated early 1952, include the following:

- 1) A five-page report on the pharmaceutical development in the GDR.
- 2) A short survey of political and economic conditions in Merseburg (Sachsen-Anhalt) in spring 1952. This is one of the most important districts/industrial; the Walter Ulbricht Leuna Works and the Buna Works are located there.
- 3) A report on the people-owned Kleinkreuz farm in Brandenburg.
- 4) Short reports on: ~~the~~ VEB Euling & Mack, Ellrich; the Erfurt Stockyards; recruiting for the People's Police, FDGB Sanatorium, the Volkstedt forced labor camp, the Riesa steel plant, etc.

Foreign language document or microfilm of it (C9932) is available in the CIA Library, ext. 3505

[REDACTED] ext. 2016

8 August 1952

25X1A

SECRET
US OFFICIALS ONLY

THIS IS AN ENCLOSURE TO
DO NOT DETACH

25X1A

SECRET CONTROL
U.S. OFFICIALS ONLY

Die Entwicklung des Apotheken-
wesens in der Deutschen Demo-
kratischen Republik.

*Development of pharmacy
work in the DDR 1949-
1952*

SECRET CONTROL
U.S. OFFICIALS ONLY

Vertraulich!

Die Entwicklung des Apothekenwesens in der Deutschen Demokratischen Republik.

Die Neuregelung des Apothekenwesens in der sowjetisch besetzten Zone, die durch Verordnung vom 22. Juni 1949 eingeleitet wurde, hat die Spaltung Deutschlands in politische Einflusssphären auch auf fachpolitischem Gebiet offenkundig werden lassen und zu einem Bruch mit den Jahrzehnte langen Bemühungen um eine reichseinheitliche Lösung des Apothekenbetriebsrechtsproblems geführt. Damit ist ein Zustand geschaffen, der den Bestrebungen in der Bundesrepublik diametral entgegengesetzt ist und den Einheitsgedanken auf dem Gebiet des Apothekenwesens mit einer bedenklich hohen Hypothek vorbelastet. Es erscheint daher nicht unwichtig, die Neuregelung des Apothekenwesens in der Ostzone in ihrer Entwicklung und in ihren Hintergründen den interessierten Fachkreisen aufzuzeigen. Die Notwendigkeit hierzu ist umso mehr gegeben, als bisher eine zusammenhängende Darstellung im Schrifttum fehlt und von den an der Neuregelung unmittelbar Beteiligten auch in Zukunft kaum zu erwarten sein dürfte.

Den ersten Anstoß zu einer Umwälzung gab die Landesverwaltung Sachsen, die ohne Fühlungnahme mit den anderen Ländern der Zone in einer Verordnung über die Neuregelung der Apothekenbetriebsrechte vom 13. Dezember 1945 überraschend gehandelt hatte. Mit Wirkung vom 1. Januar 1946 sollten die Apothekenbetriebsrechte ohne Entschädigung auf das Land Sachsen übergehen und von diesem als Pachten gegen Zahlung eines Zinssatzes neu vergeben werden. Die damit angekündigte Enteignung der Apothekenbetriebsrechte stand im Widerspruch zu den Grundsätzen der Verfassung und der Einspruch der Betroffenen hatte zur Folge, daß die Rechtsfolgen der Verordnung nicht im ganzen Umfang eintraten. Angesichts eines fehlenden gleichen Vorgehens der anderen Länder und der damit verbundenen Gefahren für die Einheitlichkeit des Apothekenwesens der Ostzone ergriff die Deutsche Zentralverwaltung für das Gesundheitswesen (DZV Ges) unter ihrem damaligen Präsidenten Dr. KONITZER die Initiative und setzte eine Kommission ein, die mit der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes für die Neuregelung der Apothekenbetriebsrechtsfrage beauftragt wurde. Dieser Kommission gehörten die Herren Dr. HOLTHÖFER, Dr. KRACHT, Dr. RÖTHE sowie die Herren Dr. BERGMANN und W. MÜLLER als Leiter der Abteilungen VIII UND X der DVZ Ges an.

Der erste Entwurf trägt das Datum des 6. Januar 1946, war also in verhältnismäßig kurzer Zeitspanne zustande gekommen. Er beruhte auf dem Prinzip der Personalkonzession, in die auch die verkäuflichen Apothekenbetriebsrechte in einer Übergangszeit von 12 Jahren umgewandelt werden sollten. Zum ersten Mal fand der Gedanke einer Betriebsabgabe, der bereits früher in der Fachpresse erörtert worden war, seine Formulierung. Ihre Zweckbestimmung war für die Aufrechterhaltung in ihrer Existenz bedrohter und die Errichtung neuer Apotheken sowie den Aufbau einer Alters- und Hinterbliebenenfürsorge gedacht. Durch Gegenvorschläge der Länderregierungen erfuhr der Entwurf Abänderungen und erhielt erst in einer Referentenbesprechung der Länder am 7. November 1946 seine endgültige Fassung. Die Vorlage bei den Landesgesundheitsämtern trug das Datum des 10. November 1946, ein Zeichen für die Dringlichkeit mit der die DVZ Ges die Angelegenheit behandelte.

Die von der ersten Fassung abweichenden Bestimmungen umfassten im wesentlichen die Beteiligung eines Ausschusses an der Auswahl

- 2 -

der Bewerber, die Heraussetzung der Altersgrenze für das Erlösen der bestehenden Apothekenbetriebsrechte auf das 75. Lebensjahr und den Fortfall der Übergangsfrist von 12 Jahren für die Umwandlung der verkäuflichen Apothekenbetriebsrechte.

Da die DVZ Ges damals weder über Weisungs- noch Gesetzgebungsrechte verfügte, wurde der Gesetzesentwurf den Ländern zur Vorlage bei den Landtagen zugeleitet, nachdem die Sowjetische Militäradministration (SMAD) dem Entwurf zugestimmt hatte. Das Inkrafttreten des Gesetzes war für den 1. April 1947 vorgesehen, wie aus dem Entwurf vorangestellten Ausführungen der DVZ Ges hervorgeht. In den Länderregierungen kam der Entwurf über Beratung mit den Apothekerbeiräten, den späteren Apothekerausschüssen, nicht hinaus, die sich mit einer entschädigungslosen Löschung der Apothekenbetriebsrechte nicht abfinden konnten. Auch die Fachpresse nahm gegen den Entwurf Stellung und trug nicht unwesentlich zu seiner Ablehnung bei. Daß damit die letzte Chance zu einer zoneneinheitlichen Lösung im Sinne der Personalkonzession, also auf privatwirtschaftlicher Grundlage, verloren ging, wurde von den beteiligten Kreisen nicht erkannt.

Mit Beginn des Jahres 1947 kam die Betriebsrechtsform in andere Bahnen. Den weiten Kreisen der Apothekerschaft als Geschäftsführer des ehemaligen Reichsverbandes der Landkrankenkassen bekannte Berufskollege

Helmuth L E H M A N N erstellte einen Gegenentwurf, der das Datum des 6. Januar 1947 trägt, und legte diesen dem Zentralsekretariat der Sozialistischen Einheitspartei (SED) zur Beschlußfassung vor. Dieser Entwurf fand in den Gesundheitspolitischen Richtlinien der SED seinen Niederschlag, die in der Sitzung des Zentralsekretariates vom 31. März 1947 aufgestellt wurden. Da diese Richtlinien die verwaltete Staats- und Gemeindeapotheke als Lösung empfahlen, war damit das Schicksal der bisher auf der Grundlage der Personalkonzession betriebenen Reformbestrebungen angesichts der politischen Rechtsverhältnisse entschieden. Wenn das Jahr 1947 trotzdem noch keinen den Gesundheitspolitischen Richtlinien angepassten Entwurf der VDZ Ges brachte, so lag das daran, daß die Voraussetzungen für eine Annahme als Gesetz mit Verfassung änderndem Charakter - angesichts der vorgesehenen entschädigungslosen Enteignung der Betriebsrechte - in den Landtagen noch nicht gegeben schienen.

Nach dem Amtsantritt ihres neuen Präsidenten Pr. Dr. L I N S E R brachte die DVZ Ges die Apothekenreform erneut in Fluss und legte den Landesgesundheitsämtern einen unter dem 26. Februar 1948 erstellten Entwurf vor. Erstmals wurde der Entwurf auch mit Rücksicht auf den zu erwartenden Widerstand der bürgerlichen Parteien einen Kompromissvorschlag darstellte. Die Betriebsreform der verwalteten und verpachteten Kommunalapotheke sollte das Weiterbestehen der Personalkonzession nicht ausschließen. Bei der Vergabe neuer Betriebsrechte sollten jedoch die Stadt- und Landkreise vor anderen Bewerbern den Vorrang haben, womit praktisch die Neueinrichtung von Apotheken eine Angelegenheit der öffentlichen Hand geworden wäre. Die Betriebsabgabe war den vorangegangenen Entwürfen entnommen. Die Formulierung, daß der aus den Abgaben zu bildende Fonds für die Zwecke des Apothekenwesens zu verwenden sei, ließ die Annahme zu, daß an eine Mitverwendung dieser Mittel für den Aufbau einer Alters- und Hinterbliebenenfürsorge nicht mehr zu denken war. Tatsächlich hatte sich inzwischen herausgestellt, daß die Errichtung standeseigener Versorgungseinrichtungen nicht mehr mit der erforderlichen Genehmigung durch die Besatzungsmacht rechnen konnte. Bemerkenswert ist auch das Fehlen jeder Entschädigung

- 3 -

für das Erlöschen der Apothekenbetriebsrechte, das auch der neue Entwurf vorsah. Angesichts der Abneigung der Landesgesundheitsämter, die Reform auf dieser Grundlage zu betreiben, lud der Präsident der DZV die Sozialminister der Länder, denen die Landesgesundheitsämter unterstanden, zu einer gemeinsamen Sitzung ein, die am 5. Mai 1948 in Berlin stattfand. Hierbei wurde ein neuer Entwurf vorgelegt, der eine Erweiterung des Entwurfes vom 26. Februar 1948 darstellte. Die Kommunalpolitik hatte die Form der verwalteten Poliklinikapotheke und der verpachteten Landesapotheke angenommen. Der vorgesehene Apothekenbeirat sollte nicht nur für die Auswahl der Bewerber, sondern auch für die Planung der Neuerrichtung zuständig sein. Bei einer Mitgliederzahl von 15 Köpfen sollten nur 3 Apotheker vertreten sein. Insbesondere in dieser Bestimmung wurde der Einfluß rein politischer Faktoren erkennbar. Von den an der Ministersitzung teilnehmenden beiden Länderreferenten sprach sich der sächsische für und der thüringische gegen den Entwurf aus, nachdem die Sozialminister sich grundsätzlich zustimmend zum Entwurf geäußert hatten. Der Einspruch Thüringens gegen die fehlende Entschädigung der zum Untergang bestimmten Betriebsrechte und sein Hinweis auf erhebliche formale Mängel des neuen Entwurfes veranlassten den Präsidenten der DZV Ges zu seiner Zurückziehung.

Der gleichzeitig angekündigte neue Entwurf trägt das Datum des 10. August 1948. Er zeichnete sich durch klaren Aufbau und einwandfreie Formulierung, eine Folge der durch den neuen Leiter des Apothekenwesens der Ostzone Dr. jur. P R I T Z E L erfolgten Bearbeitung. Inhaltlich entsprach der Entwurf seinem Vorgänger bis auf einige wenige Abweichungen. Immerhin hatte sich die DZV Ges zu einer bedingten Entschädigung der Betriebsrechtinhaber entschlossen, die sollte in Notfällen erfolgen. Diese Bestimmung und das vorgesehene Vorkaufsrecht des neuen Trägers der Apotheke am gemnutzten Apothekergrundstück war die wesentlichsten Unterschiede-merkmale gegenüber dem Vorentwurf. In den Ländern Sachsen und Thüringen wurde der Entwurf zur Diskussion gestellt. In Thüringen sprach sich ein Kreis von etwa 20 angestellten und besitzenden Kollegen gegenüber dem Sozialminister einmütig gegen den Entwurf aus und stellten sich damit hinter die ablehnende Haltung seines Landesapothekers. Aus der Haltung der Landesgesundheitsämter und der hinter diesen stehenden Berufsvertretungen sowie der Fachpresse zog die DZV Ges den Schluß, daß die Versuche, die Neuregelung des Apothekenwesens über die Länder wirksam werden zu lassen, zu keiner zureichenden Lösung führen würden.

Die Erfahrungen mit dem Inkraftsetzen der Arzneimittelgesetze durch die Länder spielten bei diesen Erwägungen mit. Die DZV Ges nahm die Ablehnung ihres letzten an die Länderregierungen gerichteten Entwurfes im Bewußtsein wachsender Stärke hin, zeichnete sich doch am politischen Horizont der Ostzone die Zentralisierung der Legislative ab.

Mit der am 27. November 1948 erfolgten Einbeziehung der DZV Ges in die Deutsche Wirtschaftskommission erhielt die Zentrale Gesundheitsverwaltung das Weisungsrecht gegenüber den Landesgesundheitsämtern und die Möglichkeit, rechtswirksame Verordnungen für ihren Dienstbereich zu erwirken. So schloß das Jahr 1948 zwar ohne Entscheidung ab, die Situation war aber zu übersehen und hinterließ in den betroffenen Kreisen der Apothekerschaft tiefe Sorge um das Ausmaß des zu erwartenden staatlichen Zugriffes.

Immerhin dauerte es noch viele Monate, bis die Reform verkündet werden konnte, wenn das Jahr 1949 noch in der Entscheidung brachte.

- 4 -

Die Zwischenzeit füllten Angriffe gegen den Apothekerstand in seiner Gesamtheit aus, die offensichtlich die Neuordnung in der Öffentlichkeit vorzubereiten bestimmt waren, an Berechtigung und Sachlichkeit jedoch viel zu wünschen übrig liessen. Vermutlich sollten diese Angriffe aber auch die Tätigkeit der Kommission zur Bearbeitung der Reform des Apothekenwesens bei der Deutschen Wirtschaftskommission beflügeln, da die bevorstehende Ausrufung der Deutschen Demokratischen Republik den Übergang der gesetzgebenden Gewalt auf die Volkskammer nach sich ziehen mußte, wodurch die Neuordnung einen der Zentralen Gesundheitsverwaltung unerwünschten Aufschub erhalten hätte. Im Gegensatz zu Prof. Dr. L I N S E R und seinen engeren Mitarbeitern, die sich an der Diffamierung des Apothekerstandes beteiligten, erkannte Dr. PRITZEL den schonungslosen Einsatz und die Leistungen der ostdeutschen Apothekerschaft in der schweren Zeit nach dem Zusammenbruch von 1945 öffentlich an. Der bisherigen Polemik gegen die privatwirtschaftliche Betriebsreform der Apotheke stellte er Gründe weltanschaulicher Art entgegen, die nach seiner Auffassung die Neuordnung rechtfertigten.

Aus der Feststellung, daß sich die sowjetische Besatzungszone in einem fortschreitenden wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Umwandlungsprozess befindet, leitete Dr. Pritzel die Notwendigkeit ab, die gesellschaftliche Neuordnung auch im Apothekerwesen zur Geltung zu bringen - eine zwangsläufige Folge des Totalitätsanspruches der Ostzonenregierung. Dieser Begründung folgte ein Vierteljahr später die Verkündung des Beschlusses der Deutschen Wirtschaftskommission vom 22. Juli 1949, die die Neuordnung des Apothekenwesens zum Gegenstand hat. Nach den Bestimmungen dieser Verordnung wurden mit Wirkung vom 1. Oktober 1949 alle Apotheken von den Ländern oder Gemeinden übernommen, die sich am Tage der Verkündung nicht im Eigentum ihres Leiters befanden. Unter diese Bestimmung fielen alle verwalteten und verpachteten Apotheken, sofern nicht Apotheker Verpächter und zur Wiederaufnahme der Leitung in der Lage waren. Alle Apotheken, deren Eigentümer die Leitung der Apotheke selbst auszuüben vermögen, blieben als Apotheken in Privatbesitz bestehen und sollen erst mit dem Tode ihres jetzigen Besitzers der Umwandlung unterzogen werden. Ihre Betriebsrechte sind gelöscht worden und ihre Inhaber führen die Apotheke aufgrund der durch Gesetz erteilten generellen Erlaubnis weiter. Die mit Wirkung vom 1.10.1949 umgewandelten Betriebsrechte kamen entweder in Landesbesitz und wurden als Landesapotheken verpachtet oder in den Besitz der Kreise und wurden verwaltete Poliklinikapotheken.

Die Auswahl der Apotheken als Landes- oder Poliklinikapotheken erfolgte durch die Zentrale Gesundheitsverwaltung und wurde lediglich von der Höhe und Rentabilität des Umsatzes bestimmt. So wurden Apotheken an solchen Orten in Poliklinikapotheken umgewandelt, an denen sich eine Poliklinik überhaupt nicht befand. An anderen Orten waren bereits Apotheken in die Einrichtung der Poliklinik eingebaut, als bisherige Pachtapotheken zusätzlich in Poliklinikapotheken umgewandelt wurden. Dieses Verfahren ist im Hinblick auf die Vorschriften des § 5 der Verordnung rechtlich bedenklich, wonach die Apotheken - die umgewandelt und die neu errichteten - grundsätzlich als Landesapotheken, also unter einem Pächter, betrieben werden sollen. Die zur Begründung dieses Verfahrens erlassene Erste Durchführungsverordnung bestimmt demgegenüber, daß die

-5-

- 5 -

Umwandlung der erloschenen Betriebsrechte unter Beachtung der für das Apothekenwesen im Volkswirtschaftsplan aufgestellten Planziffern zu erfolgen habe, gegenüber der Verordnung selbst ein rechtlich neuer Tatbestand.

Die Rechtsgültigkeit der Ersten Durchführungsverordnung ist jedoch solange nicht anfechtbar, als es eine übergeordnete Verwaltungsgerichtsbarkeit in der Deutschen Demokratischen Republik gar nicht gibt, im Erfolg angesichts der Ausübung der Rechtspflege in der Ostzone aber auch dann zweifelhaft.

Die Begründung mit der Notwendigkeit der Erfüllung von Planziffern ist nicht überzeugend, da in der Ostzone nach dem Stand des Jahres 1949 eine Apotheke 12.300 Einwohner zu versorgen hat, die Erfüllung von Planziffern also auf dem Wege der Vermehrung möglich wäre.

Die Apotheken in Privatbesitz und die Landesapotheken haben für die Erlaubnis zum Weiterbetrieb eine Betriebsabgabe zu entrichten, die von der Umsatzhöhe bestimmt wird. Bei den Landesapotheken ist die Abgabe den Pächtern auferlegt worden, die außerdem einen Pachtzins zu leisten haben. Die Mittel der Betriebsabgabe sind zur Entschädigung der durch Untergang der Betriebsrechte Betroffenen sowie zur Errichtung neuer Apotheken bestimmt. Dass diese Art der Selbstablösung erreicht werden konnte, ist das Ergebnis des Widerstandes der Landesgesundheitsämter und der Mitwirkung der bürgerlichen Parteien in der Deutschen Wirtschaftskommission. Mit der Ausszahlung der Entschädigungen, die ratenweise erfolgt, ist begonnen worden. Umfang und Ratenfolge werden davon abhängen, inwieweit die Mittel der Betriebsabgabe für die Errichtung neuer Apotheken in Anspruch genommen werden.

Die weitere Entwicklung der auf privatwirtschaftlicher Grundlage arbeitenden Apotheken wird durch die der Zentralen Gesundheitsverwaltung vorschwebenden Endlösung - die verwaltete Kommunalapotheke - sichtbar gehemmt. Die Investitionsfreudigkeit hat zwangsläufig gelitten. Pflichtauffassung und Verantwortungsbewusstsein gegenüber der Allgemeinheit wirken jedoch kompensierend und tragen zur Erhaltung des guten Rufes dieser Apotheken bei. Die Einbeziehung der verwalteten Poliklinikapotheken in den Staatshaushalt mit seinen Nöten und Schwierigkeiten lässt für ihre Weiterentwicklung keine günstige Prognose zu. Von dem Ideal der vorbildlich ausgestatteten und arbeitenden Staatsapotheke, das als Postulat vor der Neuordnung verkündet wurde, ist bereits bei der Aufstellung der ersten Haushaltspläne der Poliklinikapotheken wenig übrig geblieben. Die wachsende Einflußnahme beruhsfremder Elemente und zunehmender politischer Druck machen die Besetzung frei werdender leitender Stellen der Poliklinikapotheken immer schwieriger. Der Mangel an Volksapothekern soll durch Ausbildung eines mittleren pharmazeutischen Personals auf Pharmazieschulen ausgeglichen werden. Die bisher genannten Termin für die Eröffnung der Lehrgänge konnten jedoch nicht eingehalten werden.

Die Bemühungen um eine Ordnung auf dem Gebiet des Arzneimittelwesens - gekennzeichnet durch die Arzneimittelgesetze der Länder - vermögen den Mangel an Produktionsmitteln und Grundstoffen nicht auszugleichen.

An dem Fortschritt der Arzneimittelforschung des Westens ist die Ostzone mangels Einführen unbeteiligt. Das Fehlen jeglicher Fach-

- 6 -

literatur westlicher Länder verhindert, daß der in der Ostzone tätige Apotheker sein Wissen dem seiner westdeutschen Berufskollegen angleicht. So steht die ostdeutsche Apotheke in einem schweren Kampf um die Erfüllung ihrer Aufgabe, die Versorgung der durch Unterernährung gefährdeten Bevölkerung.

- - - - -

Kurze wirtschaftliche und politische Übersicht im Frühjahr 1952 im Landkreis Merseburg (Sachsen-Anhalt)

- - -

Der Landkreis Merseburg zählt ca. 150 000 Einwohner, 49 Gemeinden, darunter die Städte

Merseburg	ca.	40 000	Einwohner
Leuna	"	11 500	"
Schkeuditz	"	20 000	"
Lauchstädt	"	7 000	"
Schafstädt	"	5 000	"
Dürrenberg	"	16 000	"

Der Landkreis Merseburg ist einer der stärksten Industriekreise des Landes Sachsen-Anhalt und befinden sich darin die zwei der größten SAG-Betriebe der sogen. DDR, Leuna-Werke Walter Ulbricht und das Buna-Werk. Zu diesen Industriebetrieben tritt noch durch die im Jahre 1950 durchgeführte Kreisgrenzenänderung, fast das gesamte Kohlengbiet im Gieseltal, darunter die Hauptgruben

Grosskayna
Mücheln
Leuna u.a.

ein kleinerer SAG-Betrieb ist das Stahlwerk Frankleben, das nur für den sowjetischen Export arbeitet.

Das B u n a w e r k .

unbeschädigt durch den Krieg gekommen, arbeitet zurzeit mit einer Stammbeslegschaft von ca. 12 000 Mann. Deutsche Werksleitung: 1. Direktor Dr. N e l l e s , 2. Direktor Dr. M o l l . 90% der Gesamtproduktion (Bunagummi, Essigsäure u.a.) Export für die Sowjet-Union.

Die Stimmung der Arbeiterschaft in diesem Werk kann so beurteilt werden, als das von der Gesamtbeslegschaft etwa 25% Mitglied der SED sind und dass gerade diese Beslegschaft es verstanden hat, im vergangenen Jahre bei dem Abschluss der Kollektiv-Verträge weitgehendste Änderungen auszudrücken.

Besonders auffällig ist in diesem Werk der stete Wechsel der Hauptfunktionäre, die plötzlich abgehen und auch zum Teil vollkommen aus dem Gesichtskreis verschwinden, wie beispielsweise der letzte Kulturdirektor Hans Schubert und der SED-Kreisvorsitzende Karuseit.

In Bezug auf die politische Einstellung der Führungskräfte (Intelli-
genz) bedarf es einer besonderen Erwähnung, dass 90% sich von

- 7 -

jeder politischen Arbeit fernhalten und, soweit sie politische organisiert sind, zur LDP oder CDU gehören. Es ist möglich, dass im vergangenen Jahre einige der jüngeren Akademiker der SED aus Karrieregründen beigetreten sind. Der 1. Werksleiter Direktor Dr. Helles gehört der LDP an, der 2. Werksleiter Dr. Moll ist wohl unpolitisch, da er sich nie bei Veranstaltungen sehen lässt, mit Ausnahme der Werksveranstaltungen. Auch sonst pflegt er keinerlei Verbindungen zu Parteien.

Ein grosser Teil, und zwar einige tausend Mann dieser Belegschaft sind nach wie vor in grossen Werksbaracken untergebracht, die fast eine kleine Gemeinde für sich bilden und haben bei Versammlungen in dieser Barackenstadt alle Parteien, besonders Ende vergangenen Jahres, tüchtige Abfahren erlitten. In einer Versammlung, die von Umsiedlern sehr stark besucht war (etwa 1000 Mann) kam es zu einem ziemlich grossen Krach und wurden die Referenten, die über die Oder-Neisse Linie sprachen, ausgepiffen.

Zusammenfassend, wirtschaftlich ist das Hunawerk zurzeit kaum in Materialengpassnötigen, da von der dortigen sowjetischen Generaldirektion durch Kompensationen bis im vergangenen Jahr auf jeden Fall genügend Material beschafft worden ist.

Leuna-Werke Walter Ulbricht:

Das Leuna-Werk arbeitet zurzeit mit einer Stammbeflegschaft von etwa 25 000 Mann.

Deutsche Werksleitung Dr. Hermann E c k h a r d und Dr. W i r t h , (Volkskammer-Abgeordneter)

beide gehören der SED an.

Russische Werksleitung: Generaldirektor M a t j e j e w
Stellvertreter G r e c h o w .

Der Wiederaufbau der stark kriegszerstörten Fabrikanlage ist mit etwa 50% des Standes von 1939 durchgeführt. Zurzeit steht der gesamte Wiederaufbau, da die dazu benötigten Materialien nicht zu beschaffen sind. Beispielsweise werden mit aller Mühe Anstrengung die grossen Kesselanlagen aufrechterhalten, da die benötigten Siederohre, im Osten hergestellt, nicht zu gebrauchen sind und der bisherige Zugang aus dem Westen fehlt. Dasselbe gilt für die Hydrieranlage und auch zum Teil für die schwefelsaure Ammoniak-Herstellung. Manche Fabrikationen sind bereits ausgefallen, da die dafür benötigten Grundstoffe ebenfalls nicht beschafft werden können.

Es ist ja bekannt, dass das Leuna-Werk in Berlin, Friedrichstr. 194-199 ein eigenes Büro unterhält, das sich verzweifelte Mühe gibt, durch Kompensationsgeschäfte mit dem Westen, wie mit Holland, Schweden, Dänemark und Norwegen die mangelnden Materialien und Ersatzteile zu beschaffen.

In einer Unterredung im vergangenen Oktober-November mit den deutschen Werksleitern Direktor Dr. Eckhard und Dr. Wirth wurde von diesen der sichere Rückgang der gesamten Produktion festgestellt, wenn nicht in absehbarer Zeit die dringend benötigten

- 8 -

Ersatzteile für Maschinen und sonstigen Materialien aus dem Westen beschafft werden können. Von Dr. Eckhard wurde sehr stark bezweifelt, dass es ihnen gelingt, im Jahre 1952 das auferlegte Soll zu erfüllen, da jeden Tag Einschränkungen im Betrieb erfolgen. Seit einigen Monaten wird ein grosser Teil der Belegschaft mit Aufräumungsarbeiten und mit der Gewinnung von Altmaterial beschäftigt.

Nach dem Bericht der Kreisleitung der SED des Werkes gehörten im vergangenen Jahre von der Belegschaft etwa 6 000 Mann der SED an. Von berufener Seite wurde der damalige Bericht sehr stark bezweifelt, da gerade in Bezug auf die politische Mitarbeit der Belegschaft sehr starke Kritiken erfolgten und man durch die rasche Abberufung der Kreisleiter in dieses Werk und durch intensive Bearbeitung der Belegschaft versuchte, neue Mitglieder für die SED zu werben. Aber auch diese Methode hatte vollkommen versagt und kam dies am besten bei dem Abschluss des Kollektiv-Vertrages 1951 zum Ausdruck. Während es im Buna-Werk noch verhältnismässig ruhig zuging, waren die Sitzungen der BGL und AGL im Leunawerk von stürmischen Protesten begleitet.

In einer der letzten Sitzungen, in der die Vertreter der Belegschaft den vorgelegten Vertrag ablehnten, kam es sogar zu Tumulten. Der bei dieser Sitzung anwesende Vorsitzende der IG. Chemie Kühne wurde ausgepiffen und kam der Abschluss an diesem Tage durch das Weggehen der Delegierten nicht zustande. In dieser Sitzung verstieg sich der I.G. Chemie-Vorsitzende Kühne zu Äusserungen wie, die Opponenten wären amerikanische Agenten und Söldner des imperialistischen Kapitalismus. Diese Äusserungen lösten eine ungeheuerliche Empörung auf dieser Tagung und auch im Werke aus. Erst nachdem die auch von der deutschen Werksleitung unterstützten Änderungsvorschläge angenommen waren und der grösste Teil der alten Delegierten durch kommandierte ersetzt worden war, konnte der Kollektivvertrag bestätigt werden.

Auf jeden Fall haben diese Vorgänge gezeigt, dass innerhalb dieses grossen Werkes freiheitliche Kräfte vorhanden sind, um gegebenenfalls den Widerstand der Arbeiterschaft zu stärken und SED-Methoden abzuwehren.

Die politischen Verhältnisse in diesem Werk sind in weitesten Kreisen bekannt. Die SED-Landesleitung Halle, insbesondere der 1. Sekretär Bernhard Koenen, Mitglieder der Z.K., sind ständig Gast im Leunawerk. Jede Kritik wird auf Stärkste unterstützt und mussten einige der Oppositionsführer im vergangenen Jahre sofort nach dem Zusammenstoss mit Kühne sich nach dem Westen absetzen. Trotzdem hat ein gewisser Christel in eine der letzten Delegierten-Versammlungen erklärt, dass er sich auf keinen Fall bei der Behandlung gewerkschaftlicher Angelegenheiten unter politischen Druck setzen lässt, da er auf dem Standpunkt steht, dass sich die Gewerkschaft nicht von der SED führen zu lassen hat. Der Beifall, den Christel für diese Äusserungen erhielt, bewog die Versammlungsleitung, diese Tagung abubrechen und wurde Christel schon in der nächsten Ausgabe des Parteiorgans "Freiheit" in einem längeren Artikel als Schwächer-

-9-

- 9 -

Agent bezeichnet. Aber auch andere Belegschaftsmitglieder wehren sich öffentlich gegen jeden Druck der SED und geben sich die SED-Instanzen, unterstützt durch die russische Generaldirektion, die grösste Mühe, diese freiheitlichen Bewegungen zu unterdrücken bzw. deren Träger unschädlich zu machen.

Eine ganz besondere Note erhalten die politischen Verhältnisse im Leunawerk durch den Einsatz einer dort stationierten SSD-Dienststelle. Ein Vorkommnis, und zwar das Verschwinden einer Stalin-Büste und die Wiederaufstellung in einem besonderen Gelasse bewog die Parteileitung, die SSD-Dienststellen durch einige aus Berlin geholte Kommissar zu unterstützen. Trotzdem wurden die Täter, die das Verschwinden dieser Büste veranlassten, nicht ermittelt. Den Arbeitern des Werkes ist bekannt, dass SSD-Kommissare seit Herbst vergangenen Jahres in den Betrieben arbeiten, um damit eine bessere Kontrolle über die Belegschaft zu haben.

Interessant ist die Stellungnahme der in diesem Werk beschäftigten etwa 250 Angehörigen der Intelligenz bzw. Akademiker. Es wurde einwandfrei festgestellt, dass von diesen höchstens 10 - 15 Mitglieder der SED sind, der grösste Teil ist parteilos, ein kleiner Teil Mitglied der CDU und LDP. Von den in der Stadt Leuna wohnenden Akademikern sind nachweislich 4 politisch SED organisiert. Das politische Verhalten dieses Teiles der Belegschaft zeigt sich am besten darin, dass von diesen politische Versammlungen einschl. der Versammlungen der Nationalen Front nicht besucht werden, ebenso die Veranstaltungen der deutsch-sowjetischen Freundschaft.

Zusammenfassend

die Verhältnisse des Werkes politisch gesehen. Die Belegschaft wehrt sich immer stärker gegen den politischen Druck der SED und nimmt dieses Wehren oftmals sehr starke Formen an. Auf jeden Fall kann die Kreisleitung der SED dieses Werkes sich die grösste Mühe geben, sie bekommt weder Versammlungen ausserhalb der Arbeitszeit zustande, noch trotz der intensiven Werbung neue Mitglieder.

Das über das Bunawerk und das Leunawerk Festgestellte trifft im gleichen Masse auf die Belegschaft der Kohlengruben des Geiseltalles zu. Politische Teilnahmslosigkeit überall, Kritik und Selbstkritik der massgebenden Funktionäre am laufenden Band.

Die politischen Verhältnisse der Betriebsitzgemeinde des Leunawerkes, der Stadt Leuna, sind im Landkreis Merseburg in allen Städten und Gemeinden bekannt.

Die Stadt Leuna war von 1919 an eine Hochburg der SPD und ist es auch geblieben. Bei der Vereinigung der SPD und KPD versuchten die Mitglieder der KPD durch Fälschungen ihre schwache Position zu verbergen. Bei der Vereinigung war die SPD-Ortsgruppe 1100 Mitglieder stark und die ordnungsgemäss nachgewiesene Mitgliederzahl der KPD betrug rund 80.

Durch diese Zusammensetzung konnten sich die früheren Mitglieder der KPD am Orte nach der Vereinigung nicht durchsetzen und auch

-10-

- 10 -

fast keine öffentlichen Funktionen übernehmen.

Auch heute noch ist dieser Zustand unverändert. In allen öffentlichen Funktionen betätigen sich fast ausnahmslos frühere Mitglieder der SPD. So wurde beispielsweise von einer durch die Landesleitung Halle durchgeführten Kontrolle festgestellt, dass nach dem Abgang von 4 ehemaligen alten KPD-Mitgliedern aus der Verwaltung kein einziger KP-Mann mehr bei der Stadtverwaltung beschäftigt war.

Die Bevölkerung der Stadt Leuna steht in dem Ruf, dass sie sich keinem Druck beugt und sind die Funktionäre der Partei, dasselbe gilt auch für die Nationale Front, fast kaum in der Lage, irgendeine öffentliche Versammlung durchzuführen, da die Misserfolge des vergangenen Jahres abschreckend wirkten. Trotz aller Propaganda gelang es der Nationalen Front nicht, im vergangenen Herbst und Winter eine gutbesuchte Versammlung zustande zu bringen, ganz gleichgültig, ob bekannte Referenten sprachen oder nicht.

Vorsitzender der Nationalen Front in Leuna: Max G ü n t h e r , ehemaliger KP-Mann, bereits schon einmal von der Partei gemassregelt, arbeitet unter Bewährungsfrist. Der gesamte Vorstand ein bedeutungsloses Häuflein.

SPD-Ortsgruppe Leuna.

Seit 2 Jahren wechseln laufend die Sekretäre und ist oft monatelang überhaupt keiner vorhanden. Nach den Feststellungen der Kreisleitung ist das Parteilieben in Leuna eingeschlafen und kann nur durch die schärfsten Methoden wieder zum Leben erweckt werden.

Deutsch-sowjetische Freundschaft.

Vorsitzender: Dr. H e i d i n g e r .

Zu dieser Tätigkeit gelinde gepresst.

Dieser Verein ist zwar zahlenmässig stark, tritt aber sonst fast nicht in Erscheinung.

Das Haus der deutsch-sowjetischen Freundschaft von der sowjetischen Generaldirektion erbaut, wird, um etwas Leben zu zeigen, allen Organisationen zur Verfügung gestellt. Auch das Stadtparlament wurde verpflichtet, öffentliche Stadtverordneten-Sitzungen in diesem Hause durchzuführen, um dadurch Kontakt mit der Bevölkerung zu gewinnen.

Im übrigen beschränkt sich die Tätigkeit dieser Ortsgruppe auf die Einführung sowjetischer Neuerungsverfahren im Werk, die ja im grossen Rahmen allen Stellen bekannt sind und die sehr oft zu frühlichem Gelächter der Belegschaft Veranlassung geben.

L D P

In den letzten Jahren an Mitglieder sehr schwach geworden. Sie führt keine Versammlungen durch, so dass die Zahl der Anhängerschaft sehr schwer festzustellen ist.

C D U

Hier gilt das Gleiche. Nach Durchführung der Schwindelwahlen im

- 11 -

Oktober 1950 hat sich die CDU in der Öffentlichkeit nicht mehr bemerkbar gemacht.

Deutsche Bauernpartei.

Gilt Fehlanzeige.

N D P

Die Mitgliederzahl der NDP wird von guten Beobachtern auf etwa 25 geschätzt und hat diese Partei wohl im ganzen Landkreis Merseburg von ihrer Gründung an noch keine öffentlichen Versammlungen durchgeführt.

D F D

Der DFD kann in Leuna keinen festen Fuss fassen. Trotz der im vergangenen Jahr durchgeführten intensiven Werbekaktion und der direkten Kommandierung von SED-Frauen ist die Mitgliederzahl nicht über 300 gestiegen. Versammlungen fast keine, da die Misserfolge so stark waren, dass man davon Abstand genommen hat.

F d J

Schon sehr oft wurde in der SED-Presse die wenig rührige Mitarbeit der FdJ-Ortsgruppe im Landkreis Merseburg kritisiert. Die FdJ spielt im Landkreis Merseburg die Rolle der Lärmacher bei Versammlungen, um damit die Leere des Versammlungsraumes etwas zu überbrücken. In den FdJ-Häusern herrscht wohl abends unter den anwesenden Vorstandsmitgliedern reges Leben und Treiben. Der grösste Teil der Jugend bleibt diesen Veranstaltungen fern. Während die Sportplätze des Kreises von der Jugend stark besucht werden, fallen die angesetzten Versammlungen der FdJ wegen zu geringer Beteiligung aus.

Man kann hier ruhig die Feststellung treffen, dass der grösste Teil der FdJ vollkommen teilnahmslos dem politischen Treiben gegenübersteht und sich weder durch intensive Werbung noch durch Drohungen beeinflussen lässt. Als Beweis dafür dient immer wieder die in der Presse erscheinende Kritik und Selbstkritik, die auf die ungenügende Beteiligung der Jugend am politischen Leben hinweist und war das vergangene Jahr der FdJ ein 100%iger Misserfolg.

Abschliessend, zusammenfassend:

Wirtschaftlich befindet sich die Industrie im Landkreise Merseburg in schwerer Not. Wenn nicht in absehbarer Zeit den grossen Werken die benötigten Maschinen, Werkzeuge und Ersatzteile zur Verfügung stehen, so wird das Jahr 1952 eine sichere Pleite innerhalb des 5-Jahresplanes.

Politisch:

80 - 90% der gesamten Bevölkerung des Landkreises Merseburg steht in der Abwehr gegen alle Einschüchterungsversuche der SED. Die Zeiten, wo sich jeder verpflichtet fühlte, einmal eine politische Veranstaltung zu besuchen, sind vorüber. Die Abwehr würde noch stärker sein, wenn es möglich wäre, sie zu lenken und anzuleiten. Das ist allerdings vorläufig nicht gut durchführbar, da jeder, der dies versucht, hinter den Zuchthausmauern von Torgau, Bautzen usw. verschwindet.

Die SED kann sich heute nur noch auf ihre Funktionäre stützen und muss selbst dabei damit rechnen, dass der eine oder andere eine

- 12 -

wesentlich andere politische Einstellung besitzt, wie man von ihm annimmt.

Und so kann in diesem Landkreis, genau wie an anderen Stellen, nur durch Druck und Gewalt das SED-System aufrecht erhalten werden.

Das Hydrierwerk in Leuna stellt monatlich 100 000 t Benzin her. 80% dieser Produktion gehen nach Russland oder sind für Exporte zu Gunsten Moskaus vorgesehen. 20% bleiben in Deutschland. Produktion von schwefelsaurem Amoniak. 75% der Produktion für Exporte zu Gunsten der UdSSR, 25 % bleiben in der DDR.

450 460 470 480 490 500 510

16.4.52

Angaben über das "Volksgut" Kleinkreuz b. Brandenburg.

Im Rahmen der Feldbaupläne, also der Produktionspläne der "volkeigenen" Güter, ist auch die Lohnsumme festgelegt, die unter keinen Umständen überschritten werden darf, andernfalls ist eine entsprechende Veränderung der Normen nötig. Mit anderen Worten, die Landarbeiter haben in allen Fällen den Schaden, zumal die Gehälter der leitenden Angestellten eher heraufgesetzt als herabgesetzt werden.

Dafür folgendes Beispiel: Der Betriebsmaurer K o p p e , der gleichzeitig BGL-Vorsitzender des Gutes ist, bezieht einen Monatslohn von durchschnittlich 250,— Ostmark. Aufgrund seiner Tätigkeit als BGL-Vorsitzender forderte er ein höheres Gehalt. Die Lohnkommission des Betriebes lehnte ab. Er beschwerte sich bei der Gewerkschaft und bei der SED. Ihre Vertreter hielten mit der Lohnkommission eine Sitzung ab, in der folgendes beschlossen:

"Der Betriebsmaurer Koppe arbeitet ab sofort im Prämienleistungslohn, um ihm Gelegenheit zu geben, den Ertrag seiner Arbeit zu erhöhen und der Betriebsgruppe als 1. Sekretär erhalten zu bleiben. Während dieser Prämien-Leistungsarbeit ist ihm die zur Erledigung seiner Parteiarbeit erforderliche Zeit mit dem entsprechenden Entgelt an Prämienleistungslohn zur Verfügung zu stellen."

Dieser Beschluss bedeutet: Wenn Koppe durch besondere Anstrengung bei Maurerarbeiten einen höheren Lohnsatz erarbeitet, wird ihm der gleiche Lohnsatz gezahlt für die Zeit, die er für seine "gesellschaftliche" Arbeit verwendet. Da aber nun, wie bereits oben erwähnt, die Lohnsumme konstant ist, müssen den Arbeitern die Normen heraufgesetzt werden. Quelle berichtet, dass aufgrund der gekürzten und genehmigten Lohnsummen die Normen beträchtlich heraufgesetzt werden sollen, sodass die Arbeiter beträchtlich weniger verdienen werden als früher.

Auch für die "volkseigenen" Güter sollen nun Massnahmen der "wirtschaftlichen Rehabilitation" durchgeführt werden, so die SED. Vor allem werden

- 13 -

neue Tätigkeitsmerkmale für die Entlohnung festgelegt, so dass nach Auffassung von Quelle der Lohnzettel für den Arbeiter noch unübersichtlicher werden wird. Z.B. wird dann auf dem Lohnzettel Tag für Tag vermerkt werden: "3 Stunden Mistfahren, 2 Stunden Holzabladen usw.". Quelle ist der Auffassung, dass die Bürokratie damit ins Uferlose wachsen wird.

Das VEG Kleinkreuz hat eine Gesamtfläche von 446 ha; von ihnen sind 314 ha landwirtschaftliche Nutzfläche. Nun ist das landwirtschaftliche Soll festgelegt worden, das bei den einzelnen Kulturen eine Erhöhung zwischen 8 und 20% vorsieht. Im Jahre 1951 hat das Gut sein Soll zu ca. 80% erfüllt. Quelle rechnet damit, dass es in diesem Jahre nur ca. 75% werden.

Im einzelnen sind abzuliefern (unter anderem):

1.675 dz	Getreide und Hülsenfrüchte, davon 1.650 dz Roggen
122 "	Olisaaten
2.160 "	Zuckerrüben
5.710 "	Kartoffeln.

In der Reihenfolge der Verpflichtungen des Gutes rangieren nacheinander die Erfüllung des Solls, die Versorgung des Viehs, die Versorgung der Belegschaft. Aus diesem Grunde - das Soll muss monatlich und quartalsmäßig erfüllt werden!!! - sind eine Reihe von Vergünstigungen für die Belegschaft gestrichen worden. So z.B. der halbe Liter Vollmilch, der täglich an jedes Belegschaftsmitglied ausgegeben wurde, und das Zukaufsrecht. Es besagt, dass jedes Belegschaftsmitglied für 5% seines monatlichen Einkommens Waren aus der Produktion des Gutes zu normalen Preisen zukaufen kann, aber erst dann, wenn das Soll erfüllt ist. Ist das nicht der Fall, dann fallen diese Vergünstigungen fort, und ausserdem muss eine Konventionalstrafe gezahlt werden.

Im Soll für 1952 ist vorgesehen, dass das Gut 4.300 Eier abzuliefern hat, obwohl keine Hühner vorhanden sind. Um keine Konventionalstrafe zahlen zu müssen, tauscht das Gut seinen Fleischüberschuss bei der Bevölkerung des Ortes gegen Eier ein, damit nur das Soll erfüllt werden kann.

Quelle überreicht ausserdem Angaben über den Viehbestand per 1.4.52, eine Aufstellung der Lohnzahlungen im ersten Quartal 1952 mit Vergleichszahlen aus dem 1. Quartal 1951 und ausserdem die von der VVG Potsdam im März herausgegebene "Anleitung zur Erarbeitung der Feldbaubrigadeneinsatzpläne". Liegen im Original bei.

- - - - -

Datum: 54.52.

Betr.: Fa. EULING & MACK, VEB, Ellrich.

Die Firma EULING & MACK, Südharzer Gipswerke in Ellrich, erhielt vom Lande Thüringen am 1. April eine Leistungsprämie wegen Übererfüllung des Solls in Höhe von DM 2000.- Ost. Diese Summe teilten die 4 Betriebsräte (Funktionäre der SED) KÖHLER, ZIEGLER und 2

- 14 -

unbekannten Namens, unter sich allein auf.
Die Arbeiter gingen dabei leer aus und sind empört.

Betr.: Baumwollspinnerei Kllrich, VEB.

In der Baumwollspinnerei Kllrich VEB, wurden die Weber gezwungen, ab 15.3. drei Webstühle statt wie bisher zwei pro Weber zu bedienen. Das Leistungssoll wurde damit um 50% erhöht. Für die Bedienung des dritten Stuhles erhalten die Weber jedoch keine zusätzliche Bezahlung, sondern nur denselben Lohn wie für die Bedienung von 2 Webstühlen.

Wegen der damit hervorgerufenen starken Unzufriedenheit der Weber fand am 26.3. cr. nach Feierabend eine Betriebsversammlung statt. Ca. 90% der Belegschaft wollte nicht daran teilnehmen und wollte den Betrieb aus Protest verlassen. Der Pförtner erhielt von dem Betriebsrat den Auftrag, vorher die Tore zu schliessen und niemand hinauszulassen. Somit musste die gesamte Belegschaft an der Versammlung, in der die starke Unzufriedenheit zum Ausdruck kam, teilnehmen. Bei freier Willensentscheidung der Belegschaft wären nur die SED-Funktionäre unter sich gewesen.

- - - - -

19.4.52.

Nationalpreisträger in den Westen geflohen.

Quelle berichtet, dass der Nationalpreisträger Dr. J o h n I v o r kurzem in den Westen geflohen ist. Dr. John war Chef der Karbidfabrikation in den Buna-Werken bei Halle. Ursache mag eine Auseinandersetzung seiner gesamten Abteilung wegen einer Prämie gewesen sein, in der der deutschen Direktion gedroht wurde: "Wenn ihr nicht zahlt, stellen wir die Maschinen ab!" Quelle hält Dr. John für einen reinen Fachmann, der menschlich gesehen in Ordnung ist.

Reingewinn und neuer Kollektivvertrag im Buna-Werk.

Die an die Russen abgeführte Gewinnquote des Buna-Werkes - das Buna-Werk ist ein SAC-Betrieb - betrug

1949	49 Millionen Ostmark
1950	61 " "
1951	71 " "

Wie Quelle ausdrücklich betont, handelt es sich hierbei um den Reingewinn. Für das Jahr 1952 sind vorläufig ebenfalls 71 Millionen Ostmark Reingewinn "eingeplant".

Quelle berichtet, dass im Rahmen des neuen Kollektivvertrages der Normal-Urlaub und der Erane-Urlaub noch einmal gekürzt werden sollen.

Angaben über die laufende Produktion des Buna-Werkes.

Nach wie vor werden im Buna-Werk die gleichen Dinge produziert, jedoch sind einige mengenmässige Erweiterungen vorgesehen, z.B. soll

- 15 -

die Herstellung von Phatalsäure (so sagte Quelle) ausgebaut werden. Die Rohstoffe werden aus Russland geliefert, das Produkt ist explosionsgefährlich. Ausserdem wird auch Chlor hergestellt, und weiterhin ein Stoff, der unter strenger Vopo-Bewachung, mit weissen und gelben Fahnen versehen, nach Wolfen gebracht wird. Der Besatzung wird gesagt, es handele sich um Präparate zum Gerben und Färben.

Werbung für die Vopo.

Alle FDJ-Mitglieder des Buna-Werkes mussten vor die Vopo-Werbe-Kommission. Der Erfolg war gering. - Aus dem Vopo-Lager Apollonisdorf sind Spitzel in die Buna-Werke abgestellt worden, die als Arbeiter eintreten und lauschen sollen. Namen nicht bekannt.

- - - - -

21.5.52.

Betr.: Schlachthof Erfurt.

Seit Januar 1952 wurden im Schlachthof Erfurt (täglich, ausser Sonntag) rund 600 Schweine und 30 - 40 Stück Grossvieh geschlachtet. Das anfallende Fleisch erhielten zum grössten Teil die sowj. Besatzungstruppen. Das Fleisch, das für Zuteilungen an die Fleischereinnung vorgesehen war, wurde extra angeliefert. Genaue Zahlen kann Quelle über die Beteiligung von sowj. Besatzungsmacht, HO und bewirtschafteten Waren nicht machen.

Täglich wurden 2 t Schweinefett für die sowj. Besatzungsmacht produziert. Das Fett wurde ausgelassen, in Fässern verpackt und nach dem Kühlhaus Erfurt gebracht, wo es für den Abruf der sowj. Dienststellen zur Verfügung stand. Die Fettproduktion hat sich in der letzten Zeit noch weiter gesteigert, so dass die Kessel des Schlachthauses für die Auslassung des Fettes nicht ausreichten. Die Zentralküche musste daher an Sonnabenden ihre eigenen Kessel zur Verfügung stellen.

Bei Anlieferung des Viehes suchte der Schlachthofdirektor zusammen mit einem sowj. Kapitän (Tierarzt) die besten Qualitäten aus. Weniger gutes Fleisch wurde der HO zugeteilt.

Seit dem 1. Januar finden auf dem Schlachthof Erfurt Regieschlachtungen nach dem sowj. System statt. Dies machte eine Erweiterung des Personals von 80 auf etwa 400 Personen notwendig. Früher wurde auf dem Schlachthof Erfurt nur für die Versorgung der Stadt und des Landkreises geschlachtet. In der Regieschlachtung muss der Schlachthof fast ganz Thüringen mit Fleisch versorgen.

Betr.: Küche des Schlachthofes.

Die mit dem Schlachthof verbundene Küche hat weit über tausend Werkthätige i. Erfurter Betrieben mit dem sogenannten Sokolweskiessen lt. Befehl 234 zu versorgen. Es gibt 3 Arten dieses Sokolowskis-

- 16 -

essens, das am 7. Oktober 1947 von der sowj. Verwaltung festgesetzt wurde. Heute muss das Skol.-Essen lt. einer Anweisung Werkessen genannt werden, weil, so heisst es in der Begründung, die Sowjets nichts mehr befehlen. Das Werkessen 3 ist ausschliesslich für die Arbeiter in den Betrieben bestimmt. Die 3 Arten von Werkessen setzen sich wie folgt zusammen:

W.E. 3 = pro Tag 4 gr Fett und pro Monat (bei 20 Essentagen) 510 g Fleisch. Die 4 gr Fett sind insofern illusorisch, als in Wirklichkeit pro Essen nur 3,2 g zur Verfügung stehen (20% Einbusse durch Anrechnungsbetrag bei Ausgabe von Speck oder Schlachtfett, was das Übliche ist. Die Herstellungskosten für ein W.E. 3 betragen 65-70 Pfennig. Die Arbeiter müssen je nach den Zuschüssen, die die einzeln. Betriebe geben, 50 - 55 Pfennig selbst aufbringen. Das Essen ist völlig ungenügend, so dass zahlreiche Proteste aus der Arbeiterschaft bereits eingegangen sind.

W.E. 2 = pro Tag 10 g Fett, pro Monat 750 g Fleisch. Dieses Essen wird an Ministerien, DHZ und and. oberste Verw.-Stellen d. DDR ausgegeben.

W.E. 1 = Hier handelt es sich um das Betriebsessen f. SED-Parteischulen und die Verw.-Stellen der SED (allerdings nur für die oberen Funktionäre). Über die Zusammensetzung d. Essens kann Quelle nur so viel sagen, dass die Fett- und Fleischsätze weit über denen von W.E. 2 liegen.

Personalien:

Schlachthofdirektor: Seit dem 16.1.52 B r a u n, 31 Jahre alt, SED, klein, untersetzt, stammt aus d. Sudetenland, wo er der komm. Jugend angehörte. Von Beruf Autoschlosser. War bis zum 15.1. Angestellter d. SSD Weimar. Dienstrang Oberkommissar. Wurde dort angeblich entlassen, weil er Verwandte im Westen hatte. Radikaler SEDist, der ohne Bedenken jedem sowj. Wunsch gefügig ist. Sein Vorgänger war S c h e u t e n, Emil, SED, Mitte 40, hat engste Beziehungen zu dem Kreisparteisekretär d. SED v. Erfurt, Iggersen. Scheuten ist Rheinländer, arbeitet z.Zt. als Oberaufseher in der Schweinehalle. Früher bei d. Vopo in Mülhausen. Kommt v.d. KP her. Wurde als Schlachthofleiter v.d. SED eingesetzt, musste jedoch wegen völliger fachl. Unfähigkeit von diesem Posten abgelöst werden.

SED-Betr.Gruppe:

1. Sekretär Z ö l l n e r, Arthur, SED, seit März Sekretär. Hat sich bisher als nicht allzusehr scharf erwiesen.

BGL-Vorsitzender: S a a l, Fritz, SED, äusserst radikal. Vorher SED-Betr.Gr.Sekretär. Als Redner völlig ungeeignet. Musste daher Zöllner Platz machen. Von Beruf Heizer. Die Frau d. Saal ist BGL-Vorsitzende in der Erfurter Schuhfabrik Ducke als äusserst radikal bekannt.

B r u x, Max, vorher 1. BGL-Sekretär d. Schlachthofes, jetzt Kontrolleur im Schlachthof, nach dem Leiter die 2. wichtigste Person.

- 17 -

SXD. Sehr gefährlich wegen seiner radikalen Einstellung. Demonstriert laufend Angestellte, die sich politisch missliebig gemacht haben.

- - - - -

23.4.52.

Kasse der gegenseitigen Hilfe im Synthesewerk Schwarzhöhe.

Die BGL gibt sich ausserordentliche Mühe, die Belegschaft zum Beitritt zur "Kasse der Gegenseitigen Hilfe" zu veranlassen. Neuerdings soll der Beitritt dadurch erzwungen werden, dass die Zahlung von Gehalts- und Lohnvorschüssen, die bisher üblich war, generell gesperrt wird. Die Arbeiter begründen ihre Ablehnung wie folgt: Der Lebensstandard soll so sein, dass sich jeder etwas sparen kann. Dann ist eine solche Kasse überhaupt überflüssig. Die Betriebsleitung will, um die Zahl der Beitretenden zu erhöhen, etwas aus dem Direktorenfonds beisteuern.

0,2% des monatlichen Einkommens sind als Beitrag für diese Kasse zu entrichten. Darlehen können bis zu einer Höhe von 300,- Ostmark gewährt werden; sie müssen innerhalb von 3 Jahren zurückgezahlt werden. Die BGL hatte vorgeschlagen, dass es Darlehen geben soll, die überhaupt nicht zurückgezahlt werden brauchen. Die Belegschaft hat das mit der Begründung abgelehnt, dass solche Darlehen nur Bonzen bekommen würden. Das Statut sieht vor, dass bei einem Ausscheiden aus dem Betrieb nur 75% des eingezahlten Beitrages an den Ausscheidenden zurückgezahlt werden.

Werbung für die Vopo.

Ende März wurden sämtliche FDJ-Mitglieder in das Aufklärungslokal des Betriebes bestellt. Dort sassen dann mehrere FDJ-Funktionäre und Vopo-Offiziere in Zivil, die die Jugendlichen zum Beitritt in die Vopo bewegen wollten. Die Jugendlichen zeigten sich jedoch, wie Quelle behauptete, vollkommen interessenlos. Bei der Anwerbung wurde kein Wort davon erwähnt, dass es sich um eine Werbung für die militärischen Einheiten handelte.

Einzelmitteilungen.

Die Versuche mit den Eisenkontakten anstelle der bisher verwendeten Kontakte aus Thorium und Kobalt sind jetzt soweit gediehen, dass nun die ersten Grossversuche vorbereitet werden.

Im ersten Quartal 1952 wurden 9.900 t Düsenkraftstoff MB hergestellt. Es ist vorgesehen, dass diese Ziffer in den kommenden Monaten erhöht werden soll. Wie bereits berichtet wurde, wird dieser Kraftstoff nach Grossenhain geliefert.

- - - - -

- 18 -

18.4.52.

FDGB Sanatorium Ernst Thälmann, Friedrichsbrunn, Ostharz.

Dieses Sanatorium untersteht dem Bundesvorstand des FDGB in Berlin und dient zu Repräsentationszwecken. Als Gäste des Hauses werden nur höhere Funktionäre der Ostzone sowie Westdeutsche aufgenommen.

Das Heim ist sehr reichlich ausgestattet, mit Teppichen ausgelegt usw. In der Regel nimmt es 125 Gäste auf, bei Verwendung von Notunterkünften kann die Kapazität auf 160 Betten erhöht werden.

Das Stempersonal des Hauses besteht aus 26 Personen.

Die Verpflegung ist vorzüglich, insbesondere für die Westdeutschen. Alle Gäste des Hauses bekommen nur Butter, während das Personal meist Margarine erhält. Westdeutsche erhalten bulgarische Importzigaretten, gelegentlich gibt es auch Wein.

Für Gäste aus Westdeutschland ist der 14 tägige Aufenthalt völlig kostenlos. Jeder Westdeutsche, auch Kinder, erhält pro Tag ein Taschengeld von 5.-. Für Ausflüge stehen den Westdeutschen Automobile zur Verfügung.

Funktionäre der Ostzone verbleiben meist 4 Wochen in dem Heim.

In der Regel sind gleichzeitig Gäste aus der Zone und dem Westen da. Direkte politische Schulungen werden mit den Gästen nicht abgehalten, doch werden gelegentlich unter Leitung berliner Grössen gesamtdeutsche Gespräche organisiert. Bisweilen werden auch nahegelegene Betriebe besucht.

Die Westdeutschen sind durchaus nicht alles Mitglieder oder auch nur Anhänger der KP, bisweilen sind ausgesprochen kritisch eingestellte oder politisch neutrale Personen dabei.

Die Beeinflussung der Westgäste soll im Wesentlichen durch die grosszügige Aufnahme erfolgen.

Die Westgäste kommen teils legal mit Interzonenpässen, teils schwarz über die Zonengrenze. Sie werden über Magdeburg oder Halle geschleust, dort werden ihnen ihre Westausweise für die Dauer des Urlaubs abgenommen. Reisen in die Zone, etwa zu Verwandten, sind verboten.

Delegationsleiter einer Gruppe von 54 Personen aus Hagen und Umgebung im Herbst vorigen Jahres war Klemens U t t e r, Kreissekretär der KP Gütersloh, wohnhaft in Hagen.

Ferner waren zur gleichen Zeit u.a. dort das Ehepaar Frieda F e l d m a n n und Mann aus Sischede über Gevelsberg bei Hagen. Dies waren unpolitische, gegen die KP eingestellte Leute. Weiter Frau Hedwig S i n t r a m und ihre Schwiegertochter Elli (?) S c h m i d t aus Hagen. Beide Mitglied der KP, aber gemässigt.

Im September 51 denunzierte August S i e w e r t s, Bremen, Friedrich Ebertstr. 206 Quelle wegen abfälliger Äusserungen über die Zone bei dem Heimleiter. Erfolg Quellen Entlassung und spätere Flucht.

- - - - -

- 19 -

Nach dem Finanzwirtschaftsplan der H.V. für sowjetisches Eigentum in Deutschland wurde der Reinertrag der SAG's im Jahre 1951 in Höhe von 1,218 Mrd. DM an Sowjetrussland abgeführt. In der Summe sind die aus dem Haushalt der SBZ an die Garantie- und Kreditbank gezahlten 492,12 Mio DM enthalten.

22.4.1952.

- - - - -

18.4.1952

Betr.: Zwangsarbeitslager Volkstedt b. Eisleben.

In Volkstedt bei Eisleben befindet sich ein dem SSD unterstehendes Zwangsarbeitslager. Früher unterstand dies Lager der Justizverwaltung. In dieses Lager wurden Leute zum Arbeitseinsatz gebracht, die noch Reststrafen von ca 2 Jahren zu verbüssen hatten. Seit der letzten Amnestie für kriminelle Verbrecher sind Arbeitskräfte knapper geworden, daher sind jetzt auch Leute hier, die noch bis zu 5 Jahren Zuchthaus oder Gefängnis zu verbüssen haben. Politische Häftlinge sind hier kaum, jedoch eine Anzahl Krimineller, vor allem aber "Wirtschaftsverbrecher", d.h. Leute, die wegen Verstoßes gegen das "Gesetz zum Schutz des innerdeutschen Handels" bestraft wurden.

Im Lager befinden sich z.Z. 282 Häftlinge, von diesen sind 130 bereits seit längerer Zeit dort, 152 kamen am 25.3.52 aus Coswig und Magdeburg-Sudenburg neu hinzu.

Unterbringung: Eine grosse Holzbaracke mit 100 Mann, Stuben mit 6 und 12 Betten. Leichtmetallbetten, je 2 übereinander. Ferner 3 Steinbaracken mit je 20 Mann pro Stube.

Die Verpflegung im Lager ist nicht gut, die zustehende Menge an Fett und Fleisch erhalten die Häftlinge nicht immer, insbesondere Sonntags zweigen sich die bewachenden Vopos gerne etwas ab.

Das Lager untersteht dem SSD in Halle und wird etwa 14 tätig kontrolliert durch den Oberkommissar Schneider. Dieser war vorher in Butzow-Dreibergen, S. beträgt sich ordentlich.

Das Lager ist mit einem doppelten Lattenzaun umgeben, darüber Stacheldraht. Zwischen den Zäunen befindet sich ein Laufgang. Alle 10 Meter ist eine Lampe. An den 4 Ecken des Lagers ist je ein Wachturm mit Scheinwerfern. Die Wachposten sind mit Karabinern bewaffnet. Nachts gehen Streifen mit Hunden.

Lagerleiter ist Polizeirat Z a c h o w, 47/48 Jahre, schlank, 1,75, kommt aus dem Zentralgefängnis in Kottberg. Z. ist ein Scharfmacher. Die Gefangenen dürfen monatlich ein 3 kg Paket erhalten. Von ihrem Verdienst durften sie bisher unbeschränkt im H.O. laufen, jetzt nur noch für 30,- monatlich.

Die Gefangenen müssen im Mansfeldkombinat Wilhelm Pieck, Ernst-Thälmann-Schacht arbeiten. Entlohnt werden sie wie freie Arbeiter.

- 2 0 -

Abzüge: Volle Sozialversicherung, volle Lohnsteuern, pro Tag 4,25 Verwaltungskosten für Unterbringung und Verpflegung. Quelle hat im Januar 344,- brutto verdient.

Polizeimeister A l t m a n n verbot das Tragen besonders gekennzeichnet warmer Winterkleidung (private Stücke), unter der Justisverwaltung war dies gestattet.

Es gibt keinerlei politisches Leben im Lager. Parteizeitungen dürfen nicht gelesen werden, lediglich die "Tägliche Rundschau" und das Sportecho.

Im Schacht wurde durch die dortige BGL das Weissbuch des Nationalrates verteilt, im Lager wurde es den Gefangenen wieder abgenommen. Der Verbindungsmann der BGL und den Gefangenen, ein Bruder des verstorbenen Nationalpreisträgers Hermann H i m p e l reichte deswegen Beschwerde ein. Himpel hilft den Gefangenen soweit er nur kann.

Im Schacht herrscht das Antreibersystem. Die Norm jeder Brigade oder Kameradschaft wird monatlich neu festgelegt. Sie wird durch die Gedingesteiger, laut Quelle "Leute, die über Leichen gehen" ständig erhöht. Die Brigaden schaffen ihr Soll meistens nicht.

Täglich ereignen sich leichtere Unfälle im Schacht. Schwere Unfälle etwa 4 pro Woche, tödliche, soweit bekannt, 4 im Monat. Wassereinbruch infolge ungenügender Sicherheitsmaßnahmen. Im Februar nur 2 Tote. Die elektrische Haspel, welche den Hund vorzieht, war nicht geerdet, da Arbeit zu sehr unter Termindruck. Erfolg: Haspel und Seil unter Strom, 2 Tote.

Die Arbeiter des Schachtes hören den Rias und sprechen auch mit den Gefangenen über die dort gehörten Nachrichten.

Die Kupferausbeute beträgt 7 kg pro Tonne.

Zuchthaus Magdeburg-Sudenburg.

Quelle berichtet, dass die Verpflegung 1951 hier sehr schlecht war. Bis zum 1. Juni 1951 gab es täglich nur 350 Gramm Brot und dünne Wassersuppen. Nach dem Juni wurde die Verpflegung etwas besser. Dies soll darauf zurückzuführen sein, dass ein ehemaliger Insasse, ein schweizer Arzt, nach seiner Entlassung Misstände aufgedeckt hat.

Leiter des Zuchthauses ist der Polizeioberst J e c h t aus Halle, SED. etwa 40 Jahre alt.

Eine grosse Rolle spielt dort der Polizeikommissar R u d l o f f, dieser war früher in Gommern, ist von der Justiz übernommen worden. Er ist sehr scharf und ersinnt ständig neue Schikanen. In Zellen für eine Person hat er 3 - 4 Mann hineingelegt. Ist Ende 30.

Quelle traf im Zuchthaus den Bäckmeister H e r b e r t aus Halle. Dieser hat als Zeuge Jehovas 10 Jahre Zuchthaus erhalten.

Ferner waren dort einige junge Leute aus Bernburg, diese sind in einem Schauprozess zu je 5 Jahren Zuchthaus verurteilt worden, weil sie den Leiter der Vopo in ihrem Ort verprügelt hatten. Die Namen sind Quelle nicht bekannt.

- 22 -

Stadt Seelow vor dem Landratsamt und in der Gemeinde Letschin selbst auftauchten. Die Bevölkerung dagegen reagiert darauf wie noch nie. Bitte so weitermachen. Ich selbst möchte bestätigen den Fall wahrheitsgetreu geschrieben, da ich davon bereits wusste.

- 3.) Weiterhin brachte eine allgemeine Heiterkeit der Fall "MAS. Trebus-Kommandant Fürstenwalde" in der Bevölkerung. (Überreichung der MAS-Leitung eines Blumenstraußes mit Brief in russischer Schrift dem Kommandanten, wobei die MAS anschließend vom Kommandanten eingesperrt wurde, nach 2 Tagen aber wieder freigelassen wurde.)
- 4.) Noch eine Bemerkung zu 2.): Die Polizei bzw. SSD Seelow fuhr mit Auto zum Genossen HENDZLICK, LETSCHIN raus, um ihn zu vernehmen, es dauerte bis in die Nacht. Als diese dann nach Hause fahren wollten, war ihr Auto auf der Strasse umgekippt, Verdeck, Scheiben usw. kaputt, Benzin ausgelaufen usw. Die Bevölkerung von Letschin ist also auf Draht.
- 5.) Ein Hausarbeiter der Kreisverwaltung Seelow kusserte vor ca. 3 Monaten, er hatte in der Wohnung des Landrats KURT GÖTZ zu tun und stellte dabei fest, dass der Landrat in der Wohnung mehrere Kisten zu stehen hatte. Auf sein Befragen erklärte der Landrat ihm, es ist besser, das Notwendigste jederzeit gepackt zu haben, bevor es zu spät ist. GÖTZ selbst ist ein 150%iger und ist bereits 2mal durch den RIAS gekommen, weil er die Bauern unverschämte schikaniert wegen der Sollablieferung.
- 6.) Seit der Zeit der Herausgabe der SU.-note finden im Kreis regelmäßig in der Zeit von 19,30 - 20 Uhr Stromabschaltungen statt. Ein Energiebeauftragter versprach sich mal, indem er sagte, diese Anordnung käme von höherer Stelle.
- 7.) Schwere Mißstimmung ist z.Zt. in der PDJ im Kreise, da der Kreisvorstand von 24 hauptamtl. Funktionären auf 6 Stück heruntergedrückt wurde. Die Arbeit der PDJ im Kreismaßstab liegt z.Zt. völlig am Boden.
- 8.) Laut einem Rundschreiben des Landesvorstandes der SED darf diese neuerdings keine Mitglieder aus dem Handwerk oder des Mittelstandes mehr aufnehmen, da diese für die NDPD zuständig sein sollen. Diese Mitteilung entnehme ich durch zufälliges Mithören in der Unterhaltung von 2 Kreisvorstandsmitgliedern der SED Seelow.
- 9.) Jedes Kreisvorstandsmitglied der SED Seelow hat Parteauftrag, abends Kontrollgänge in den Strassen zu machen, um unter den Fenstern das Hören von RIAS festzustellen. Ein Bauer aus Seelow hat bereits recht deutliche Nachteile gehabt. Das dies zutrifft, hat mir ein SED-Funktionär selbst bestätigt, der auch eine Strasse eingeteilt bekommen hat.
- 10.) Sämtliche Bürgermeister des Kreises wurden zu 3-wöchigen politischen Lehrgängen in Buckow zusammengezogen. Die Gemeindearbeiten blieben dabei völlig liegen, was sich durch die

-23-

- 23 -

Frühjahrsbestellung seitens der Bauern sehr nachteilig auswirkte. 2 Bürgermeister haben daraufhin ihren Posten zur Verfügung gestellt.

- 11.) Der Kreispolizeichef THEO GOLDSCHMIDT, Seelow sagte kürzlich am Biertisch zu einem SED Funktionär, dass er sich neuerdings nicht mehr auf seine Leute verlassen kann, da auch schon in der Polizei der Wurm drin ist.
- 12.) In dem Friedensdorf Sachsendorf fand kürzlich eine grossangelegte Rundfunkveranstaltung statt. Die Bauern selbst waren hier so gut wie gar nicht erschienen. Daraufhin fand nach 5 Tagen eine Wiederholung der Sendung im Rundfunk statt, die die Bauern nun aber bestimt hören sollten. In einem Bericht eines Instrukteurs kam zum Ausdruck, daß die Skala in den Geräten einfach so gut wie eingerostet waren in allen Apparaten der Gemeinde, da die Geräte nur auf Rias eingespielt waren.
- 13.) IGNATZ BIALAS, bereits 2x durch den Rias gekommen, früher tätig beim SSD, heute bei der Märkischen Volksstimme sagte vor ca. 8 Wochen ebenfalls am Biertisch, dass er wieder bald sich nach einem neuen Opfer umsehen müsste, das Geld sei ausgegangen und dann bekommt er wieder für eine Lieferung einer Person 2 000.- DM.
- 14.) Seit kurzer Zeit werden die SED Leute, die früher der SED angehörten, von SED Funktionären aufgefordert, ihre Meinung zur Note der SU abzugeben. Alle Äusserungen werden schriftlich festgehalten. Bisher ist in dieser Hinsicht noch keiner zum Opfer gefallen.
- 15.) In Kienitz Kr. Seelow wohnt der Bruder vom bekannten Max Reimann aus dem Westen. Anlässlich der Weltfestspiele kam der Berliner Rundfunk und Presse mit einer FDJ Delegation zu ihm raus, um ihn zu interviewen. Dieser Besuch bekam von dem Bruder Reimanns einen derartigen Eindruck, dass er innerhalb 5 Minuten wieder unverrichteter Sache abzog. Der Bruder Reimann will keineswegs etwas vom Kommunismus wissen und ist ein grösster Feind des Ostzonenregimes. Ausserdem versteht er sich nicht mit seinem Bruder.
- 16.) Vor 14 Tagen wurden in der MAS Seelow 7 junge Traktoristen abgeholt, weil sie Flugblätter in den Strassen geworfen haben. Tatsächlich war es jedoch so, dass 1 Polizist mit 2 dieser 7 Jungens im Zuge und in den Strassen diese Blätter verteilte. Obwohl die andern 5 völlig unschuldig sind, mussten sie dran glauben, weil sie zufällig alle 7 auf einer Stube wohnten. Der Polizist ist auch verhaftet, soll aber angeblich wieder frei gelassen sein. Die Bevölkerung vermutet hier eine berechnete Lockfalle von bestimmten Seiten. Über den Verbleib bzw. das Schicksal der 7 ist nichts bekannt.
- 17.) Aus der Betriebsgruppe der Kreisverwaltung der SED erhielten 17 Genossen den Auftrag (nicht Parteauftrag), den Posten als Vorsitzenden zu übernehmen. Alle 17 weigerten sich, auch mit dem Hinweis, dass sie bereit sind, ihre Stellung aufzugeben.

-24-

- 24 -

Seit Wochen ist man dabei, eine arbeitsfähige Betriebsgruppe aufzustellen, bis heute ohne jeden Erfolg.

- 18.) Vor 14 Tagen fand in Müncheberg der Kreisparteitag, der CDU statt. Einschl. Gäste des Landesvorstandes Potsdam waren nur 42 Anwesende zu verzeichnen. Diskussionsredner traten nur 4 auf. Die Stimmung der CDU ist gleich null sowohl an diesem Sonntag wie auch ständig im Kreise.

25.4.52.

SECRET CONTROL
U.S. OFFICIALS ONLY

0708 02

SECRET CONTROL
U.S. OFFICIALS ONLY

0206 0

DO NOT DETACH

SECRET CONTROL
U.S. OFFICIALS ONLY

25X1A

Bericht
über den gegenwärtigen Stand
der Arbeit in den Privatbetrieben.

*Status of Work in Private
Enterprises 1951*

SECRET CONTROL
U.S. OFFICIALS ONLY

B e r i c h t**Über den gegenwärtigen Stand der Arbeit in den Privatbetrieben****Aufschlüsselung der im demokratischen Sektor
Berlins befindlichen Privatbetriebe.**

Anzahl der Beschäftigten	Industrie	Bauindustrie	Gesamt
0 - 10	144	46	190
11 - 20	413	166	579
21 - 50	420	136	556
51 - 100	94	50	144
101 - 500	30	24	54
über 501	1	-	-
	1 102	422	1 524

Anzahl der Handwerksbetriebe (einschl. der Kleinbetriebe unter 10 Mann)	19 039
Zahl der Zwischenmeister	759
Gesamtzahl der Beschäftigten im demokratischen Sektor Berlins	348 313
dazu Selbständige	67 888
In den Westsektoren arbeiten (wohnhalt im demokratischen Sektor)	39 354
Gesamtzahl der in Westberlin Beschäftigten	742 320
dazu Selbständige	140 509

**Aufschlüsselung der in der Privatindustrie
und im Handwerk Beschäftigten**

	Männer	Frauen	männl. Lehrl.	weibl. Lehrl.	Gesamt
Priv.Ind.Betr.	17 105	13 588	1 018	308	32 019
Priv.Baubetr.	13 236	1 307	466	25	15 034
Handwerk	38 370	28 058	3 920	2 253	72 601
	68 711	42 953	5 404	2 586	119 654

Die genaue Zahl der im demokratischen Sektor arbeitenden Westberliner wird z.Zt. über die VAB ermittelt. Das Ergebnis geht uns zu. In der Ablage fügen wir die Auswertung von 160 000 Betriebsfragebogen bei. Die vollständige Übersicht über alle 24 000 Betriebe wird uns kurzfristig vorgelegt.

Gesamtumsatz des Handwerks im II. Quartal 1951 118 286 000 DM
Gesamtumsatz der Privatindustrie im I.Quartal 51 s. Anlage 1.

**Kapazität des privaten Sektors in den einzelnen Industriezweigen
Metallurgie und Maschinenbau.**

Die Gesamtkapazität der Privatbetriebe dieses Industriezweiges liegt bei 90 Mill. In der Mitte des Jahres 50 lag sie um ca. 5 Mill. höher. Die Kontrollleistung für das Jahr 1951 war mit 78 355 000 DM belegt. Sie wurde bis 30.6.51 durch die Registrierung von Verträgen im Gesamtwerk von 27 208 000.-- DM zu 35% erfüllt.

-2-

Elektrotechnik

Die Gesamtkapazität der Privatbetriebe liegt bei 32 Mill. DM und wird sich zum Jahresende auf ca. 30 Mill. vermindern. Die Kontrollziffer für 1951 beläuft sich auf 21 500 000.-- DM. Die Privatindustrie dieses Sektors ist also zu 2/3 ausgelastet. Bis zum 30.6.51 wurden durch Abschluss von Verträgen 11 520 000.-- DM oder 53% erfüllt.

Feinmechanik-Optik

Gesamtkapazität der Privatbetriebe beläuft sich auf ca. 16 Mill. DM. Durch die Überführung von einigen Treuhandbetrieben zu dem VEB Medizinische Gerätefabrik wird sie sich auf ca. 10 Mill. DM verringern. Kontrollziffer für 1951 - 13,5 Mill. DM. Diese wurden bis zum 30.6.51 durch Vertragsabschlüsse im Gesamtwert von 5,1 Mill. DM zu 38% erfüllt.

Bauindustrie

Die Gesamtkapazität der privaten Baubetriebe beträgt z.Zt. rd. 247 Mill. DM gegenüber der Kapazität der volkseigenen Betriebe dieses Sektors von rd. 178 Mill. DM zeigt sich, dass der grössere Anteil der Baukapazität auf dem privaten Sektor liegt. Die Kapazität der privaten Baubetriebe kann als voll ausgelastet angesehen werden.

Chemie

Von der für die allgemeine örtliche Industrie vorgesehenen Zahlen von 108 Mill. DM werden ca. 77% von der Privatindustrie bestritten. Dieses Bild verschiebt sich aber wesentlich, wenn man die zentrale Betriebe einbezieht.

Nahrungsmittelindustrie

Bei diesem Industriezweig ist hervorzuheben, dass die Privatindustrie besonders stark an einigen Lebensmittelarten beteiligt ist. So bei Nahrungsmitteln aller Sorten zu 67%, Teigwaren 69%, Fleisch- und Wurstwaren 32%, Margarine 100%, Spirituosen 36%, alkoholfreie Getränke 62%.

Entlohnung in der Privatindustrie

Die Entlohnung richtet sich im allgemeinen formal nach den alten Tarifsätzen. Doch gibt es vielfach äusserst unterschiedliche Einzelabmachungen, so dass die Löhne in den Privatbetrieben stark differenzieren. Die Hauptentlohnung vollzieht sich im Zeitlohn. Es gibt auch Betriebe, in denen Akkord gearbeitet wird (s. Lohnspiegel - Anlage 2).

Der Urlaub, der in den Privatbetrieben gewährt wird, richtet sich im allgemeinen nach den gesetzlichen Bestimmungen.

Berufskleidung wird in einigen Privatbetrieben gestellt und gewaschen. Es handelt sich in diesen Fällen aber immer um äusserst schmutzige und gesundheitsschädliche Arbeit (Quarzarbeit o.ä.)

Aus einigen Privatbetrieben haben wir konkrete Berichte, dass die Unternehmer die Belegschaften versuchen zu korrumpieren durch Überreichung von persönlichen Zuwendungen bei jeder Gelegenheit (auch Hochzeiten, zu Geburtstagen, Weihnachten usw.)

Die Bezahlung der Intelligenz ist äusserst unterschiedlich und richtet sich nach der Art des Betriebes. Ausgesprochene Spezi-

-3-

alisten erhalten Gehälter, wie z.B. bei Reifen-Müller, bis zu 2 000.- DM, während andere Intelligenzler sehr gering bezahlt werden (s.Anlage 3).

Die Arbeitsschutzbestimmungen werden notgedrungen von Privatunternehmern aufgrund der laufenden Kontrollen des Amtes für Arbeit eingehalten.

Der Überwiegende Teil der Unternehmer wendet keinerlei Mittel für die kulturellen Bedürfnisse der Belegschaften auf. Einige wenige Privatbetriebe veranstalten Dampferfahrten oder Betriebsfeiern.

Parteimitgliedschaft

Von den ca. 19 000 Handwerkemeistern sind ungefähr 550 Mitglieder unserer Partei.

Nach den uns vorliegenden Meldungen aus den Kreisen des demokratischen Sektors sind ausser diesen noch 43 Privatunternehmer Parteimitglieder.

Die Anzahl der Parteiorganisationen in den Privatbetrieben beträgt 22. In diesen Grundorganisationen sind 179 Genossen erfasst.

Charakteristiken von Unternehmern, die Parteimitglieder sind, siehe Anlage 4.

Mit einer Ausnahme sind die uns bekannten Sekretäre der Parteiorganisationen Arbeiter, die in der Produktion stehen. Im Betrieb Nerlich, Berlin N 54, Rosenthaler Strasse, ist der Mitinhaber Sekretär der Parteiorganisation.

In fast allen Fällen besteht kein gutes Verhältnis zwischen dem Parteisekretär und dem Unternehmer (Privatunternehmer). Die Ergebnisse der Überprüfungen der angesprochenen Genossen liegen bisher nicht vor.

Parteischulung.

Der grösste Teil der Genossen der Privatbetriebe nehmen am Parteilehrjahr teil. Weiterhin ist zu verzeichnen, dass es auch gelungen ist, eine ganze Anzahl parteiloser Kollegen für die Teilnahme an unseren politischen Zirkelabenden zu gewinnen. Die Kreisparteischule wurde bisher von 9 Genossen besucht.

An bedeutenden politischen Kampagnen, wie beispielsweise der 1.Mai, nahmen auch die Kollegen der Privatbetriebe starken Anteil. Bei den grösseren Privatbetrieben waren ca. 75% der Belegschaft an der Maikundgebung beteiligt. Desgleichen wurde die Volksbefragung durch vom FDGB organisierte Aufklärungsgruppen unterstützt. Zu den III. Weltfestspielen ist es gelungen, auch die Belegschaften der Privatbetriebe weitgehendst zu mobilisieren. Es wurden beispielsweise für die Nationale Front Nachtwachen gestellt, in einigen Betrieben wurden Geldspenden aufgebracht und die Fassaden vieler Privatbetriebe wurden ausgeschmückt. Eine ganze Reihe von Privatbetrieben stellte Quartiere für die Weltfestspiele zur Verfügung, z.B. bei Kälte-Richter 340, Pa. Gast 400, Stolte-Zement 110.

Vom FDGB werden in den Betrieben des öfteren Versammlungen durchgeführt, in denen über die Erfolge unserer Wirtschaftspolitik in der DDR berichtet wird und in denen zufolge auch die Erfolge unseres Volkseigenen Sektors 201/07/13 : CIA-RDP83-00415R012100030004-9

-4-

Unsere Bemühungen, die Anzahl der Leser des "ND", der "TR" und der "Tribüne" in den Privatbetrieben festzustellen, verliefen ergebnislos, da viele Kollegen Privatabonnenten dieser Zeitungen sind. Soweit Parteiorganisationen in den Betrieben bestehen, lesen unsere Genossen im allgemeinen die Parteipresse. In den grösseren Privatbetrieben ist der Vertrieb der "Tribüne" durch die dortigen Gewerkschaftsfunktionäre organisiert. Durchschnittlich 60% der Kollegen der Privatbetriebe sind gewerkschaftlich organisiert, wobei die grössten Betriebe auch den grösseren prozentualen Anteil haben. Die Betriebsgruppen der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft sind nur in einigen grösseren Privatbetrieben vorhanden.

Stimmung der Parteimitglieder.

Es gibt eine Reihe von Genossen in den Privatbetrieben, die sich von der Parteiarbeit zurückziehen und den damit verbundenen Auseinandersetzungen entziehen wollen. Das politische Bewusstsein bei diesen Genossen ist im allgemeinen noch nicht so entwickelt, wie es in den VEB der Fall ist. Da wir in den Privatbetrieben keinerlei Wettbewerbe durchführen und dort von unseren Genossen keinerlei Selbstverpflichtungen eingegangen werden, glauben sie, hier im Privatbetrieb ein ruhiges Leben führen zu können im Gegenteil zum VEB. Diese Feststellung schliesst aber nicht aus, dass es auch Genossen gibt, die sich ernsthaft bemühen, die Politik unserer Partei auch in den Privatbetrieben durchzusetzen.

Stimmung der Parteilosen.

Die parteilosen Kollegen arbeiten in den Privatbetrieben, um ihr Geld zu verdienen; sie haben zum grossen Teil noch nicht die Notwendigkeit der Führung des Klassenkampfes erkannt. Teilweise gibt es solche Ansichten, dass man sogar vom "guten Unternehmer" spricht

Es gibt verschiedene Anzeichen gegnerischer Arbeit in den Privatbetrieben, so ist es z.B. bei Reifen-Müller einem Vertreter der Zieten-Strasse-SPD gelungen, ca 100 Karten für die Veranstaltung in der Waldbühne zum 1. Mai 1951 zu verkaufen. In diesem Betrieb kann man von einer organisierten Arbeit des Gegners sprechen. Ähnliche Beispiele können aus anderen Privatbetrieben gebracht werden, in denen hin und wieder Kias-Parolen in der Belegschaft verbreitet werden.

Eine grosse Rolle spielt bei diesen Auseinandersetzungen die Frage des Ost-West-Geldes, wobei unsere Genossen nicht immer die richtigen Argumentation finden.

Die Tätigkeit anderer bürgerlicher Parteien ist fast nicht zu verzeichnen.

Die Formen des Klassenkampfes in den Privatbetrieben sind äusserst vielseitig. Lohnforderungen der Kollegen dieser Betriebe werden oftmals durch den Unternehmer durch den Hinweis abgetan, dass sie sagen: "Ich würde ja gern höhere Löhne zahlen, aber der FDGB lässt das nicht zu".

Einige Unternehmer haben es verstanden, die Mitglieder der BGL bzw. des Betriebsrates zu korrumpieren, so erhielten u.B. die beiden BGL-Vorsitzenden bei Kalte-Richter einen Zuschlag von 250.- DM monatlich zu ihrem Lohn. Die Wachsamkeit einiger Genossen in den Privatbetrieben ist gut entwickelt. Nachdem z.B. der Genosse Graf, Former bei der Fa. Lauterbach, die Verlagerung von Maschinen und Gussteilen nach dem Westsektor der Polizei und dem Bezirksamt gemeldet hatte, ohne dass etwas geschehen war, wandte er sich an die Partei, so dass eine Überprüfung durchgeführt wurde, die zur Abschliessung des Betriebes führte. Ein weiterer Vorfall unserer Politik erstreben einige Genossen, die Betriebe, in denen sie arbeiten, in Volkseigentum überführen zu lassen.

Die Arbeit in den Handwerksbetrieben

In bezug auf die Arbeit in den Handwerksbetrieben bestand ständig eine wenn auch lose Verbindung zwischen Kreisleitung und den einzelnen Handwerkern. Diese Anleitung wurde wesentlich verstärkt im Zusammenhang mit der Durchführung der Wahl der Bezirks- und Obermeister zur Gründung der Handwerkskammer Gross-Berlin. In Zukunft wird durch das Bestehen der Handwerkskammer diese Arbeit bessere Ergebnisse zeitigen. Bemerkt muss werden, dass sich gerade bei der Durchführung der Wahlen zur Handwerkskammer die ungenügende Verbindung der Partei zu den Handwerkern gezeigt hat.

Von seiten der Landesregierung wurden in gewissen Abständen mehrere Handwerker-Konferenzen durchgeführt, an denen sich auch immer ein Teil der Westberliner Handwerker beteiligte. Vor der Wahl der Bezirks- und Obermeister wurde durch die Landesleitung eine Handwerkerbroschüre herausgegeben.

Anleitung der Kreisleitungen

Mit Ausnahme einiger grösserer Privatbetriebe werden die kleineren und mittleren Betriebe von den Kreisleitungen ziemlich ausser acht gelassen; dadurch werden die Genossen, die in diesen Betrieben tätig sind, im Betrieb nicht organisatorisch erfasst und sind infolgedessen nur in den Wohnorganisationen der Wohngebiete tätig. Die Anleitung beschränkt sich also auf einige grössere Privatbetriebe, wobei aber auch hier die Probleme der Privatwirtschaft nicht gesondert behandelt wurden. In fast allen Kreisleitungen wurden die Fragen der Privatbetriebe nicht besprochen, was sich auf die Arbeit in diesen Betrieben stark auswirkte. Die Anleitung der Gewerkschaft durch die Kreisleitung erfolgt über den BA-Vorsitzenden, der Mitglied des Kreisverbandes und des Kreissekretariats ist.

Gewerkschaftsarbeit

Stand der Mitgliedschaft nach der Beitragsabrechnung vom Juli 1951 in den Privatbetrieben:

	Betrie- be	Beschäf- tigte	Männer	Frau- en	Jügl.	ins- gesamt
Mitte	375	12 985	4 810	3 019	8 605	
Prenzlauer Berg	358	7 661	2 767	1 734	5 055	
Friedrichshain	289	7 548	2 976	1 449	4 978	
Treptow	111	2 367	1 033	417	1 650	
Köpenick	173	4 805	1 950	847	3 158	
Nichtenberg	137	4 776	1 957	726	2 984	
Weissenensee	226	5 585	2 157	950	3 527	
Pankow	136	5 017	1 436	411	2 062	

Das Hauptgewicht der Gewerkschaftsarbeit in den Privatbetrieben lag in der Vergangenheit in der Bemühung, in allen Betrieben Tarifverträge abzuschliessen und ihre Einhaltung zu garantieren.

Die BA-Vorsitzenden und die IG-Sekretäre leiten die Bezirksgewerkschaftsleitungen in den einzelnen Kreisen in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit an. Da das Hauptgewicht der IG-Sekretäre in den volkseigenen Betrieben liegt, wird die Anleitung in den Privatbetrieben als untergeordnet angesehen, so dass die Hauptarbeit von den Gewerkschaftsleitungen in den Privatbetrieben geleistet werden muss. Auf diesen lastet also bisher die Hauptverantwortung und von ihrer guten oder schlechten Arbeit war der Erfolg in den Privatbetrieben im grossen und ganzen abhängig.

Die Bezirksgewerkschaftsleitungen halten wöchentlich Sprechstunden für die Kollegen aus den Privatbetrieben ab, um sie in Streitfällen beraten zu können. In einigen Privatbetrieben werden auch durch die Bezirksgewerkschaftsleitungen Belegschaftsversammlungen in Verbindung mit den IG-Sekretären durchgeführt. Die Anleitung der IG-Sekretäre bezieht sich hauptsächlich auf die Schaffung von Gewerkschaftsgruppen bzw. GPK für Kleinbetriebe. Die einzelnen Bezirksgewerkschaftsleitungen haben im allgemeinen eine so grosse Zahl von Betrieben zu betreuen, dass ihre Kraft dafür nicht ausreicht. Sie setzen sich nur aus ehrenamtlichen Funktionären zusammen. Es gibt z.B. in der IG Textil-Bekleidung-Leder je Kreis ca. 500 - 800 Klein- und Kleinbetriebe, in den anderen IG's liegen die Verhältnisse ähnlich. Ein Mangel der bisherigen Gewerkschaftsarbeit ist der häufige Wechsel der IG-Sekretäre. Ein weiterer Mangel ist die Tatsache, dass die Bezirksgewerkschaftsleitungen es bisher noch nicht richtig verstanden haben, einen ausreichenden Funktionärstab in den Privatbetrieben zu schaffen. Besteht kein Vertrauensmännerkörper in diesen Betrieben, so wirkt sich das folglich auch auf die Kassierung, Betreuung und Neuwerbung von Mitgliedern aus. Die ungenügende Beteiligung an Gewerkschaftsschulungen macht sich bei der Arbeit in den Privatbetrieben besonders bemerkbar.

Zur Verbesserung der gewerkschaftlichen Arbeit ist erforderlich:

1. dass die IG-Sekretäre wirklich arbeitsfähige Bezirksgewerkschaftsleitungen schaffen, um die Basis ihrer Arbeit und damit den Einfluss in den Betrieben zu verbreitern.
2. Die Aufstellung genauer Arbeitspläne mit konkreten Aufträgen zur Bearbeitung der Privatbetriebe.
3. Die verstärkte Arbeit zur Schaffung von GPK in den Privatbetrieben.
4. Die Gewinnung von Kollegen aus den Privatbetrieben zur Beteiligung an Betriebsabendschulen.
(Handschriftlich zugefügt: Mitbestimmungsrecht, Preiagesaltung, Abführung der Steuern).

Ein Mangel der Arbeit der Berliner Parteileitung war, dass die Kreisleitungen nicht darauf hingewiesen wurden, die Genossen der Privatbetriebe gesondert zusammenzufassen und sie auf die Form ihrer Arbeit in den Privatbetrieben und die damit zusammenhängenden speziellen Aufgaben der Führung des Klassenkampfes in diesen Betrieben anzuleiten.

Um die Arbeit in Zukunft besser in der Privatindustrie anzuleiten, schlagen wir vor:
dass die Kreisleitungen ein Programm zur Anleitung der schon vorhandenen Parteiorganisationen in den Privatbetrieben entwickeln,

darüber hinaus sich Stützpunkte in weiteren Privatbetrieben schaffen und die Genossen aus den Privatbetrieben regelmässig in den Kreisen zusammenzufassen.

Die Genossen aus den Privatbetrieben sind so anzuleiten, dass sie auf die Produktion Einfluss nehmen, so dass die Produktion nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgt, um zu garantieren, dass die Produktion zum Nutzen der Produktion dient und nicht anderen Interessen.

dass alle betrieblichen Reserven ausgenutzt und erfasst werden,

dass die Privatbetriebe zur unbedingten Vertragstreue bei Einschaltung in das Vertragssystem zur volkseigenen Industrie gehalten werden,

dass sie in stärkerem Masse Lehrlinge ausbilden und so bei der Erfüllung des Nachwuchsplanes eingeschaltet werden, wobei diese Aufgabe in Verbindung mit der FDJ gelöst werden muss.

Weiter sollen die Genossen in den Privatbetrieben darauf einwirken, dass die Lohn - und Tarifbedingungen eingehalten werden und

dass von seiten der Unternehmer die Gesetze und Verordnungen der DDR und des demokratischen Magistrats beachtet werden.

Magistrat von Gross-Berlin
Abteilung Wirtschaftsplanung
beim Oberbürgermeister
Kontamt Statistik

Veränderung der Klassenstruktur
seit 1945 im demokratischen Sektor
von Gross-Berlin

Aufgliederung der Wohnbevölkerung	Zahl der Personen in 1000					
	1946		1947		1948	
	absolut	in v.H.	absolut	in v.H.	absolut	in v.H.
Arbeiter	349.0	29.5	347.8	29.3	345.2	28.8
Angestellte ohne 3 u. 4	139.1	11.8	140.4	11.8	148.9	12.5
Ingenieure u. Techniker	7.3	0.6	8.8	0.7	10.2	0.9
Lehrer u. Erzieher	7.2	0.6	7.6	0.6	8.0	0.7
Handwerker (selbst.)	22.1	1.9	22.6	1.9	22.1	1.8
Kleinbändler	14.2	1.2	13.3	1.1	13.1	1.1
Großhändler	2.2.	0.2	2.6	0.2	2.5	0.3
Private Industrie- unternehmer	2.0	0.2	2.0	0.2	2.0	0.2
Private Bau- unternehmer	0.5	0.0	0.5	0.0	0.5	0.0
Private Fuhrunter- nehmer	2.5	0.2	2.7	0.2	2.8	0.2
Gastwirte und Hotel- unternehmer	2.2	0.2	2.2	0.2	2.1	0.2
Landwirte und Garten- bauer (selbst.)	1.8	0.2	1.2	0.1	1.2	0.1
Sonstige Gewerbetreibende	12.8	1.1	7.8	0.7	4.9	0.4
Freie Berufe (Ärzte Rechtsanwälte (Künstler)	3.0	0.3	3.2	0.3	3.4	0.3
Lebentner	152.1	11.2	135.2	11.4	138.0	11.4
Mithelfende Familien- angehörige	16.1	1.4	19.9	1.7	19.2	1.6
Familienangehörige ohne Beruf (außer Haus- frauen)	237.9	20.3	242.7	20.5	244.8	20.4
Hausfrauen	219.5	18.7	222.5	18.8	225.6	18.8
Sonstige Personen (Inhaftierte usw)	3.2	0.3	3.1	0.3	3.2	0.3
Wohnbevölk. insges.	1.174.6	100.0	1.186.1	100.0	1.195.6	100.0

1949		1950		1951	
abso- lut	in v.H.	abso- lut	in v.H.	abso- lut	in v.H.
346.7	29.1	354.1	29.9	360.3	30.5
157.3	13.2	165.7	13.9	181.1	15.3
11.7	0.9	13.1	1.1	14.4	1.2
0.4	0.7	8.8	0.7	9.2	0.2
20.5	1.7	19.6	1.7	19.0	1.6
12.8	1.1	12.6	1.1	11.7	1.0
1.9	0.2	1.5	0.2	1.8	0.2
1.7	0.1	1.5	0.1	1.1	0.1
0.5	0.0	0.5	0.0	0.4	0.0
2.9	0.2	2.9	0.2	2.6	0.2
2.0	0.2	1.9	0.2	1.2	0.2
1.2	0.1	1.2	0.1	1.2	0.2
4.9	0.4	3.7	0.5	7.2	0.2
3.8	0.3	4.0	0.3	4.3	0.4
144.1	12.1	146.3	12.3	146.7	12.4
18.7	1.6	17.5	1.5	16.9	1.4
245.7	20.6	246.9	20.7	246.1	20.8
204.8	17.2	182.6	15.3	153.7	13.0
3.1	0.3	3.1	0.3	3.1	0.3
1.192.7	100.0	1.189.5	100.0	1.182.0	100.0

Arbeitslose: Februar 1950 44.486

Sept. 31.300

Oktober 29.335

Novem. 27.757

Dezember 28.761

1951 Januar 28.550

Februar 27.700

-2-

Arbeitsarbeiter	11.403	10.654
davon männlich	7.025	6.744
weiblich	4.378	3.910
Verkürzt arbeitende Betriebe	891	875
Sozialversicherung	347.017	351.509
Pensionempfänger	200.652	203.842
davon Empfänger v. Versicherungsrenten	79.494	80.235
Witwenrenten	66.871	67.632
Waisen-Einzelwaisenrenten	-	-
Verletztenrenten	-	-
Hilflosenrenten		
Allgemeine Wohlfahrt		
Unterstützungsempfänger	171.536	168.305
davon Hauptunterstützte	124.575	122.572
Nitunterstützte	46.961	45.733

9.844	10.365
6.268	6.816
3.576	3.549
801	812
352.486	-
805.405	-
80.945	-
66.136	-
-	-
-	-
163.205	-
118.742	-
44.463	-

<u>Registrierte bei den Arbeitsämtern</u>	<u>Mai 1951</u>	<u>Juni 1951</u>
Erwachsene	1.127.710	1.129.867
davon männlich	615.825	617.128
weiblich	511.885	512.739
Jugendliche (bis 18 Jahre alt)	46.840	45.997
davon männlich	25.400	24.804
weiblich	21.440	21.193
I. Erwerbstätige insgesamt	887.806	889.703
Erwachsene	854.438	856.403
davon männlich	497.044	499.745
weiblich	357.394	356.758
Jugendliche	33.368	33.200
davon männlich	19.554	19.316
weiblich	13.814	13.884
a) Arbeiter und Angestellte	747.117	749.925
darunter Notstandsarbeiter	38.121	36.577
davon männlich	28.654	28.240
weiblich	8.654	8.337
Erwachsene	713.756	716.342
davon männlich	414.727	417.504
weiblich	299.029	298.838
Jugendliche	33.361	33.183
davon männlich	19.554	19.316
weiblich	13.807	13.867
b) Selbständige	114.418	113.967
davon männlich	79.655	79.579
weiblich	34.763	34.388
c) Mithelfende Familienangehörige	26.271	26.211
davon männlich	2.662	2.662
weiblich	23.609	23.549
Jugendliche	-	-
davon männlich	-	-
weiblich	-	-
II. Arbeitslose insgesamt	286.744	286.161
Erwachsene	273.272	273.364
davon männlich	118.781	117.383
weiblich	154.491	155.981
Jugendliche	13.472	12.797
davon männlich	846	5.480
weiblich	7.626	7.309
Opfänger von Arbeitslosenunterstützung	62.510	62.753
davon männlich	37.047	35.820
Arbeitslosenfürsorge	122.293	120.906
davon männlich	57.823	57.409
weiblich	64.470	63.497

Jul 1 1951August 1951

1.131.896

1.131 054

617. 038

616.610

514.858

514.444

56.596

58.263

30.139

31.368

26.457

26.895

896.483

904.762

861.344

868.272

501.363

505.502

359.981

362.770

35.149

36.490

20.472

21.442

14.667

15.048

756.389

764.810

36.389

38.213

27.953

29.565

8.260

8.648

721.250

728.335

419.175

423.310

302.075

305.025

35.139

36.475

20.472

21.442

14.667

15.033

113.939

113.853

79.521

79.535

34.418

34.318

26.155

26.099

2.667

2.657

23.488

23.442

-

-

-

-

-

-

892.009

884.555

270.552

262.782

154.877

151.674

21.457

21.773

9.667

9.926

11.790

11.847

62.832

59.129

36.503

33.324

26.329

25.805

121.956

120.023

57.754

56.331

64.202

63.692

WIP HA-Stat.III Ref./51 - MU/Ka.

App. 2465

**Untersuchung über die Änderung der Klassenstruktur
der Bevölkerung des demokratischen Sektors von Gross-Berlin
seit 1945.**

Um Untersuchungen über die Veränderungen der klassenmässigen Zusammensetzung durchführen zu können, wurde in der anliegenden Übersicht die Bevölkerung des demokratischen Sektors nach Gruppen aufgegliedert. Dabei mussten einige Zahlen an Hand anderer Ergebnisse geschätzt werden, so z.B. die Zahl der Industrie-Unternehmer auf Grund der bekannten Zahl der vorhandenen privaten Industrie-Unternehmen. Bisher hatte nämlich die Statistik entsprechend der früheren Gesellschaftsordnung keine klaren Ergebnisse hinsichtlich der klassenmässigen Zusammensetzung einer Bevölkerung erarbeitet.

Die Zahl der manuellen Arbeiter war kurz nach dem Zusammenbruch ungewöhnlich hoch, da die wesentlichste Arbeitstätigkeit der Bevölkerung sich zunächst auf Aufräumungs- und Entrümmungsarbeiten beschränken musste. Bis zum Jahre 1948 ging daher die Zahl der manuellen Arbeiter auf ihren normalen Stand zurück. Dann bewirkte die Wirtschaftsplanung der demokratischen Verwaltung, dass immer mehr Arbeiter in den Produktionsprozess einreihung wurden, so dass der Anteil der Arbeiter an der Gesamtbevölkerung im Jahre 1951 zum ersten Male mehr als 30 v.H. ausmachte.

Die Zahl der Angestellten, es handelt sich sowohl um kaufmännische wie auch um Verwaltungsangestellte, hat sich bis 1948 allmählich infolge Konsolidierung der Verhältnisse vergrössert. Ab 1948 erfolgte ein starker Anstieg durch die Errichtung von Zentralverwaltungen. Dazu kam noch, dass westberliner Verwaltungsangestellte aus den Verwaltungen ausscheiden mussten und dafür Angestellte aus der DDR in den demokratischen Sektor von Gross-Berlin zogen. Hatten die Angestellten 1946 nur 11,8 v.H. der Wohnbevölkerung ausgemacht, so stieg der Anteil im Jahre 1951 auf 15,3 v.H.

Die technische Intelligenz, die besonders herausgestellt wurde, ist, wenn sie auch nur eine kleine Gruppe darstellt, ein Spiegelbild für den technischen Fortschritt. Die Zahl der technischen Intelligenz, die im demokratischen Sektor wohnt, hat sich in den letzten 5 Jahren genau verdoppelt. Auch die Lehrer und Erzieher, deren Zahl stark angestiegen ist, sind Ausdruck eines kulturellen Aufbauwillens.

Die Gruppe der Selbständigen (Zeile 5 - 14) ist weitgehend untergliedert, damit die Veränderung der einzelnen Unternehmerarten dargestellt werden kann. Wir erkennen in fast allen Gruppen eine starke Verminderung, die teils früher, teils später einsetzt. Sehr bedeutend ist die Verminderung bei den Grosshändlern, die nach anfänglichem Aufstieg bis auf die Hälfte ihres ursprünglichen Bestandes zusammengeschrumpft sind. Die privaten Industrie-Unternehmer haben bis zum Jahre 1948 ihren Bestand halten können, sanken dann aber gleichfalls bis auf die Hälfte herab. Die privaten Fuhrunternehmer haben am längsten ihren Bestand halten können. Man muss hier allerdings berücksichtigen, dass die Zahl von 1946

im Vergleich zur Vorkriegszeit ausserordentlich gering war, da Kraftfahrzeuge, Fuhrwerke und Pferde in den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch nur in ungenügender Zahl vorhanden waren.

Bei den sonstigen Gewerbetreibenden handelt es sich im allgemeinen um Angehörige des ambulanten Gewerbes. Die hohe Zahl des Jahres 1946 hatte ihre Ursache jedoch darin, dass eine erhebliche Anzahl Unternehmer, die ihren Betrieb durch die Kriegseinwirkungen verloren hatten, zunächst auf eine neue Konjunktur hofften und daher keiner anderen Gruppe zugeordnet werden konnten. Lediglich eine Gruppe der Selbständigen, die freien Berufe (Ärzte, Wissenschaftler, Rechtsanwälte, Künstler usw.) wiesen seit 1946 einen gleichmässigen und andauernden Anstieg auf.

Bei den mithelfenden Familienangehörigen handelt es sich meist um mithelfende Frauen von Handwerkern (Bürotätigkeit) oder Einzelhändlern und Gastwirten (Verkaufstätigkeit). Die Zahl der mithelfenden Familienangehörigen blieb bei geringen Schwankungen nahezu unverändert.

Die Gruppe der Rentner musste bei der altersmässigen Zusammensetzung der Berliner Bevölkerung notwendigerweise ansteigen, darunter fallen auch die Kriegsversehrten vom 2. Weltkrieg. Der grosse Unterschied von 1948-49 wird mit der Gründung der DDR begründet, und damit setzte auch gleichzeitig eine kontrollierbare Erfassung aller Rentner ein.

Bei Familienangehörigen ohne Beruf (ausser Hausfrauen) sind fast ausschliesslich Kinder im schulpflichtigen oder noch nicht schulpflichtigen Alter. Der allmähliche Anstieg ihrer Zahl ergibt sich aus der Bevölkerungsentwicklung. Die Zahl der Hausfrauen, die keinem Erwerb nachgehen, nahm bis 1948 wegen Rückkehr der Haushaltungsvorstände aus der Kriegsgefangenschaft laufend zu. Dann bewirkte der Aufbau unserer Wirtschaft und die günstigen Arbeitsmöglichkeiten für Frauen eine starke Verminderung der Zahl der "Hausfrauen".

Zusammenfassender Bericht über Form und Methoden
des Klassenkampfes in Gross-Berlin

Die einzelnen Fragen beinhalten:

1. Klassenstruktur der Bevölkerung des demokratischen Sektors von 1945 - 1951 (Aufzeigen von Veränderungen)
2. Klassenstruktur der Bevölkerung der Westsektoren von 1945 - 1951 (Veränderungen an Hand von statistischen Zahlen)
3. Welche reaktionären Kräfte gibt es im demokratischen Sektor ?
Unterteilt in a) SPD b) Kirohe c) Nazi und Unternehmer
Zu Abschnitt c) ist zu sagen, dass übere reaktionäre Kräfte bei Nazis und Unternehmern keine Berichte vorliegen.
4. Welche politische Linie hat der Klassengegner im demokratischen Sektor? a) ideologisch, b) politisch, c) ökonomisch.
5. Welche Formen und Methoden wendet der Gegner in seinem politischen Kampf gegen uns an ?
In welcher Form setzt er die Parteien, Organisationen, Behörden und Besatzungsmächte gegen die demokratische Ordnung in Ostberlin ein?
In welcher Form zeigt sich die Verschärfung des Klassenkampfes in Verbindung mit dem Wachstum der demokratischen Entwicklung.
6. Welche politischen Organisationen besitzt der Gegner in Ostberlin ?
7. Welche Verbindungen bestehen von diesen Organisationen nach Westberlin zu den Besatzungsmächten, Parteien und Verwaltungen? Welche Form der Anleitung gibt es von Westberlin nach dem demokratischen Sektor und welche erhalten die reaktionären Kräfte aus Westberlin ?
a) Ideologisch, b) politisch, c) ökonomisch, d)finanziell.
8. Welche Hilfe leistet der demokratische Sektor bei der Unterstützung der demokratischen Kräfte in Westberlin und in welcher Form vollzieht sich diese Hilfe?
9. Einschätzung der Rolle der Partei und der Massenorganisationen in Westberlin. In welchen Formen und Methoden vollzieht sich die Arbeit in Westberlin?
10. Welche Massnahmen werden durch die Parteiorganisation bei der Verwaltung und Volkspolizei durchgeführt im Kampf gegen die reaktionären Kräfte im demokratischen Sektor ?
Bis zum 30.11.51 hatte der Gen. Fruck diese Frage zur Bearbeitung; von diesem Zeitpunkt an wurde sie der Abteilung Staatliche Verwaltung im Hause weitergegeben, die sie noch in Bearbeitung hat.

Klassenstruktur der Bevölkerung des westberliner Sektors 1945 - 1951

Stand am:	Bevölkerung insgesamt:	d a v o n	
		männlich:	weiblich:
12.8.1945	1 733 606	634 016	1 099 590
29.10.1946	2 012 532	812 896	1 190 636
31.12.1948	2 107 434	880 339	1 227 095
31.12.1949	2 119 816	895 685	1 224 131
13. 9.1950	2 146 952	911 504	1 235 448
31.12.1950	2 153 566	915 749	1 237 817
31. 1.1951	2 154 714	916 450	1 238 264
28. 2.1951	2 156 156	917 341	1 238 015
31. 3.1951	2 154 470	916 875	1 237 595
30.4. 1951	2 157 067	918 155	1 230 912
31. 5.1951	2 158 916	918 979	1 239 937
30. 6.1951	2 160 994	920 083	1 240 911
31. 7.1951	2 164 125	921 117	1 243 008
31. 8.1951	2 165 729	922 025	1 243 704

Die Bevölkerung Westberlins hat sich von 1945 bis August 1951 um 432 123 Personen erhöht. Davon sind 388 009 männlich und 144 114 Personen weiblich.

Vergleich der Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung
 1939, 1945, und 1950
 auf der Basis der Systematik von 1939
 in Westberlin.

Gruppe	1939		1945		1950	
	Arbeits- stätten	Beschäf- tigte	Arbeits- stätten	Beschäf- tigte	Arbeits- stätt.	Beschäf- tigte
Gesamtsumme	179 433	1 346 870	76 760	361 476	119 163	728 543
Industrie und Handwerk	67 198	769 933	33 620	108 489	38 745	343 570
Handel u. Verkehr	81 334	379 293	31 301	122 903	61 079	226 957
Öffent. Dienst u. priv. Dienstlsg.	30 428	195 029	11 684	59 546	18 690	146 065

Die auf die Industrie entfallenden Arbeitsstätten und Beschäftigten zeigen insgesamt:

1939	=	30 069	Industriebetriebe mit	604 072	Beschäftigten
1945	=	7 345	"	87 842	"
1950	=	8 923	"	215 571	"

Demgegenüber arbeiten:

1939	=	37 129	Handwerksbetriebe mit	165 861	Beschäftigten
1945	=	26 275	"	100 647	"
1950	=	29 822	"	127 999	"

wozu noch einige Handwerksbetriebe "Dienstleistungen" kämen, so dass auf das Handwerk insgesamt entfallen:

1939	=	41 093	Handwerksbetriebe mit	177 033	Beschäftigten
1945	=	28 428	"	106 760	"
1950	=	32 402	"	134 308	"

Hierbei ist festzustellen, dass das Handwerk zusammengekommen sich besser behauptet hat als die Industrie.

In der Westberliner Statistik wird in diesem Zusammenhang gesagt, dass das Handwerk bei weitem nicht den vernichtenden Zusammenbruch wie die Industrie erlitten hat. 1945 hatte nur ein knappes Viertel der Industriebetriebe mit knapp 15% der Beschäftigten von 1939 die Katastrophe überstanden, während das Handwerk mehr als 2/3 seiner Arbeitsstätten mit etwa 60% der 1939 Beschäftigten retten konnte.

Der Industrie dagegen bleibt noch ein weiter Weg zurückzulegen, obwohl sie erhebliche Fortschritte gemacht hat. Der Produktionsindex der westberliner Industrie insgesamt (1936 = 100) betrug im 3. Vierteljahr 1949 19 v.H., im 3. Vierteljahr (1950=34vH) und stieg bis April 1951 auf 56 v.H. (vergl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Jahrgang 1951, 2. Heft).

In der Industrie waren am Erhebungstage (13. Sept. 1950) erst wieder etwas mehr als 1/3 des Personals von 1939 in 8 923 Arbeitsstätten oder 29,7 v.H. der Betriebe von 1939 beschäftigt.

Bei der Industrie ist also, im ganzen gesehen, die Tendenz der Verkleinerung der Betriebsgrößen nicht vorhanden; im Gegenteil, durchschnittlich beschäftigten die heute bestehenden Industriebetriebe je Arbeitsstätte mehr Personal als 1939.

1939 beschäftigte die westberliner Industrie 604 072 Personen, 1950 erst wieder 215 571.

Die Differenz übersteigt die Zahl der z.Zt. der Erhebung vorhandenen Arbeitslosen (vergl. Berliner Statistik 1951, Heft 3, S. 69): 241 700 Arbeitslose; die Arbeitslosigkeit hat sich im Juli 1951 auf 292 009 erhöht).

Im Februar 1950 hatte die Arbeitslosenzahl den höchsten Stand mit rd. 309 000 registrierten Arbeitslosen aufzuweisen. Dazu kommen noch 50 000 Notstandsarbeiter.

Interessant ist die Wandlung von Industrie und Handwerk an der Produktion. Der Zahl der Beschäftigten nach waren an der Produktion beteiligt:

	1939	1945	1950
die Industrie mit	78.5 v.H.	46.6 v.H.	62.7 v.H.
das Handwerk mit	21.5 v.H.	53.4 v.H.	37.3 v.H.

Das Bau - und Baunebengewerbe hat inzwischen die Zahl der Arbeitsstätten auf 7 056 mit fast 2/3 der Beschäftigten von 1939 erhöht.

Die Schwierigkeiten im westberliner Baugewerbe zeigen, dass nur die allernotwendigsten Bauvorhaben infolge Kapitalmangels durchgeführt werden konnten, so dass das Bau - und Baunebengewerbe trotz Baunotabgabe noch sehr darnieder liegt.

Die durch die Hausbesitzer bzw. Hausverwalter in den letzten Jahren erteilten Bauaufträge waren, ausser einigen Geschäftsbauten und jenen Bauten, für die ERP-Kredite beschafft werden konnten, nur geringen Umfangs, da die aus den laufenden Mieteinnahmen fließenden Mittel grössere Bauten nicht ermöglichen. Die Baufirmen sind nach der Währungsumstellung infolge des fehlenden Betriebskapitals nur selten in der Lage, grössere Bauaufträge zur Ausführung zu übernehmen und die dafür erforderlichen Löhne und Kosten für Baumaterialien auf längere Zeit vorzustrecken.

Die tragenden Gruppen der Industrie in Westberlin sind in erster Linie die Elektrotechnik sowie der Maschinen-, Stahl- und Fahrzeugbau. Die Elektrotechnik rettete 1945 (lt. Angaben der westberliner Statistik) nur 12,2 v.H. der 1939 Beschäftigten, und am 13. September 1950 wurden erst wieder 35 v.H. der Beschäftigten von 1939 erreicht. Nicht viel anders ist es im Maschinen-, Stahl- und Fahrzeugbau, der 1945 nur 14,4 v.H. und 1950 erst wieder rd. 31 v.H. der Beschäftigten von 1939 auswies.

Vergleich der Entwicklung des Handwerks an Hand der Zählung von 1945, 1949 und 1950 auf Grund der Systematik der Handwerkserhebung.

	1945		1949		1950	
	Arbeits- stätten	Beschäf- tigte	Arbeits- stätten	Beschäf- tigte	Arbeits- stätten	Beschäf- tigte
I. Bauhandwerk	5 511	32 955	6 415	36 527	7 282	52 202
II. Nahrungsmittel-Handwerk	2 699	12 309	3 180	16 036	3 888	19 302
III. Bekleidungs- Textil-, Leder- handwerk	11 497	28 219	9 443	22 039	8 938	22 671
IV. Eisen-u. Metall verarb. Handw.	4 306	18 679	4 826	18 053	4 622	17 159
V. Holzver- arb. Handwerk	1 619	6 352	2 231	8 436	2 741	10 031
VI. Gesundheits- u. Körperpflege, Chem.-u. Reini- gungshandwerk	2 173	6 185	3 803	10 984	3 692	8 964
VII. Papierverarb. Keram. u. sonst. Handwerk	623	2 061	1 085	3 104	1 239	3 179
	28 428	106 760	30 983	115 179	32 402	134 308

Anteil des ambulanten Einzelhandels am Einzelhandel in Westberlin.

Jahr	Einzelhandel			Arbeits- stätten	v.H. des Einzel- handels	Beschäftigte		
	Arbeits- stätten	Beschäftigte absolut	je Ar- beits- stätte			absolut	v.H. d. Einzel- handels	je Ar- beits- stätte
1939	39 460	106 972	2,71	1 614	4,1	.	.	.
1945	17 732	41 696	2,35	-
1950	34 226	76 426	2,23	8 645	25,3	11 573	15,3	1,35

Der ambulante Handel, der in Westberlin so ungeheuer zugenommen hat, ist in erster Linie ein Zeichen der schwierigen Lage Westberlins.

Nach dem ersten Weltkrieg 1925 sind z.B. in Gross-Berlin im 3. Quartal 22 703 Steuerhefte an ambulante Händler ausgegeben worden. Diese Zahl sank dann ständig, um im Sommer 1932 wieder anzusteigen. In diesem Jahre wurden in Westberlin 3 694 ambulante Händler festgestellt. 1935 waren es 3 094. 1941 gab es in Westberlin nur noch 1 270 am-

bulante Händler, während 1949 die Zahl auf 10 182 answoll. 1950 sind 8 645 festgestellt worden. Während 1947 in Gross-Berlin nur 237 ambulante Händler für Lebensmittel registriert wurden, waren es 1949 in Westberlin allein bereits 2 260; 1950 gingen sie auf 1 563 zurück.

Von der Gesamtzahl der Arbeitsstätten und der darin beschäftigten Personen entfallen auf:

Arbeitsstätten mitPersonen				Arbeitsstätten absolut in v.H.		Beschäftigte absolut i. v.H.		Beschäftigte je Arbeits- stätte
1				48 717	40,9	48 717	7,5	1
2 bis	4			48 515	40,7	122 728	18,9	2,5
5 "	9			12 697	10,7	82 072	12,6	6,5
10 "	19			5 143	4,3	67 394	10,3	13,1
20 "	49			2 691	2,2	78 886	12,1	29,3
50 "	99			703	0,6	47 643	7,3	67,8
100 "	199			353	0,3	48 866	7,5	137,7
200 "	499			202	0,2	62 232	9,6	308,1
500 "	999			55	0,1	36 985	5,7	672,5
1 000 und mehr				25	0,0	55 080	8,5	2 203,2

Zusammen	119 103	100,0	650 613	100,0	5,5
----------	---------	-------	---------	-------	-----

Mehr als 2/5 aller Arbeitsstätten sind Alleinbetriebe, d.h. also Betriebe, in denen nur der Inhaber oder Filialleiter tätig ist.

Fast den gleichen Umfang weist die Gruppe der Arbeitsstätten mit 2 - 4 Personen auf. In beiden Grössenklassen wird das Hauptkontingent vom Einzelhandel hand Handwerk gestellt; während das Handwerk 11 758 Alleinbetriebe und 12 990 Betriebe mit 2 bis 4 Personen ausweist, sind es im Einzelhandel 16 150 bzw. 15 966. Auf etwas über 1/10 beläuft sich der Anteil der Betriebe von 5 - 9 Personen. Auch hier stellen das Handwerk mit 5 191 und der Einzelhandel mit 1 643 Betrieben noch über die Hälfte der Gesamtzahl.

Zieht man die Grössenklassen zu vier Gruppen zusammen, nämlich Alleinbetrieb, Kleinbetrieb (2 - 9 Personen), Mittelbetrieb (10 - 49 Personen) und Grossbetrieb (50 Personen und mehr), so ergibt sich, dass die Grossbetriebe zwar nur etwas über 1 v.H. aller Betriebe ausmachen, aber fast 2/5 der Erwerbstätigen beschäftigen. Die Kleinbetriebe, auf die über die Hälfte aller Betriebe entfällt, beschäftigen fast 1/3, die Alleinbetriebe nur 7,5 v.H. der Erwerbstätigen.

Eine Gegenüberstellung der Betriebe mit mehr als 1 000 beschäftigten Personen zeigt, im Jahre 1933 wurden in Gesamtberlin 157 derartige Betriebe mit 469 207 Personen gezählt (ohne Reichspost, Reichsbahn, Verwaltung und Partei, wovon nicht ganz 2/3 auf Westberlin entfallen sein mögen. Im Jahre 1945 waren es in Westberlin ohne Landwirtschaft und Öffentliche Verwaltung - 4 Betriebe mit 19 211 Personen, darunter ein Betrieb des Verkehrswesens mit 11 488 Personen, bei dessen Erfassung wahrscheinlich Unternehmen-Arbeitsstätte gezählt ist), im Jahre 1950 waren es 25 Betriebe mit 55 080 Personen.

Bei der Abteilung Bergbau, Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Energiewirtschaft haben die Grossbetriebe eine besondere Bedeutung, ausschlaggebend hierfür ist in Berlin die Energiewirtschaft. Von den 413 Betrieben und 13 539 Beschäftigten der Abteilung entfallen auf die Energiewirtschaft 141 Betriebe mit 10 932 Beschäftigten, davon beschäftigten allein 46 Grossbetriebe 9 462 Personen.

Auch in der Abteilung Eisen - und Metallerzeugung und - Verarbeitung fällt die starke Bedeutung der Grossbetriebe auf. Unter den 235 ausgewiesenen Grossbetrieben befinden sich 18 Riesenbetriebe (Betriebe mit 1 000 Personen und mehr), das sind drei Viertel von der Gesamtzahl der Riesenbetriebe in Westberlin; sie beschäftigten 46 293 Erwerbstätige. Demgegenüber stellt die Grössenklasse der Kleinbetriebe zwar über die Hälfte aller Betriebe der Abteilung, beschäftigt aber nur den sechsten Teil der in den Grossbetrieben Tätigen.

In der Elektrotechnik und im Maschinenbau, den namhaftesten Industriezweigen Berlins, ist die betriebliche Konzentration am ausgeprägtesten. Die Elektrotechnik, die mit den Elektro-Reparaturbetrieben auch zahlreiche Kleinbetriebe umfasst, weist 71 Grossbetriebe mit 51 388 Beschäftigten Personen aus, darunter 14 Riesenbetriebe mit 40 129 Personen. Im Maschinenbau sind 6 060 Grossbetriebe mit 150 880 Personen, darunter 4 Riesenbetriebe mit 6 164 Personen.

In der Chemischen Industrie gibt es 22 Grossbetriebe mit 3 961 Personen, in der Papierverarbeitung und Druckgewerbe 40 Grossbetriebe mit 6 834 Personen.

Im Mühlen -, Nahrungsmittel-, Bäckerei - und Süßwarengewerbe gibt es 28 Grossbetriebe mit 4 593 Personen.

Nachstehende Tabelle gibt eine Übersicht über die Grössengliederung des Handwerks. Die Übersicht legt die Handwerksarten nach dem Schema der Handwerkszählung 1949 zu Grunde.

Ein kurzer Blick auf diese Übersicht lässt den Charakter des Handwerks erkennen. Die Allein- und Kleinbetriebe umfassen über 92 v.H. aller handwerklichen Betriebe.

Die Grössengliederung des Handwerks

Arbeits- stätten Personen	Gesamtzahl d. Arbeitsstätten absolut in v.H.	Bau- handwerk 1) Arbeits- stätten in v.H.	Davon Arbeits- stätten in v.H.	Nahrungsmittel- handwerk 2)	Bekleidungs- Textil- u. Ledehand- werk 3) Arbeits- stätten in v.H.	Eisen- u. Metall - verarbeiten- des Handwerk 4) Arbeits- stätte v.H.	Holzverar- beitungs-Hand- werk 5) Arbeits- stätte in v.H.	Gesundheits- und Körperpflege chem. und Reini- gungshandwerk 6) Arbeits- stätte in v.H.	Papierverar- beitende und sonstige Hand- werke 7) Arbeits- stätte in v.H.
bis 4	11.750 36,5	1.842 25,3	399 10,3		4.751 53,1	1.697 38,7	1.057 38,6	1.495 39,4	357 45,0
" 9	12.950 40,1	2.807 38,5	1.755 45,1		2.957 33,1	1.950 42,4	1.053 38,4	1.920 52,0	540 43,6
" 19	5.191 16,0	1.402 20,4	1.400 36,0		899 10,1	638 13,0	392 14,3	269 7,3	111 9,0
" 49	1.763 5,4	724 9,9	294 7,6		291 3,3	234 5,1	162 5,9	34 0,9	24 1,9
" 99	547 1,7	299 4,1	38 1,0		39 0,4	88 1,9	69 2,5	11 0,3	3 0,2
" 99	93 0,3	72 1,0	2 0,0		1 0,0	4 0,1	7 0,3	3 0,1	4 0,3
" 99	48 0,2	44 0,6	-		-	3 0,6	1 0,0	-	-
" 99	11 0,0	11 0,2	-		-	-	-	-	-
" 99	1 0,0	1 0,0	-		-	-	-	-	-
zusammen	32.402 0,0	7.202 0,0	3.888 0,0		8.936 0,0	4.622 0,0	2.741 0,0	3.692 0,0	1.239 0,0

1) Abt. 5 - 2) Gruppen 45, 46, 47, 48, 49, - 3) Gruppen 21, 42, 43 -
4) Abt. 2 - 5 Gruppen 37 und 38. - 6) Gruppen 77 u. 78. 7) Gruppen
17. 32. 34. 35. 36. 39. 40. 44. 73. 75. 76

1t. Statistik.

Alle Beschäftigten einer Arbeitsstätte waren bei der Zählung am 13. September 1950 nach ihrer am Stichtag ausgeübten Tätigkeit - also nicht nach dem erlernten Beruf - mit folgender Gliederung in den Erhebungsbogen einzutragen:

1. Tätige Inhaber und tätige Mitinhaber (Tätige Eigentümer, Pächter u. dergl., aber nicht Leiter, Direktoren usw. in abhängiger Stellung).
2. Mithelfende Familienangehörige, für die keine Beiträge zur Sozialversicherung gezahlt werden.
3. Angestellte und Beamte im privaten und öffentlichen Dienst einschl. leitender Personen in abhängiger Stellung.
4. Arbeiter, Gesellen und Gehilfen
 - a) Gelernte (Facharbeiter, Handwerksgehilfen usw.)
 - b) Angelernte
 - c) Ungelernte (Hilfsarbeiter)
5. Nachwuchskräfte in Ausbildung
 - a) kaufmännische, technische und Verwaltungs-Lehrlinge
 - b) gewerbliche Lehrlinge
 - c) Anlernlinge, Umschüler, Praktikanten und Volontäre.

| Stellung im Betrieb | Beschäftigte | | | | zusammen | | weibl. Anteil
im v.H. |
|---|------------------|---------|------------------|---------|------------|---------|--------------------------|
| | männlich
Zahl | v.H. 1) | weiblich
Zahl | v.H. 1) | Zahl | v.H. 1) | |
| Tätige Inhaber u. Mitinhaber | 81 039 | 19.2 | 33.338 | 13.3 | 114.377 | 17.0 | 29.1 |
| Mithelfende Familienangehörige | 5.412 | 1.3 | 29.579 | 11.0 | 32.991 | 4.9 | 83.7 |
| Angestellte | 85.781 | 20.4 | 86.679 | 34.5 | 172.460 | 25.7 | 50.3 |
| Arbeiter insgesamt | 223.932 | 53.1 | 90.080 | 35.9 | 314.012 | 46.7 | 28.7 |
| davon gelernt. (Facharbeit., Gesellen usw.) | 112.796 | 50.4 | 16.431 | 18.2 | 129.227 | 41.1 | 12.7 |
| angelernte | 38.501 | 17.2 | 28.632 | 31.8 | 67.133 | 21.4 | 42.6 |
| ungelernte (Hilfsarbeiter) | 72.635 | 32.4 | 45.017 | 50.0 | 117.652 | 37.5 | 38.3 |
| Nachwuchskräfte insges. | 25.099 | 6.0 | 13.361 | 5.3 | 38.460 | 5.7 | 34.7 |
| davon kauf. Lehrl. | 3.652 | 14.5 | 5.469 | 40.9 | 9.121 | 23.7 | 49.9 |
| gewerbl. " | 18.165 | 72.4 | 3.206 | 24.2 | 21.401 | 55.7 | 15.1 |
| Anlernling, Umschl. usw. | 3.282 | 13.1 | 4.656 | 34.9 | 7.936 | 20.6 | 58.7 |
| Beschäftigte zus. | 421.263 | 100.0 | 251.037 | 0.0 | 672.300 2) | 100.0 | 37.3 |

2) ohne 56,243 Beschäftigten in den Ämtern der öffentlichen Verwaltung, der Sozialversicherung, der Schiffsverkehrsverwaltung, der Gesundheitspflege und des Veterinärwesens.

istrierte bei den Oktober 1948 Dezember 1948 Approved For Release 2001/07/13 : CIA-RDP83-00415R012100030004-8 Januar 1951 Februar 1951 März 1951 April 1951
sitzsamtern

| | x) | | | x) | | | | |
|--------------------------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| achsene | 1.350.964 | 1.353.377 | 1.404.706 | 1.117.872 | 1.119.521 | 1.120.955 | 1.124.105 | 1.127.137 |
| von männlich | 616.983 | 619.995 | 658.665 | 616.021 | 616.165 | 615.269 | 615.647 | 616.561 |
| weiblich | 733.981 | 733.382 | 746.121 | 501.051 | 503.356 | 505.686 | 508.458 | 510.576 |
| gendliche(bis 18 Jahren) | 60.482 | 59.486 | 59.444 | 46.684 | 45.978 | 45.732 | 45.249 | 46.520 |
| von männlich | 32.381 | 32.413 | 33.150 | 24.750 | 24.400 | 24.341 | 24.090 | 25.058 |
| weiblich | 28.101 | 27.073 | 26.294 | 22.126 | 21.578 | 21.391 | 21.159 | 21.462 |
| Erwerbstätige insges. | 989.066 | 978.301 | 856.995 | 878.284 | 873.199 | 800.727 | 885.138 | 883.699 |
| achsene | 955.059 | 946.362 | 831.667 | 647.565 | 643.402 | 650.525 | 854.954 | 851.201 |
| von männlich | 536.545 | 534.243 | 477.844 | 496.655 | 491.682 | 495.445 | 498.071 | 494.924 |
| weiblich | 418.514 | 412.119 | 353.823 | 351.310 | 351.720 | 355.080 | 356.883 | 356.277 |
| gendliche | 34.007 | 32.019 | 25.328 | 30.321 | 29.797 | 30.202 | 30.184 | 32.421 |
| von männlich | 19.170 | 18.290 | 15.107 | 17.993 | 17.678 | 17.791 | 17.615 | 19.020 |
| weiblich | 14.629 | 13.729 | 10.141 | 12.320 | 12.119 | 12.411 | 12.569 | 13.401 |
| Arbeiter u. Angestellte | - | - | - | 737.541 | 732.749 | 740.255 | 744.600 | 742.995 |
| Standardsarbeiter | - | - | - | 36.803 | 39.510 | 39.135 | 39.503 | 34.309 |
| von männlich | - | - | - | 28.116 | 20.027 | 31.201 | 31.058 | 26.933 |
| weiblich | - | - | - | 8.687 | 7.483 | 7.934 | 8.445 | 7.376 |
| achsene | 803.339 | 795.156 | 634.315 | 707.228 | 702.955 | 710.055 | 714.418 | 710.581 |
| von männlich | 451.213 | 448.448 | 393.368 | 414.487 | 409.736 | 413.346 | 415.915 | 412.690 |
| weiblich | 352.126 | 346.708 | 240.947 | 292.741 | 293.219 | 296.609 | 298.503 | 297.891 |
| gendliche | 33.898 | 31.509 | 25.263 | 30.318 | 29.794 | 30.200 | 30.182 | 32.414 |
| von männlich | 19.146 | 18.258 | 15.171 | 17.993 | 17.678 | 17.791 | 17.615 | 19.020 |
| weiblich | 14.752 | 13.251 | 10.092 | 12.325 | 12.116 | 12.409 | 12.567 | 13.394 |
| Selbständige | 118.186 | 118.405 | 116.871 | 114.176 | 113.930 | 114.041 | 114.180 | 114.307 |
| von männlich | 82.213 | 82.645 | 61.968 | 79.546 | 79.368 | 79.362 | 79.523 | 79.584 |
| weiblich | 35.973 | 35.760 | 35.303 | 34.630 | 34.618 | 34.679 | 34.657 | 34.723 |
| Mithelf. Familienangeh. | 32.830 | 32.801 | 30.041 | 26.564 | 26.520 | 26.431 | 26.358 | 26.320 |
| von männlich | 3.119 | 3.150 | 2.924 | 2.620 | 2.654 | 2.637 | 2.634 | 2.650 |
| weiblich | 29.761 | 29.651 | 27.117 | 23.944 | 23.866 | 23.794 | 23.724 | 23.670 |
| gendlich | 32. | 40 | - | - | - | - | - | - |
| von männlich | 77 | 40 | - | - | - | - | - | - |
| weiblich | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Arbeitslose insges. | 68.554 | 76.016 | 278.713 | 286.472 | 292.300 | 285.960 | 284.216 | 290.035 |
| achsene | 61.607 | 68.809 | 267.529 | 269.909 | 276.119 | 270.434 | 269.151 | 275.936 |
| von männlich | 33.249 | 38.494 | 133.440 | 110.368 | 124.483 | 119.824 | 117.576 | 121.697 |
| weiblich | 28.358 | 30.395 | 134.085 | 130.541 | 151.636 | 150.606 | 151.975 | 154.299 |
| gendliche | 6.947 | 7.127 | 11.188 | 16.963 | 16.181 | 15.530 | 15.065 | 14.099 |
| von männlich | 2.616 | 2.592 | 4.081 | 6.765 | 6.722 | 6.550 | 6.479 | 6.038 |
| weiblich | 4.331 | 4.535 | 7.107 | 9.798 | 9.490 | 8.980 | 8.990 | 8.061 |
| mpfung v. Arbeitslosen- | - | - | - | 53.886 | 57.049 | 58.446 | 57.297 | 60.762 |
| Unterstützung | - | - | - | 30.484 | 34.976 | 39.069 | 35.210 | 36.606 |
| von männlich | - | - | - | 23.104 | 22.671 | 22.978 | 22.087 | 23.882 |
| weiblich | - | - | - | 126.822 | 126.996 | 124.675 | 122.620 | 124.665 |
| Arbeitslosenfürsorge | - | - | - | 61.033 | 60.606 | 59.081 | 57.080 | 99.192 |
| von männlich | - | - | - | 65.789 | 66.330 | 65.994 | 64.760 | 65.473 |
| weiblich | - | - | - | 11.795 | 13.560 | 12.928 | 12.026 | 11.430 |
| Arbeitsgeber | - | - | - | 7.890 | 8.765 | 8.325 | 8.215 | 7.361 |
| von männlich | - | - | - | 3.905 | 4.795 | 4.003 | 3.811 | 4.069 |
| weiblich | - | - | - | 1.1544 | 1.151 | 1.079 | 1.007 | 93 |
| Arbeitsgeber, betr. | - | - | - | - | - | - | - | - |
| II. Sozialversicherung | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Rentenempfänger | - | - | 284.348 | 317.290 | 345.326 | 342.608 | 343.674 | 348.062 |

-2-

**Registrierte, Erwerbstätige, Rentenempfänger, Wohlfahrts-
empfänger in Westberlin.**

Die Registrierten der damaligen Abteilung Arbeit wurden zentral erfasst und nicht aufgeteilt. (Bis zur Spaltung).

x) Es muss offenbar sein uns nicht näher bekannter Methodenwechsel vorliegen.

Die Ergebnisse der westberl. Lohnsummenerhebung (repräsentativ) durchschnittliche Wochenverdienste nach Gewerbegruppen.

Im Sonderdienst der berliner Statistik der Salzburger-Str.

1. Arbeitszeit und Verdienst gewerbl. Arbeiter in Westberlin im Juni 1951.

2. dto. im September 1950.

| istrierte
.Arbeits-
ern | Oktober
1948 | Dezember
1948 | Dezember
1949 x) | Dezember
1950 x) | Januar
1951 | Februar
1951 |
|-------------------------------|-----------------|------------------|---------------------|---------------------|----------------|-----------------|
|-------------------------------|-----------------|------------------|---------------------|---------------------|----------------|-----------------|

| | | | | | | |
|---|---------|---------|-----------|---------|---------|---------|
| eserlich
fänger von | -- | -- | | | | |
| rsicherungs-
anten | -- | -- | 162.484 | 185.976 | 197.517 | 196.223 |
| twenrenten | -- | -- | 56.306 | 57.427 | 79.489 | 78.761 |
| isen u. Einzel-
isenrenten | -- | -- | 65.550 | 67.126 | 68.320 | 67.624 |
| erletztenrenten | -- | -- | -- | 4.537 | -- | -- |
| ilflosenrenten | -- | -- | -- | 2.224 | -- | -- |
| llgemeine Wohl-
ahrt
nterstützungs-
opf. | 163.737 | 114.328 | 3)227.214 | 195.354 | 194.163 | 189.163 |
| von Haupt-
terstützte | 74.895 | 53.747 | 128.112 | 143.748 | 142.747 | 138.507 |
| tunterstützte | 48.012 | 34.736 | 60.351 | 51.606 | 51.416 | 50.830 |

Am Ende der Berichtszeit

Einschliesslich der nicht Verwendungsfähigen (Arbeitssuchende mit einer Erwerbsminderung von 70 v.H. und darüber), ohne Personen mit Arbeitsausfallunterstützung, die in stillgelegten Betrieben beschäftigt waren.

Ohne die Angehörigen der nur mit Mietbeihilfe Unterstützten und ohne die gesondert aufgeführten sonstigen Leistungsfälle.

März 1951

April 1951

197.498

201.399

70.981

78.341

67.195

67.692

--

--

--

--

187.548

177.991

132.710

129.079

48.830

48.912

**Durchschnittlicher Wochenverdienst aller Industriearbeiter
(ohne Bergbau)**

| | Männer | Frauen | Männer und Frauen
zusammen |
|------------|--------|--------|-------------------------------|
| Dez. 1948 | 59,37 | 40,03 | 53,46 |
| Juni 1949 | 58,62 | 39,06 | 53,19 |
| Dez. 1949 | 60,84 | 41,07 | 55,53 |
| Juni 1950 | 64,55 | 39,64 | 58,19 |
| Sept. 1950 | 66,94 | 41,16 | 60,18 |
| Dez. 1950 | 67,02 | 43,39 | 60,10 |
| März 1951 | 66,24 | 42,34 | 59,24 |

Ohne Notstandsarbeiter, entnommen Rehberg-Dach.

Durchschnitts-Stundenlohn Juni 1948 im Vergleich zu Juni 1951

| | Juni 1948 | Juni 1951 |
|----------------------------|-----------|-----------|
| Metallverarbeitung | 1,24 | 1,35 |
| Maschinenbau allein | 1,35 | 1,49 |
| Baugewerbe | 1,45 | 1,70 |
| Nahrungs- und Genussmittel | 1,15 | 1,25 |
| Bekleidung | 1,04 | 1,02 |
| Druck und Vervielfältigung | 1,58 | 1,65 |
| Chemische Industrie | 1,10 | 1,21 |

Entnommen Telegraf 12.10.1951

Entgegen dem in der Statistik aufgeführten Aufschwung im Handwerk stellen wir fest, dass viele Handwerksbetriebe in Westberlin total ruiniert sind oder vor dem Ruin stehen oder schwer zu kämpfen haben. Wir verweisen in dem Zusammenhang auf die Bäcker, Fleischer, Schneiderinnen, Kürschner, Frisöre etc. Im Jahr 1951 ist allerdings im Textilhandwerk zu verzeichnen, dass die Zahl der Beschäftigten, die in diesem Gewerbe einen grossen Teil ausmacht, teilweise sogar angestiegen ist. Die Konkurrenz unter den Handwerkern ist ebenfalls sehr scharf.

Das metallverarbeitende Handwerk ist infolge der Rüstungsproduktion besser beschäftigt als Anfang dieses Jahres, obwohl Materialschwierigkeiten bei der Verwirklichung der Aufträge eine grosse Rolle spielen.

Die Handwerker in Westberlin sind zum grössten Teil in grossem Umfange verschuldet. Die Handwerker können nur das allernotwendigste für ihren Lebensunterhalt ausgeben. In der Westberliner Handwerkorganisation sind etwa nur die Hälfte der westberliner Handwerker organisiert. Die Elektriker-Handwerker Genossenschaft hat infolge der wirtschaftlichen Lage in Westberlin Konkurs gemacht.

Lieferwerte der Industrie Westberlins (in Mill.DM)

1 9 5 1

| Industriegruppe | Febr. | März | April | Mai | Juni | Juli | August | Septemb. |
|--|-------|-------|-------|-------|-------|-------|--------|----------|
| Metallurgie | 6,52 | 7,97 | 8,56 | 7,40 | 8,53 | 8,33 | 9,50 | 8,91 |
| Maschinen | 21,14 | 25,62 | 27,19 | 26,36 | 29,93 | 29,65 | 29,04 | 29,29 |
| Fahrzeugbau | 52,62 | 60,52 | 60,66 | 56,91 | 67,48 | 60,56 | 60,08 | 73,76 |
| Elektrotechnik | | | | | | | | |
| Chem.-Stahl-,
Kunststoff- u. Metall | 4,90 | 4,91 | 5,00 | 5,08 | 5,66 | 5,73 | 6,08 | 6,02 |
| Elektromechanik | | | | | | | | |
| Elektronik und Optik | 3,10 | 3,44 | 3,86 | 3,69 | 3,74 | 3,87 | 3,82 | 3,87 |
| Chemie | 13,63 | 13,05 | 13,44 | 12,77 | 13,61 | 13,74 | 13,68 | 13,73 |
| Erze u. Erden,
Keramik und Glas | 6,38 | 6,58 | 6,41 | 6,38 | 7,11 | 6,68 | 7,11 | 7,72 |
| Papier und Druck | 9,05 | 10,63 | 10,79 | 9,86 | 10,23 | 10,34 | 10,31 | 10,53 |
| Lebensmittel und Textil | 35,05 | 41,75 | 40,00 | 27,50 | 20,76 | 18,04 | 38,35 | 39,24 |
| Lebensmittel- und Genussmittel | 35,78 | 36,16 | 36,69 | 37,97 | 38,26 | 37,97 | 37,67 | 36,09 |
| Industrieproduktion | 0,60 | 0,42 | 0,65 | 0,58 | 0,51 | 0,62 | 0,94 | 1,04 |

108,78 211,07 213,28 205,81 195,13 216,57 230,21
194,48

Zahl der Beschäftigten der westberliner Industrie hat sich im Juli rd. 2 800 Personen erhöht. Im September ist der Lieferwert der westberliner Industrie gegenüber dem Vormonat, nach dem Lagebericht des Statistischen Bundesamtes für Wirtschaft und Ernährung, um rd. 13,6 Mill.DM gestiegen. Diese Zunahme betrifft ausschliesslich die Elektroindustrie, bei der einige grössere Firmen zum Abschluss des Geschäftsjahres am 30. September grössere Plusbuchungen vornahmen. Die Zahl der in der Industrie Beschäftigten hat sich im September um über 1 000 vergrössert.

15.11. war die Arbeitsmarktlage in Westberlin folgende:

| | |
|---------------------------|---------|
| Erwerbstätige insgesamt | 910 161 |
| Beschäftigte Arbeitnehmer | 770 742 |
| Notstandsarbeiter | 34 800 |
| Selbständige | 139 419 |
| Arbeitssuchende | 263 589 |
| Alu-Empfänger | 56 773 |
| Alfu-Empfänger | 121 761 |
| Kurzarbeiter | 13 550 |

Frage 3: Welche reaktionären Kräfte gibt es im demokratischen Sektor (SPD, Kirche, Nazi, Unternehmer)

Welche Verbindungen bestehen von diesen Organisationen nach Westberlin zu den Besatzungsmächten, Parteien und Verwaltungen ?

Welche Form der Anleitung gibt es von Westberlin nach dem demokratischen Sektor und welche Hilfe erhalten diese reaktionären Kräfte aus Westberlin (ideologisch, politisch, ökonomisch, finanziell).

A) SPD

Wenn man sich die Frage stellt ? Gibt es reaktionäre Kräfte in der SPD? So kann man ohne weiteres sagen, sie sind vorhanden. Viele Äusserungen und feindliche Argumente beweisen uns täglich, dass Gegnerarbeit unter den SPD-Genossen betrieben wird und dass bedingungslose Zietenstrassenanhänger sich unter den Funktionären der SPD-Kreissekretariate im demokratischen Sektor befinden. Auf Grund der Unterlagen, die uns zur Verfügung stehen, muss man sagen, dass unsere Verbindung zu den Kreisvorsitzenden in den Stadtbezirken des demokratischen Sektor noch ungenügend ist. Einige kurze Gespräche mit ihnen weisen darauf hin, dass wir bei ihnen auf Ablehnung stossen. Sie verschansen sich dabei hinter allerlei Ausflüchte (keine Zeit). Es geht klar daraus hervor, dass einige dieser Kreisfunktionäre eine feste und dauernde Verbindung mit der Zietenstrasse haben. Der Entwicklung im demokratischen Sektor von Berlin stehen absolut feindlich gegenüber die Kreisvorsitzenden der SPD.

Kurt Neubauer aus dem Kreis Friedrichshain,
Kurt Haase aus dem Kreis Mitte,
Fritz Bartelsmann aus dem Kreis Pankow,
Josef Braun aus dem Kreis Prenzlauer Berg,

Kurt Neubauer:

Ist Kreisvorsitzender und Kreissekretär zugleich. Er erhält von der Zietenstrasse ein festes Gehalt. Bei der Wahl zum Landesausschuss auf der 1.Tagung des 8. Landesparteitages erhielt er die höchste Stimmenzahl. Im Kreis Friedrichshain ist er für die SPD die Säule. In allen Versammlungen tritt er offen gegen die SED auf. Sein bester Freund in der Zietenstrasse ist Thiele.

Vor einiger Zeit war er in grossen Schwierigkeiten, weil in der Mitgliedschaft bekannt wurde, dass er Gelder unterschlagen hat. Die Summe, ca. 1 000, darunter Westmarkbeträge, hat er im Beisein der Revisionskommission zurückbezahlt. Er holte sie aus einem grossen Briefumschlag heraus. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, dass die Zietenstrasse von dieser Angelegenheit weiss und Neubauer deckt.

Kurt Neubauer ist immer dabei, die Jungsozialisten aus dem Kreis Friedrichshain im feindlichen Sinne zu beeinflussen und zu besonderen Aktionen einzusetzen.

Kurt Neubauer wird von der Zietenstrasse in allen Kreisen des demokratischen Sektors als Referent für die Mitgliederversammlungen der SPD eingesetzt.

Dabei versteht er es ausserordentlich gut demagogisch aufzutreten. Weder in den Kreisvorstandssitzungen der SPD noch in den Kreisdelegierten-Konferenzen oder Kreismitgliederversammlungen spricht er über die Arbeit der Kreisorganisation der SPD Friedrichshain. Von ihm geht auch die Initiative aus, besondere "Schulungsabende" durchzuführen, die regelmässig in der Volkshochschule in der Schlesiischen Strasse, amerikanischer Sektor, stattfinden.

Kurt Neubauer ist ein geschulter Agent, für dessen Entlarvung uns noch die weiteren notwendigen Unterlagen und Beweise fehlen.

Kurt H a a s e :

Ist Kreisvorsitzender und Kreissekretär. In letzterer Eigenschaft erhält er von der Ziethenstrasse ein festes Monatsgehalt.

Von ihm ist bekannt, dass er mit SED-Genossen, die ihn aufsuchen, stundenlang diskutiert, um ihnen dann zu erklären:

(Sinngemäss) Eure Anstrengungen sind umsonst, bei mir könnt ihr nichts erreichen. Ich habe mit euch nur solange diskutiert, damit ihr andere Menschen nicht besuchen konntet, denn eure Zeit ist ja beschränkt.

Fritz Bartelmann:

Ist Parteivorstandsmitglied in Pankow und im DGB als Funktionär tätig. Wahrscheinlich wird er auch von dort bezahlt. Vor einiger Zeit besuchte er einen Lehrgang in der SPD-Parteischule in Wannsee. Thema: "Geschichte des Bolschewismus". Er ist der Spezialist für die Antisowjethetze.

Josef B r a u n :

Ist Kreisvorsitzender im Kreis Prenzlauer Berg. Er hat bei der Wahl in den Landesausschuss nach Neubauer die meisten Stimmen erhalten. Woher Gehalt bekommt, ist nicht bekannt. Vor einigen Wochen sprach er in der Ziethenstrasse vor Jungsozialisten und SPD-Frauen aus dem demokratischen Sektor über den Kollektivvertrag. Diesen Vortrag sollte er im Kreis Friedrichshain wiederholen. Das lehnte er ab mit dem Bemerkn: Bei der Einstellung der SED ist das im demokratischen Sektor nicht ratsam.

Alle Genannten sind Parteitage delegierte. Der Kreisvorsitzende Thau aus dem Kreis Köpenick, ein ebenso absolut feindliches Element, - hat sich vor einigen Wochen nach Westberlin abgesetzt und lebt jetzt im Flüchtlingslager in Kladow.

Frau H e m p e l, Kreis Weissensee, Abteilungsleiterin und Kreistagsdelegierte. Soweit bekannt, arbeitet sie in Westberlin. Sie tut sich besonders in der Hetze gegen die Regierung der DDR und die Sowjetunion hervor. Zu den Mitgliedern der SPD in den Niles-Werken hat Frau Hempel Verbindung. Letzteres ist dem Kreissekretariat Weissensee bekannt.

SED/

Ein Gespräch mit der Frau Anni S i e w e r t, Lichtenberg, Kaskelstr., beschäftigt beim Westmagistrat, Abt. Sozialwesen, ergab, dass sie eine Gegnerin unserer antifaschistisch-demokratischen Ordnung ist. Ihre Argumente:

I. Die SED hat kein Recht gehabt, die Oder-Neisse-Grenze zu ziehen.

2. Ein Parteifreund von ihr hat 25 Jahre bekommen wegen Flugblatt-

verbreitung in der DDR. Die Behandlung sei dort wie bei den Nazis.

3. Zur Freundschaft mit der Sowjetunion will sie lieber nichts sagen, sonst wird sie abgeholt.
4. Volkseigene Betriebe ist Unsinn.

Aus den angeführten Aussprachen und Berichten kann die Schlussfolgerung ziehen, dass es in der SPD im demokratischen Sektor reaktionäre Kräfte gibt. Sie verschanzen sich hinter fadenscheinigen Argumenten und sprechen von Freiheitsberaubung oder Freiheits-einschränkung bei uns, um ihre Wühlarbeit dadurch zu verschleiern. Sie stehen unter starkem Einfluss der Zietenstrasse. Bezeichnend ist, dass die geführten Gespräche mit SPD-Genossen alle aus dem Stadtbezirk Prenzlauer Berg kommen. Hier kann man eine konsequente Ablehnung gegen uns feststellen. Es ist notwendig, dass man die führenden Funktionäre vor ihren Mitgliedern entlarvt und von ihnen isoliert. Dazu ist aber eine genaue Kenntnis über diese Funktionäre erforderlich. Ihre Politik besteht nur darin, durch Beeinflussung ihrer Genossen auf weite Kreise der Arbeiterschaft in den Betrieben, Behörden und bei der Intelligenz ihrer Zietenstrassenpolitik zu verbreiten. Sie werden somit zum Hemmnis ihrer vorwärtstürmenden Entwicklung. Ein Mangel unserer Genossen ist der, dass ihnen durch eine breite Aufklärungsarbeit die Herbeiführung zur Aktionseinheit im demokratischen Sektor die Trennung zwischen SPD-Funktionären und Mitgliedern gelungen ist.

Ein Beispiel, wie der Gegner arbeitet:

Bei der Annahme des Betriebskollektivvertrages im Karl-Liebknecht-Werk hat es der Gegner verstanden, durch Umlauf von Gerüchten "Der Betriebskollektivvertrag bedeutet Lohnabbau oder ist eine erhöhte Ausbeutung" die Belegschaft so weit zu bringen, dass sie eine Urabstimmung verlangte. Nur durch die offensive Agitation der Betriebsparteiorganisation gelang es, die feindlichen Argumente zu zerschlagen.

Um in der Arbeit der Entlarvung unserer Gegner zur verstärkten Aktionseinheit zu gelangen, ist es notwendig, dass die Berliner Parteiorganisation, die Kreisleitungen, die Betriebs- und Wohngebietsorganisationen folgende Schlussfolgerungen daraus ziehen:

1. Die Grundlagen zur Entlarvung und Isolierung der reaktionären Kräfte innerhalb der SPD des demokratischen Sektors ist die systematische Überzeugungsarbeit unter den sozialdemokratischen Mitgliedern zur Herstellung der Aktionseinheit für die Verwirklichung des nationalen Aufbauprogramms und die Erfüllung des 5. Jahresplanes.
2. Die Beschlüsse des 3. Parteitages mit der Ergänzung: Die Lehren aus der Volksbefragung und dem Beschluss zur Verbesserung der Agitationsarbeit gründlich zu studieren.
3. Aussprachen mit den SPD-Sekretären müssen regelmässig erfolgen.
4. Durchführung von Seminaren mit Genossen, die durch Parteiaufträge ständige Diskussionen mit SPD-Genossen führen, damit sie systematisch zu einer richtigen Argumentation erzogen werden und die gesamte Parteiorganisation befähigt ist, mit den SPD-Genossen politisch zu arbeiten.

-4-

Die Kreisleitungen werden beauftragt, die Leitungen der Grundorganisationen ständig anzuhalten, diese Arbeit auf breiter Ebene zu entwickeln.

5. Die ständige Verbindung mit den uns bekannten SPD-Genossen, die der Aktionseinheit nicht fernstehen, ausbauen. Regelmässige Besprechungen sind festzulegen, dabei ist Voraussetzung, eine kameradschaftliche, vertrauliche Atmosphäre zu schaffen.
6. Die in den Betrieben stattfindenden Gespräche mit SPD-Genossen am runden Tisch sind verstärkt zu popularisieren. (Betriebsfunk, Wandzeitung, Presse, Rundfunk). Es ist notwendig, dass die Kreissekretariate verstärkte Agitationsarbeit in den in ihrem Kreis stark belegten Wohnbezirken mit sozialdemokratischen Genossen durchführen. Hierbei muss festgestellt werden, dass von unseren Genossen die kameradschaftlichen Aussprachen unterschätzt werden.
7. Gründliche Auswertung aller bisher vorliegenden Berichte über Diskussionen mit SPD-Arbeitern, Verschaffung eines Überblicks über das betriebliche Arbeitsgebiet der SPD-Mitglieder, um durch Ausnutzung aller Möglichkeiten einen engen Kontakt mit ihnen herzustellen.

Abschliessend muss gesagt werden, dass die uns vorliegenden Berichte kein umfassendes Bild über die reaktionären Kräfte der SPD im demokratischen Sektor abgeben.

Zur Frage 3: Kirche.

In Berlin ist bisher die Aufklärungstätigkeit unter den Zehntausenden von regelmässigen Besuchern der Kirchen und Teilnehmern an der kirchlichen Arbeit nicht mit genügender Energie geführt worden. Unter den Mitgliedern der verschiedenen Konfessionen ist durch die politischen und wirtschaftlichen Erfolge der Deutschen Demokratischen Republik eine Bewusstseinsveränderung zu bemerken. Die ungenügende Beachtung der Gewinnung dieser Menschen für den Friedenskampf führte dazu, dass eine Überzeugungsarbeit bisher noch nicht unter ihnen genügend zustandekam.

Unter den Pfarrern, mit denen bisher Gespräche geführt worden sind, wurden Stellungnahmen, wie sie der Superintendent Werbeck, Griebenow-str.15 ausdrückt, sehr häufig. Auf einen Brief von Herrn Ratthey, Paul Gerhardt-Gemeinde, teilte er mit, dass die Kirchengemeinde nicht für die Weltfestspiele geschmückt werden soll. Er untersagte das auch seinem Hausobmann, der zugleich Kirchendiener in der Zions-Kirche ist. In einer Bidelstunde, über die ein Bericht beim Berliner Ausschuss durch einen Genossen und Kirchengemeindemitglied vorliegt, äusserte Superintendent folgendes:

"Die Kirche ist kein Verschönerungsinstitut, wer dies privat tun will, dem bleibt es überlassen." Auf die Entgegnung eines Gemeindemitgliedes, dass die Elisabeth-Kirche die Plage der DDR zu den Weltfestspielen angebracht hat, sagte er: "Die werden einmal zur Verantwortung gezogen; die Nazibarbaren haben die Kirche vergewaltigt, wir haben daraus gelernt, das tausendjährige Reich hat nur 12 Jahre gelebt, jetzt werden die Glocken auch nicht mehr für ein weltliches Ereignis läuten."

Der katholische Pfarrer Golisch, Friedrichshagen, äusserte in einem Gespräch, dass die US gezwungen wurde, den Südkoreanern zu helfen. Sie baten darum die USA um Hilfe. Sie machten nur einen Fehler, dass sie nicht mit einer genügend grossen Streitmacht dort eingriffen.

Pfarrer Preillipper zeigte sich in einer persönlichen Unterhaltung als ein Anhänger des Militarismus. Im Beisein unserer Mitarbeiter sagte er einer Postlerin, die ihrem Sohn Nachunterricht für die Konfirmation geben liess (weil der Junge geschlafen hatte) "Warum wollen Sie ihren Sohn Fliesenleger werden lassen? Ein Arbeiter hat doch keine Aussichten, warum keinen anderen Beruf. Früher, als die jungen Leute zum Militär gezogen wurden, hatten sie Entwicklungs

- die nächste Seite fehlt! -

.....

Pfarrer gegen die Schulreform sind wir nur wenig indormiert. Dieser Mangel wird sich bei der Vorbereitung zur Durchführung der Elternbeiratswahlen stark bemerkbar machen, wird uns aber die Veranlassung geben, gerade bei der Vorbereitung dieser Wahlen die Arbeit der Kirche gewissenhaft zu beobachten, um daraus die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen.

Wie verhält sich und wie arbeitet die Kirche gegenüber Massnahme des demokratischen Magistrats, wie und wo mischt sich die Kirche in seine Aufgaben und welche Methoden wendet sie dabei an?

Probst G r u b e r :

"Wir sind uns klar darüber, dass eine Kirche, die schweigt oder zum Schweigen führt, ihren Namen nicht verdient. Überall erleben wir ein mehr oder weniger starkes Hindrängen zu einer Staatsführung, die sich absolut setzt. Mit solchen Staatsgebilden muss die Kirche sprechen".

Hier zeigt sich deutlich die Absicht führender kirchlicher Persönlichkeiten, unter dem Mantel einer gewissen Neutralität die Kirchenanhänger in einer Stellung gegen unsere neue demokratische Ordnung und ihre staatlichen Einrichtungen zu bringen.

"Die Rolle, die Hitler einnimmt und einnehmen konnte, die spielen auf der einen Seite Herr Truman und Herr Adenauer, und die spielen auf der anderen Seite Herr Stalin und Herr Pieck. Und wenn heute die Gefahren der Zukunft aufzeigt, dann nur, um die Kluft der anderen noch grösser werden zu lassen und weiter aufzureissen. Die einen schreiben nach Frieden und die anderen schreiben nach Gerechtigkeit. Das heisst, sie sind ja beide so furchtbar negativ und so wenig konstruktiv, das nichts anderes ist als ein Schimpfen auf die anderen, die angeblich kein Verständnis haben für Menschenrechte und für Menschenwürde. Und die einen werfen den anderen vor, dass sie ihre Stimme nicht erheben gegen die Rechtsbeugungen und Gewaltmethoden!"

Dr. D i b e l i u s :

Dass die grossen Erfolge unseres wirtschaftlichen Aufbaus im demokratischen Sektor und in der DDR und von ihm nicht gesehen werden wollen, und dass er sie vor den Kirchenanhängern mehr als ungesehen machen will, unterstreicht er mit der Feststellung, dass der Osten die etwas bittere Aufgabe hat in Bezug auf die Lebenshaltung das vorzuzerzieren, was einmal Gültigkeit haben wird für alle.

Wie sich die Darlegungen des Bischofs Dibelius über die Lebenslage im demokratischen Sektor Berlin in den kirchlichen Institutionen auswirken, wurde in den letzten Tagen aus einer Begründung sichtbar, die für einen Antrag auf Gewährung einer Beihilfe für den Caritasverband an den Magistrat gegeben worden ist. Hier findet sich sowohl in der Begründung des Caritasverbandes für Berlin e.V., unterzeichnet von Caritas Dr. Albe, als auch in den Begründungen der einzelnen Anstalten und Heime immer wieder die Formulierung, dass der Zuschussbedarf der Kinder- und Jugendheime sowie anderer caritativer Einrichtungen infolge der Preiserhöhungen für Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände bedeutend gestiegen ist.

Aus den gleichen Gründen hat der Caritasverband dem Magistrat auch die Genehmigung einer öffentlichen Strassen- und Hausammlung angetragen. Hier zeigt sich wieder die Verbindung zu unserer Auffassung über die Auswertung des Kirchentages, weil die Argumentation der Erhöhung der Preise in unserem Sektor und der damit verbundenen Verschlechterung der Lebenshaltung durch die kirchlichen Sammler in unseren Häusern und Strassen eben eine gewisse Rolle spielen wird. Dadurch ist es der Kirche möglich, nicht nur durch die immer wieder stattfindenden umfangreichen Sammlungen allein den Eindruck zu erwecken, als lebte die Bevölkerung unseres Sektors noch in tiefsten Notständen, sondern sie unterstreicht dieses Vorhaben dann auch noch durch die entsprechende Argumentation.

Der Versuch, diesen Eindruck in der Bevölkerung zu erwecken, wird dadurch verstärkt, dass auch andere kirchliche caritative Einrichtungen, so z.B. die Innere Mission, solche Sammlungen durchführen.

Eine andere Art des Verhältnisses der Kirche zum Magistrat drückt sich dann noch in den häufigen Anträgen auf die Bereitstellung von Zuschüssen, Krediten usw. für die Wiederherstellung von Kirchen und kirchenähnlichen Gebäuden aus. Bei der Durchsetzung solcher Anträge bedient sich die Kirche fast regelmässig ihrer Vertreter in Magistrat und in der Regierung, die in der Regel bestrebt sind, Anträgen der Kirchen unbesehen und unter allen Umständen zur Anerkennung zu verhelfen.

Eine neue Forderung an den Magistrat, die wahrscheinlich in der nächsten Zeit auftauchen wird, ist in einer Ansprache signalisiert worden, die Pape Pfarrer Schirmacher (Pfarrer unserer Buchener Krankenanstalten) gehalten hat. Bei einer Aussprache in einem berliner Krankenhaus über das Thema "Die Kirche im Krankenhaus" richtete er an die Gesundheitsbehörden die Bitte, in allen Krankenhäusern Kapellen zu schaffen und den Seelsorgern auf den einzelnen Stationen in den Krankenhäusern Sprechzimmer einzurichten.

Die Mitarbeit der Pfarrer in der Friedensbewegung. Die Unterschätzung der Kirchenpolitik zeigte sich z.B. darin, dass von der Landesleitung der Partei aus die Parteiorganisationen viel zu spät auf die aus Anlass des Kirchentages notwendigen politischen Arbeiten eingestellt wurden. Die sektiererischen Auffassungen in der Partei gipfelten in solchen Stellungnahmen.:

"Bisher hiess es immer, Religion ist Opium für das Volk" und heute unterstützt unsere Regierung und unser Magistrat, ja selbst die Partei die Kirche bei der Durchführung ihrer Veranstaltungen". Bei der Aufforderung an unsere Genossen, für die Kirchentagsteilnehmer Quartiere bereitzustellen und mit den Teilnehmern über den Kampf um den Frieden und die Einheit Deutschlands zu diskutieren, reagierten viele Genossen so, dass sie sagten: "Von den 'Schwarzen' kommt keiner in mein Haus" oder: "Ihr könnt mir doch nicht zumuten, mit Pfaffen unter einem Dach zu schlafen".

Trotzdem war gerade der evgl. Kirchentag der Anlass dazu, die Partei und durch sie die Genossen in den Ausschüssen der Nationalen Front und Friedenskomitees stärker auf die Bedeutung der Mitarbeit der Pfarrer und der Christen aufmerksam zu machen und eine Reihe von Massnahmen zu ergreifen, die auch bereits zu einigen Erfolgen geführt haben. So war es den Ausschüssen der Nationalen Front und den Friedenskomitees möglich, Gespräche mit einer ganzen Reihe von Pfarrern und zum Teil auch mit Gemeindegemeinderatsmitgliedern zu führen, sich über ihre Einstellung zu unserer demokratischen Ordnung und zur Friedensbewegung zu informieren und auch einen Teil derselben zur aktiven Mitarbeit zu gewinnen. In diesen Gesprächen, die allerdings in der Hauptsache von einzelnen Personen getragen waren, zeigte sich deutlich das Versäumnis einer breiten Massenarbeit unter den Anhängern der Kirche. Die Pfarrer gaben in den Unterhaltungen zustimmende Stellungnahmen, waren aber in vielen Fällen nicht bereit, ihrer Meinung auch öffentlich Ausdruck zu geben. Sie fürchteten, mit ihrer positiven Einstellung der Meinung eines grossen Teiles ihrer Gemeindegemeindemitglieder noch entgegenzustehen. Sie begreifen noch nicht,

-4-

dass sie sich in den brennendsten Lebensaufgaben des deutschen Volkes ihrer Gemeinde vorangehen müssen, und dass auch sie gegenüber dem deutschen Volke die Verpflichtung haben, aufklärend in ihren Gemeinden zu wirken, sobald sie selbst von der Notwendigkeit und Richtigkeit des Friedenskampfes überzeugt sind. Auf der anderen Seite verspüren sie nicht eine von unten kommende, also durch die Massenarbeit unserer Partei und der Friedensorgane entfachte Bewegung der Kirchenmitglieder, die die Pfarrer zur Stellungnahme und positiven Haltung drängt. Die Pfarrer fürchten noch Repressalien der Kirchenleitungen.

Den Genossen, die noch Kirchengemeinden angehören, muss eine gute Argumentation und eine klare Aufgabenstellung für die Arbeit unter den übrigen Gemeindemitgliedern gegeben werden. Die Genossen in der Nationalen Front und in den Friedenskomitees müssen die Arbeit unter den Pfarrern und Kirchenanhängern in diesen Ausschüssen zur Diskussion stellen und Vorschläge zur Verbesserung der Arbeit auf diesem Gebiet unterbreiten.

Pfarrer Bruno J u s t , Berlin NO 55, Hufelandstr. 30
Der Nationalen Front Erklärungen für die Öffentlichkeit abzugeben, wurde abgelehnt. Ist entschiedener Gegner eines jeden Krieges. Auf den Grotewohl-Brief an Adenauer äusserte er sich "Dibelius würde von kirchlicher Seite aus die Basis schaffen, dass beide Herren am runden Tisch zusammenkommen". "Wer dieses Angebot ablehnen würde, würde damit beweisen, dass er nicht im Friedenslager steht. J. ist kein Freund der SU; u.a. sagt er über die "Russen", "sie brauchen mir nichts zu erzählen, die kenne ich zur Genüge aus der Kriegsgefangenschaft"

Pfarrer S c h ö n i n g , Berlin N58, Kastanienallee 83
Sch. zeigte sich unnahbar und verschlossen. Er hatte nur wenige Minuten Zeit für ein Gespräch. Während des Evgl. Kirchentages in Berlin betreute er zwei Lager mit seiner Gattin und Kirchenhelferin (ein Lager in der Schule Dimitroffstr., ein weiteres in der Schule Senefelderstr.) Er verlangte, dass die Helfer der Nationalen Front das Haus verlassen und motivierte das damit, dass ihm genügend eigene Kräfte zur Verfügung stünden.

Pfarrer K u b a t h , Berlin N58, Cotheniusstrasse 9
In der persönlichen Unterhaltung zeigte sich K. als zynischer Verbühner des Ostens. Er äusserte: "Wenn man den Westsektor betritt, atmet man eine ganz andere Luft, man spürt nichts von der Hetze, die einem hier auf Schritt und Tritt begegnet."

Pfarrer G e h l i e c h , Friedrichshagen
G. ist ein Mensch, der ganz offen und gelassen alle Massnahmen der Westalliierten anerkennt. "Es sieht nicht nach Krieg aus", äussert er, "ja das stimmt; aber von welcher Seite? Die Amerikaner sind in Korea im Recht. Die UN hat um Hilfe gerufen, sodass es ihre Pflicht war, hier einzugreifen. Nur einen grossen Fehler haben sie begangen, sich nicht mit einer genügend grossen Streitmacht eingesetzt zu haben."

Pfarrer P r e i l e p p e r
P. behauptete immer wieder, für den Frieden zu sein, da er selbst Kinder hat und zwei Kriege aktiv gewesen sei. Er ist bemüht, den Eindruck eines Friedensfreundes zu erwecken, hat auch während der Weltfestspiele persönlich ein Quartier gegeben.

In einem längeren Gespräch erkennt man jedoch, dass er den Krieg wie Luther als eine "Tat der Barmherzigkeit" empfindet und ihn als notwendig betrachtet. Eine Stellungnahme gegen die Verhaftung der Friedenskämpfer vom 15.8.51 lehnt er ab.

Superintendent V o r b e c k, Griebenowstr.

V., der als Friedenfreund gegeten wurde, sein Gemeindehaus für die Weltfestspiele zu schmücken, lehnte dieses entschieden ab. Nazibarbaren hätten die Kirche gezwungen, die Hakenkreuzfahne zu hissen, die Herrlichkeit der Nazis habe nicht lange gedauert, wie er immer vorausgesehen habe. Die Kirche lerne aus diesen Erfahrungen und lehnt es für die Zukunft ab, jemals die Glocken für ein weltliches Ereignis, sondern nur zum Lobe des Herrn läuten zu lassen. Er werde dieses auch heute abend - die beiden Worte sind unleserlich! Ein Gemeinderatsmitglied und ein Mitglied der Name ist ebenfalls unleserlich (beide von den Genossen, der das zuständige Aufklärungslokal leitete, empfohlen) berichteten über diese Bibelstunde, dass V. folgendes ausserte: "Die Kirche ist kein Verschönerungsinstitut". In der Diskussion wurde geäußert: "Die Elisabethkirche hat doch geschmückt". Der Genosse berichtet; dass V. darauf geäußert habe "Diejenigen werden auch einmal zur Verantwortung gezogen werden."

Dr. D i b e l l i u s

Durch das Schulgesetz ist der Besuch der Schulen in Ostberlin zu einem unentrückbaren Zwang geworden. Zu einer weiteren Kritik kam es auf der Tagung vom 5.2. in einem Antrag über Erziehungsfragen, zu dem der Synodale von R a b e n a u in der Begründung ausführte, dass "die Nötigung zur Devotion vor den Repräsentanten des Staates und der marxistischen Lehre sowie der fortwährende Druck der Schule auf die Jugend zum Unterschriftensammeln und zum Demonstrieren, ferner das Gesetz zum Schutz des Friedens und das Verbot, die Westschulen zu besuchen, alles Menschsein aufhebt".

Zur Verbesserung dieser Arbeit ist die Beachtung der nachstehenden Schlussfolgerungen notwendig:

- 1.) Verbreitung der Arbeit unter den Kirchenanhängern durch regelmäßige Beratungen in den Friedenskomitees und den Kreissekretariaten der NF des demokratischen Deutschlands und die Festlegung bestimmter Aufgaben für diese Fragen.
- 2.) Gewinnung von Mitarbeitern aus dem Kreise der Anhänger der Ausschüsse der NF. des demokr. Dtschl., besonders des DFB. Es ist aber hier eine sorgfältige Auswahl zu treffen, da für diese Arbeit gute politische Voraussetzungen vorhanden sein müssen.
- 3.) Herstellung einer ständigen Zusammenarbeit mit den Geistlichen aus dem Gebiet der DDR.
- 4.) Regelmäßige Rundfunk-Andachten im Berliner Rundfunk durch fortgeschrittliche Berliner Pfarrer.
- 5.) Regelmäßiger Austausch der gewonnenen Erfahrungen. Verbesserung der Zusammenarbeit mit dem Amt für Kirchenfragen, dem Nationalrat und den Parteien und Massenorganisationen.

Sur Frage 4:

Welche politische Linie hat der Klassengegner im demokratischen Sektor ?

(a) Ideologisch b) politisch c) ökonomisch)

Die ideologische Arbeit des Klassengegners im demokratischen Sektor dient der Kriegsvorbereitung. So verbreitete er u.a. unaufhörlich die Auffassung, dass ein neuer Krieg deshalb unvermeidlich sei, weil es keine dauerhafte Verständigung zwischen den Staaten des "Sowjetischen Einflussgebietes" und denen des Westens aufgrund der "Bedrohung" durch den "roten Imperialismus" geben kann. Weiterhin hat die ideologische Arbeit des Klassengegners die Sabotage des demokratischen Aufbaues zum Ziel, um die Stärkung des Friedenslagers durch die Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in der DDR zu behindern.

Der Klassengegner benutzt in seiner Argumentation in der Hauptsache 2 Phrasen:

- 1.) Die Hetze gegen die SU
- 2.) Die Verleumdung und Verunglimpfung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung
 - a) in politischen Fragen
 - b) auf wirtschaftlichem Gebiet

Er ist bemüht, seiner ideologischen Beeinflussung durch die Herausstellung der angeblichen Erfolge des Westens grösseres Gewicht zu verleihen.

Zu 1)

Auf dem Gebiet der Antisowjethetze werden vom Gegner keine wesentlichen neuen Argumente gebracht, sondern nur die schon seit Bestehen der SU verwendeten wiederholt, wobei es lediglich Variationen für die jeweils gewünschte Wirkung gibt.

Die Frage der ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen wird nicht mehr so stark in den Vordergrund gerückt, ebenso wird nur mit erheblich verminderten Umfang auf die Ereignisse des Jahres 1945 zurückgegriffen. In den Vordergrund wird jetzt die Behauptung der "ungeheuren russ. Aufrüstung" gerückt, da sie als Begründung für die "Notwendigkeit" der Aufrüstung der Westmächte dienen soll, z.B. (Hetzschrift "Unsterbliche Kämpfer", S. 28/29) "Der totalitäre Imperialismus herrscht heute nicht im Westen, sondern in der Sowjetunion! Die Bolschewisten sind es, die mit neuen Rüstungsprogrammen begannen, als Amerikaner daran gingen, seine Flotte abzuwracken, tausende seiner Bomber verschrottete und als die Armeen Europas nach Hause geschickt wurden

Gleichzeitig wird aber auch weiterhin die Version verbreitet, dass die SU sowohl militärisch, wirtschaftlich wie auch in Bezug auf das Staatsgefüge sehr geschwächt sei. Es kommt dem Gegner darauf an, die Erfahrungen des 2. Weltkrieges aus dem Gedächtnis der Menschen zu löschen. Im Zusammenhang damit wird die Goebbels-Lüge wiederholt, dass eine grosse Kluft zwischen der Sowjetregierung und dem Sowjetvolke bestünde und die Völker der SU nur auf die Stunde der Befreiung warten.

"Vor allem kennt man in Moskau - besser als sonst in der Welt - die Kriegsmüdigkeit und die innerpolitische Gärung unter den Völkern im sowjetisch-volksdemokratischen Block...."

-2-

Der kläglich gescheiterte Versuch, eine "Gesellschaft für Deutsch-Russische Freundschaft" zu gründen, um dem immer breiteren Kreise der Bevölkerung erfassenden Einfluss der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft entgegenzuwirken, lag auf dieser Linie. Die gegnerische Propaganda kann aber nicht umhin, die Wirkung der über 30jährigen Erziehungsarbeit des Sowjetstaates zuzugeben, münzt sie aber in einer Bedrohung der westlichen Welt und Gefährdung des Weltfriedens,

"Ein nicht geringer Teil dieses Volkes ist von dieser Euvensicht in die eigene Vorzüglichkeit ergriffen und scheut sich nicht, dem in naiver Überzeugung Ausdruck zu verleihen. Der klug und realistisch denkende Kopf dieses Staates braucht nur zu wollen, und er wird genügend heiße Herzen finden, die bereit sind, den Marsch um die Welt zu beginnen".
(Hetzschrift "Das Land der stummen Millionen")

Als ein Mittel der Hetze und Verleumdung erweist sich noch immer die Hetze gegen die Oder-Neisse-Friedensgrenze. Hier betreibt der Gegner eine offene, ungezügelter Kriegshetze in der Vermutung, dass die verschwommenen Heimatgefühle, wie sie nicht nur bei den Umsiedlern vorhanden sind, verbunden mit der Lüge von der "polnischen Lotterwirtschaft" und den für die Ernährung des deutschen Volkes durch die Abtretung der Gebiete entstandenen Schwierigkeiten, der beste Nährboden für die Züchtung einer aggressiven Stimmung ist.

So fordert der Bund deutscher Jugend in seinem Programm (Punkt 3)

"Wir wollen ein wiedervereinigtes und gleichberechtigtes Deutschland in einem freien Europa. Auf die 1945 abgetrennten Gebiete werden wir niemals verzichten. Das Recht auf die Heimat kann uns nicht genommen werden".

Diese Auffassungen von "Lebensraum" und der "Unvermeidlichkeit" eines Krieges ist auch noch bei Mitgliedern unserer Partei vorhanden! So z.B. (Aus Berichten vom Schulungstag)

"Entscheidung ist der Raum, den die Völker zum Leben haben".
(Bergmann-Borsig)
oder

"Die Imperialisten müssen und werden den Krieg auslösen, da ihnen kein anderer Ausweg bleibt".

Fast im gleichem Umfang wird die Hetze gegen die Volkdemokratien betrieben, wobei hauptsächlich an faschistische "Theorien" (Rassen, Lebensraum) angeknüpft wird, wie überhaupt die 12jährige faschistische Verseuchung des deutschen Volkes, aber sich seine weitgehende Isolierung von der Aussenwelt während dieser Zeit und die daraus sich ergebende Unwissenheit in vielen entscheidenden Fragen als Grundlage der feindlichen Argumentation ausgenutzt wird. Das kommt besonders deutlich zum Ausdruck in der Frage des sowjetisch-deutschen Nichtangriffsvertrages, des sowjetisch-finnischen Krieges und Rückgliederung des bjelorrussischen und ukrainischen Gebietes.

Aus Berichten vom Schulungstag:

"Ich verurteile den Russen, weil er 1939 Polen angegriffen hat".

"War es ein imperialistischer Akt, in Polen einzumarschieren und Gebietsteile zu annektieren".

Anknüpfend an die Vorstellungen, die ein Teil ehemaliger Soldaten der Nazi-Wehrmacht aus der Zeit der faschistischen Besetzung der

westlichen Gebiete der SU, als die dortige Bevölkerung durch die Nazi-Okkupation dem grössten Elend ausgesetzt war, mitgebracht hat, die Lüge über den "unvorstellbaren niedrigen" Lebensstandard in der SU verbreitet und versucht, mit sogenannten "Statistiken" den grossen "Vorsprung" des Westens zu beweisen bzw. die "Ausbeutung" des sowjetischen Volkes zugunsten der Stärkung der Sowjetarmee.

"Zum Frühstück isst er ein Stück trockenes Brot in saurer Ziegenmilch und trinkt dazu ein Glas heisses Wasser..... (Aus "Das Land der Millionen")

Zu 2) auf der politischen Ebene

Der Gegner wendet im allgemeinen 2 Methoden an: Einmal eine verzerrte, von ungeheuerlichen Lügen strotzende Darstellung der Verhältnisse, um die Menschen von der geringsten Neigung, sich sachlich mit der Entwicklung auseinanderzusetzen, abzuschrecken und darüberhinaus Angst und Abscheu zu erzeugen, zum anderen ist er bemüht, alles Neue, Ungewohnte zu ironisieren und lächerlich zu machen, um das Vertrauen der Werktätigen in ihre eigene Kraft zu zerstören, bzw. zu erschüttern. Das Ziel ist, die Entwicklung einer positiven Einstellung zur antifaschistisch-demokratischen Ordnung zu verhindern. Darüber hinaus soll aber die Entwicklung von Gleichgültigkeit und Ablehnung die Bereitschaft zur aktiven Sabotage und Agententätigkeit erzeugt werden. Die gesamte ideologische Tätigkeit des Gegners läuft konsequent auf die Schaffung einer 5. Kolonne hinaus. Gegen die DDR wendet der Gegner im wesentlichen das Argument vom "sowjetischen Satellitenstaat" an, der in völliger Abhängigkeit nur die Aufgabe habe, militärische Ausgangsstellung der Sowjetarmee gegen den Westen zu sein und insoweit es die wirtschaftlichen Kräfte ermöglichen, zur sowjetischen Aufrüstung beizusteuern.

"Demontagen wurden in Höhe von 4,74 Milliarden Dollar entnommen, während die mitteldeutsche Industrie, deren Produktionskapazität sich ohnehin zu 30% in sowjetischen Händen befindet, bis 1951 lfd. Abgaben in Höhe von 10 Mia. Dollar an die Sowjets leistete. Das bedeutet, dass heute immer noch die Hälfte der gesamten mitteldeutschen Industrieproduktion nach Osten wandert".

(Aus unsterbliche Kämpfer für das Glück der unterdrückten Menschheit)

Die Regierung der DDR wird als ausführendes Organ der SU bezeichnet (Karlshorst macht alles) die die Hauptaufgabe hatte, die Spaltung Deutschlands durchzuführen, um die vollkommene Isolierung Ostdeutschlands von der "westlichen Welt" zu ermöglichen. Damit will der Gegner die eigene politische Praxis bemänteln und begründen, warum die Bonner Quislinge bisher jede Aufforderung zu gesamtdeutschen Verhandlungen abgelehnt haben. (Meinungsausserungen aus berliner Betrieben zum Brief des Ministerpräsidenten C. Grotewohl)

"Gäbe es in der DDR kein Friedensgesetz, hätte Adenauer vielleicht anders geantwortet".

"Die Regierung der DDR ist nicht vom Volk frei gewählt".

Die Anwesenheit der sowjetischen Truppen und der SEK wird als Beweis dafür angeführt.

-4-

In aggressiver Form wird die Rolle unserer Partei als "Diktatur" verfälscht und ihre Aufgaben als "Sowjetisierung" und "Bolschewisierung" Deutschlands bezeichnet.

"In Sowjetdeutschland kämpft die bolschewistische Nationale Front im Gefolge der kommunistischen SED mit Parolen für den Frieden. Und die deutsche Bevölkerung lebt dort seit 1945 zwar ohne Krieg, aber in einem Frieden ohne Freiheit und in einem Frieden, der aus Sklaverei, Terror, Elend und Not besteht".

(Aus: "Unsterblicher Kämpfer für das Glück der unterdrückten Menschheit")

Zweck dieser Verleumdung ist, dem Vertrauen, das sich unsere Partei in immer breiterem Umfange durch ihre Leistungen erwirbt, eine Mauer von Furcht für angeblichen Terror entgegenzusetzen. Dem dienen auch die Vergleiche, die zwischen der Nazidiktatur und unserer neuen Ordnung in Bezug auf die Volkspolizei, den Staatssicherheitsdienst und andere öffentliche Organe gezogen werden.

Zur Illustrierung einer angeblichen Unfreiheit weist der Gegner auf die Verhältnisse im Westen hin, wo die "Freiheit" schon durch die Existenz der KPD bewiesen sei, hingegen die SPD in der DDR bzw. Ostzone "verboten" wurde. Es wird weiterhin die Frage der "freien Wahlen" angeführt, um an alte Vorstellungen über Demokratie bei kleinbürgerlichen Elementen anzuknüpfen.

Die Bemühungen um die Erhaltung des Friedens werden mit besonderer Gehässigkeit verunglimpft, weil der Gegner hier an seine eigenen schwächsten Stelle getroffen wird. Es wird von der "Verschleierung" der Aggressionsabsichten und -Vorbereitungen" gesprochen oder als Ziel der Friedensbewegung die "kommunistische Herrschaft" bezeichnet.

"Darum allein malen die Sowjets bei sich die angeblichen Aggressions- und Kolonisierungspläne "westlicher Kriegshetzer" in den düsteren Farben. Und nur deshalb versuchen sie im Westen durch Säbelrasseln und scheinheiligem Pazifismus Furcht und Defaitismus zu säen.

Moskaus Ziel ist kein anderes, als Bereitschaft zu züchten, im Osten loszuschlagen und im Westen Bereitschaft, sich schlagen zu lassen".

(Aus: "Unsterbliche Kämpfer für das Glück der unterdrückten Menschheit")

Dass die Veröffentlichung des "Weissbuches" und besonders die Ausführungen des Genossen Walter Ulbricht auf der 6. Tagung des ZK für die Gegner ein empfindlicher Schlag ist, lässt er in seiner Reaktion darauf deutlich erkennen.

(Hetzschrift: "Der Augenzeuge" Nr. 14/1951 "Gefährlicher Kurs der Stalinisten")

Er versucht, die Entlarvung der Machenschaften der deutschen Imperialisten als die "Aufhetzung" der Nachbarvölker gegen das deutsche Volk zu verfälschen und knüpft damit an die chauvinistischen Tendenzen der Vergangenheit an.

Weiter bemüht sich der Gegner, die Arbeit der führenden Staatsmänner des Friedenslagers durch Lächerlichmachung und persönliche Anfeindungen herabzusetzen, scheut aber auch nicht vor offenen Morddrohungen und direkten Mord zurück. (Dr. Pawlow, Neukölln, Frau Dr. Grosscourth, Charlottenburg, Ernst Kamieth.)

(Flugblätter: "Schlagt die Stalinisten, wo ihr sie trefft" in Westberlin).

b) auf wirtschaftlichem Gebiet

Das Ziel der Argumentation ist hier offensichtlich, die direkte Sabotage des demokratischen Aufbaues zu organisieren. Dabei richtet sich die Hauptkraft auf die Senkung der Arbeitsproduktivität und gegen die Entwicklung der neuen Einstellung zur Arbeit.

"Die Korrumpierung der Arbeiteraristokratie im Imperialismus ist das gleiche, was heute bei uns gemacht wird, wo die Bergarbeiter Vergünstigungen erhalten".

Alle Folgen und Schwierigkeiten, die sich aus dem Krieg ergeben, sowie die Folgen der destruktiven Politik der Westmächte, der Wirtschaftsblockade, werden in Folgen der Massnahmen der SU und der Regierung der DDR umgelogen.

"In den Jahren, also durch die amerikanische Hilfe rund 12,7 Milliarden Dollar für den europäischen Wiederaufbau zur Verfügung gestellt wurden, weil nur eine Konsolidierung des wirtschaftlichen Lebens und sozialer Wohlstand Fundament eines dauernden Friedens sein können, hat die Sowjetunion allein aus den in ihrem Machtbereich liegenden mitteldeutschen Gebieten Werte in Höhe von 16,74 Milliarden Dollar herausgezogen und damit am sichersten Element, Not, Unfrieden und Restaurationstendenzen Vorschub geleistet. Einer an sich durch Krieg und Zerstörung verarmten Bevölkerung wurden durch die Plünderungsmassnahmen der Roten Armee vielfach noch die letzten Lebensgrundlagen genommen. Denn schon der Wert des von den Sowjets geplünderten Trophäengutes überstieg 2 Milliarden Dollar." (Aus: Unsterbliche Kämpfer für das Glück der unterdrückten Menschheit")

hingegen die Kolonisierungsmethode der westlichen Okkupanten als reinste edelmütige Hilfe für das zerstörte Deutschland hingestellt.

Dabei werden aber gegenüber der Version von 1947, dass Westdeutschland stark gemacht werden muss, um der "ausgeplünderten Ostzone" einmal helfen zu können, jetzt die erreichten Verbesserungen benutzt, um bei der Bevölkerung mit provokatorischen Mitteln (gefälschtes Flugblatt über HO-Preissenkungen) die Hoffnung auf noch schnellere Fortschritte zu erwecken, die dann in Enttäuschung umschlagen sollen, wenn die Erwartungen noch nicht erfüllt werden können.

Sehr stark und äusserst aggressiv wird die Hetze gegen die VEB als einer "staatskapitalistischen Einrichtung" gelenkt, wobei besonders die Frage der Arbeitsproduktivität als "Hauptmittel der Ausbeutung" bezeichnet wird. Die SAG's sind das Hauptobjekt dieser Hetze, obwohl die Reparationen nicht mehr in dem Ausmass wie früher vom Gegner als Argument benutzt werden.

Viel heftiger richtet er das Feuer gegen alles Neue, das sich in unseren Betrieben entwickelt; im gegenwärtigen Zeitabschnitt konzentriert er sich auf die Betriebskollektivverträge, weil sie den ganzen Inhalt Umfang unserer neuen Verhältnisse beinhalten. (Flugblatt der sogenannten "Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit")

Ebenfalls die Propagierung der sowjetischen Erfahrungen und auch der Lehren aus den Volksdemokratien sind ein Ziel seiner Angriffe, wobei er an die alte Überheblichkeit und den Facharbei-

terstolz ankämpft.

Auch Mitglieder unserer Partei werden davon erfasst. So wird in einem Bericht vom Schulungstag darüber berichtet, dass ein Genosse sich geäußert hat, dass die Stachanow-Bewegung doch für uns gar keine Bedeutung hätte. Das, was Stachanow machte, nämlich mit dem Presslufthammer arbeiten, sei nichts neues, und die Einführung einer neuen Arbeiterorganisation wäre doch auch nichts neues. Schon unter Hitler wäre ihr Betrieb bis ins einzelne durchorganisiert gewesen.

Gegen das Leistungsprinzip werden scheinsozialistische Phrasen gebraucht, um an die primitiven Vorstellungen von Sozialismus und Kommunismus anzuknüpfen und besonders die alten sektiererischen "Traditionen" der Arbeiterklassen auszunutzen.

In der gleichen Weise wird gegen das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Intelligenz polemisiert und versucht, am Beispiel der Politik der Bolschewiki unter Zuhilfenahme von Zitaten von Marx, Engels und Lenin den angeblichen "Verrat" Stalins und seiner Schüler an der Arbeiterklasse nachzuweisen. Diese "Arbeit" wird wesentlich vom "Ostbüro" und der Tito-Agentur mit Unterstützung ehemaliger Brandler-Leute und ähnlicher käuflicher Subjekte geleistet.

Berichte vom Schulungstag zeigen, welche Auswirkungen diese Hetze bei Genossen hat. Z.B.

"Wir räumen der Intelligenz alles Recht ein. Sie genießen von unserer Arbeit. Ich muss leider sagen, der Arbeiter ist dämlich. Der Arbeiter denkt zu wenig."

"Dadurch, dass die Intelligenz besser bezahlt wird, wurde eine neue Klasse geschaffen. Auch in der DDR ist es so, und ihr wisst ja genau, wie die Menschen darüber schimpfen. Deshalb führt man ja in der SU den Kommunismus ein, damit die Klassen verschwinden."

"Die Direktoren der VE Betriebe bilden eine Schicht für sich, die leichter Reichtum erwirbt als der Mann an der Maschine, so wie das bei den Direktoren der kapitalistischen Betriebe war und ist."

In seiner ideologischen Arbeit bemüht sich der Gegner, auch zwischen den einzelnen Schichten zu differenzieren und die einzelnen Teile der Bevölkerung gegeneinander auszuspielen, um die sich anbahnende moralisch politische Einheit im Kampf um den Frieden, um die Einheit des demokratischen Deutschlands und ein besseres Leben zu verhindern.

So beunruhigt er die kleinbürgerlichen Kreise, selbstständige Handwerker und Gewerbetreibende mit Gerüchten über Enteignungen, "Verstaatlichung" mit der Konkurrenz durch die HO und Konsum, wobei er an rückständigste Tendenzen anknüpft und immer herausstellt, dass diese Teile der Bevölkerung bei uns keine Zukunft hätten. Ebenfalls werden die noch unter schwierigen sozialen Verhältnissen lebenden Menschen, wie die Rentner und Umsiedler auf eine angeblich "bewusste Benachteiligung" hingewiesen. Auf die Beeinflussung der Jugend hat sich der Klassenfeind besonders eingestellt, obwohl er verschiedentlich die Misserfolge seiner Bemühungen offen eingestehen musste. Mit der Vorspiegelung eines "freien Jugendlebens im Westen und des Kampfes für hohe Ideale sucht er die Jugend, besonders die des Mittelstandes, für die illegale Tätigkeit gegen den Bolschewismus zu gewinnen, be-

-7-

nutzt aber auch zersetzende Mittel (Kriminal- und pornographische Literatur), wenn die Umstände das als opportun erscheinen lassen. Besonders während der Weltfestspiele gab er eine Flut von Hetzmaterial heraus, neben den verlogenen Idealen ist die Zur-Schau-Stellung der vollen Schaufenster sein stärkstes "Argument" für die Jugend.

Die ganze Skala der verschiedenartigsten Argumente wird stets ergänzt durch die Vorspiegelung der "herrlichen Lebensverhältnisse" im Westen, welche die Stärke der kapitalistischen Welt beweisen sollen. Hier wird unverfroren die heranreifende Krise um ihres scheinbaren Waren-Überflusses willen als Zeichen der Prosperität gepriesen und in lautesten Tönen der amerikanischen "Marshall-Plan" als Angelpunkt der wirtschaftlichen Gesundung gelobt. Das Schergewicht liegt dabei auf dem Zusammenschluss im Atlantik-Pakt und der wirtschaftlichen Marktkonzentration des Schumanplanes, die beide der angeblich notwendigen Verteidigung der "freien Welt" dienen und das Abendland vor dem "Osten" schützen sollen.

Über den Schumanplan wird eine Flut von Werbeprospekten losgelassen.

Auf kulturellem Gebiet kann man sagen, dass gerade auf dem Gebiet der Kunst um die Frage "Was ist Formalismus und Realismus" heftige Diskussionen entbrannten, die darauf hinausgingen, dass die Sowjetkunst eine Kunst-Diktatur sei. Hier versucht der Klassengegner in Künstlerkreisen mit seiner Hitze einzudringen (anlässlich der öffentlichen Kritik an dem Wandbild Prof. Strempels im Bahnhof Friedrichstrasse). Hier versuchte er, in seiner Presse unsere berechnete und sachliche Kritik an Prof. Strempels Arbeit für seine Hetze auszuwerten. Hier versuchte er einen Menschen, der mit seiner Kunst um das Neue, Realistische rang, dabei aber in Widerspruch kam, für seine Hetze auszunutzen. Auch durch Theater, Film und Funk und Varieté versucht man die Masse der Bevölkerung zu beeinflussen. Dabei ist die Verfallserscheinung ihrer sogenannten "westlichen Kultur" nicht mehr zu verwischen. Es ist ein Verdienst unserer jungen aufsteigenden Kultur, die ihre künstlerischen wertvollen Leistungen aus der Tiefe des Volkes schöpft und als Beispiel die realistische Kunst in der Sowjetunion und den Volksdemokratien annimmt. Die sogenannte westliche Kultur entwickelt im Laufe der Zeit die Menschen zu Verbrechern und Gangstern, wofür unzählige Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit in "Klein-Texas" in Westberlin angeführt werden können. Durch die angebliche bestehende "sowjetische" Kunstdiktatur gegenüber seiner gepriesenen freien Entwicklung in der Kunst in der sogenannten westlichen Kulturfreiheit spricht auch hier die Antisowjethetze heraus. Besonders die Lehrer der neuen demokratischen Schule neigen durch diese ideologische Beeinflussung des Gegners zu einem objektivistischen Unterricht in den Schulen.

Mit der zur Zeit in Westberlin stattfindenden Theater-Woche sowie mit den Ausstellungen starker formalistischer Künstler versucht der Klassengegner besonders unsere Intelligenz und freischaffenden Menschen zu beeinflussen. Besonders unsere jungen Studenten schauen sich solche Ausstellungen an.

-8-

-8-

Seine laufenden Grossveranstaltungen in der Waldbühne oder im Titania-Palast popularisiert er in der Form, dass er für die Bevölkerung aus dem demokratischen Sektor die Eintrittspreise in "Ost-Geld" erhebt. Presse und Rundfunk stehen ihm dabei zur Seite. Die Freie Volksbühne versucht durch starke Ermässigung ihrer Mitgliedsbeiträge (2,75 DM monatlich) neue Mitglieder aus dem demokratischen Sektor zu werben. Somit wird also der Versuch unternommen, mit diesen Mitteln die Bevölkerung aus dem demokratischen Sektor für ihre Kulturbarbarei zu interessieren und damit zu beeinflussen. Besonders die Jugendlichen lassen sich für die nach Chikagoer Stil geneigten Filme leicht begeistern.

Ein Mangel unserer Veranstaltungen und Programme ist es noch, dass wir nicht verstärkt Kulturprogramme und Veranstaltungen aufführen. Wir können aber feststellen, dass durch die Weltfestspiele unsere bestehenden Kulturgruppen vieles gelernt haben und viele Anregungen für ihre weitere Programmgestaltung erhielten.

Ein weiterer Mangel besteht darin, dass trotz vieler Anregungen und Hinweise es der Kulturbund nicht immer richtig versteht, seine Kader, die bestimmt vorhanden sind, aus den Betrieben zu entnehmen. Eine wertvolle Hilfe sind dabei die Laienspielgruppen. Sie gilt es in verstärktem Masse auszubauen und durch Veranstaltungen sie unter die Kritik der Bevölkerung zu stellen.

Welche Schlussfolgerungen müssen gezogen werden:

1. Man kann, ohne dabei die gegnerische Tätigkeit zu unterschätzen, feststellen, dass der Erfolg dem Aufwand nicht entspricht.
2. Dabei ist nicht zu unterschätzen seine Hetze unter den breiten Schichten, die der Arbeiterklasse als schwankende Elemente bekannt sind. Durch unsere Erfolge in der Friedenswirtschaft, durch die laufende Verbesserung der Lebenslage ist auch in diesen Kreisen eine Bewusstseinsveränderung festzustellen. Es fehlt ihnen meist noch der Mut oder die Zivilcourage, offen die Erfolge anzuerkennen. Sie begreifen zum Teil noch nicht, dass sie mit in diesem Entwicklungsprozess stehen, mit zu diesem Erfolg beigetragen haben und auch Anteil daran haben.
3. Es muss eine unermüdlige Arbeit zur Überzeugung der Menschen von der Richtigkeit der Politik unserer Partei und Regierung geleistet werden. Durch direkte Anteilnahme der Bevölkerung an der Wirtschaft und Verwaltung, der Planung, müssen sie die eigene Erfahrung sammeln.

Das Vorbild jedes Genossen muss jeden einzelnen anregen sich im vollen Ausmass seiner Kräfte für die Gesamtheit einzusetzen.

4. Schneller noch muss auf die gegnerischen Argumente durch Herausgabe von Material für die Agitation und Einstellung der Propagandisten im Parteilehrjahr geantwortet werden.

Frage 5 Welche Formen und Methoden wendet der Gegner in seinem politischen Kampf gegen uns an ?
In welcher Form setzt er die Parteien, Organisationen, Behörden und Besatzungsmächte gegen die demokratische Ordnung in Ostberlin ein ?
In welcher Form zeigt sich die Verschärfung des Klassenkampfes in Verbindung mit dem Wachstum der demokratischen Entwicklung?

Zu Frage 5:

Welche Form und Methode wendet der Gegner in seinem politischen Kampf gegen uns an ?
Eine Methode ist mit dem Einschleusen von Agenten in Verwaltungen, VEB-Betrieben, Staatsfunktionen, Parteien und Organisationen, um unter der Bevölkerung Desorganisation und Zersetzung herbeizuführen. Ein Beispiel dafür ist, dass es ihm im Bezirk Tiergarten gelang, in unserer Partei die Funktion eines Gruppensekretärs zu besetzen, der auch seine Netze Zersetzung in der Partei hervorrief. (Entnommen einem Bericht der LPKK). Ein weiteres Merkmal gegnerischer Arbeit war die an der Sektorengrenze von ihm im verstärkten Masse provisierten Diskussionsgruppen. Wobei er versuchte, durch eingesetzte Schlägerkolonnen, die friedliche Bevölkerung des demokratischen Sektors zu provozieren.

Köpenick

Im Fernmeldewerk wurde durch die Post eine Hetzschrift in russischer Sprache eingeschmuggelt.

Mitte

Am 20.9.51 kam es gegen 16,30 an der Brunnenstrasse Ecke Bernauerstrasse zu Schlägereien mit Provokateuren. Es gelang einen Provokateur festzustellen. Bei den Diskussionen wurden gegnerische Flugblätter in die Menschenansammlungen geworfen (100 Worte Kominform-Feinde deutsche Jugend) sowie Klebezettel, auf denen die 20 Mill. in der DDR gegenüber den 50 Mill. der Bundesrepublik der Parität gegenübergestellt werden.

In den späten Abendstunden kam es zu ernsthaften Zwischenfällen. Beim Versuch der Provokateure, wiederum die damalige Strassen-sperre unter dem Schutz eines Steinregens zu entfernen, wurden einige Schüsse abgegeben (wer, geht aus dem Bericht nicht hervor). Ebenfalls versuchte man die Bauarbeiten an der Absperrung zu verhindern, was nicht gelungen ist. Zur gleichen Zeit wurden Flugblätter mittels einer Rakete in den demokratischen Sektor geschossen. Bei den ständig sich häufenden Provokationen zeigten sich, dass die Bevölkerung des Westsektors gegen diesen Provokateuren ablehnend gegenübersteht und teilweise Blumentöpfe aus den Fenstern auf die Provokateure warf. Die Geschäftsleute - insbesondere, bei denen Schaufenster eingeworfen wurden - vergleichen die Provokationen mit Nazimethoden ähnlich wie in der Kristallnacht. Sektorenschilder wurden mit schwarzer Farbe übermalt (Sowjetsektor mit Hammer und Sichel). Die Sperre Garten-Ecke Bernauerstrasse versuchten Provokateure umzureissen; eintreffende Volkspolizei wurde mit Steinen beworfen. Hetzmateriale wurden an den Brennpunkten unserer Stadt Berlin (Sektorengrenze) weiterhin in S-Bahnhöfen sowie in einigen Betrieben und an Einzelpersonen verteilt, denen diese Hetzschriften per Post übermittelt wurden.

2. Durch Desinformationen bei Behörden, VE-Betrieben und anderen Institutionen versucht er Gerüchte, falsche Informationen zu verbreiten, die den einen Zweck verfolgen sollen, die Masse der Bevölkerung von der Wirklichkeit abzulenken. Dabei bedient er sich der wüsten Hetze und Verleumdung gegen die Sowjetunion und richtet damit auch eine Hetze auch gleichzeitig gegen die Erfolge der schaffenden Menschen in der DDR und aus dem demokratischen Sektor Berlins. Er verwendet dabei alle Formen der Hetzliteratur, die teils verschleiert oder offen gegen die Sowjetunion hetzen z.B. die Hetzschriften "Die Tarantel" - "Der Informationsdienst vom Bund der Deutschen Jugend" - "Der Schaffende" - "Das Land der stummen Millionen" und andere mehr. Mittels organisierter Banden, die sich alle möglichen Namen geben, z.B. die der "Freiheitsbund", der eine Schlägergruppe ist, die unter der Obhut und Schirmherrschaft der SPD Ziethenstrasse steht. Damit versucht er im demokratischen Sektor die Ladeneinrichtungen und Schaufenster im HO un Konsum zu demolieren. Zum Beispiel Lager des Konsums in Treptow und Zeitungskiosk Brunnenstrasse Ecke Swinemünderstrasse.

Er fällt einzelne Friedenskämpfer an und schlägt wüst auf sie ein. Beispiele aus der letzten Zeit, wie die Vorfälle in der Brunnenstrasse sind schon keine einzelne Erscheinungen mehr. In Westberlin wurden laufend die Versammlungen fortschrittlicher Organisationen verboten. Trotz eines Verbotes versammelte sich z.B. die Bevölkerung am 21.11.51 vor dem Swinemünder Gesellschaftshaus. Die Zahl der Anwesenden kann auf 300 Personen geschätzt werden. Die Stumpolizei verhielt sich zurückhaltend, dagegen traten 50 jugendliche Rowdies unter Leitung des berüchtigten Helmut Metz provozierend auf. Sie waren grösstenteils mit Knüppeln bewaffnet. Es handelt sich hierbei um dieselben Rowdies, welche von unseren Genossen aus dem Kreissekretariat Wedding geworfen wurden. Die Bevölkerung aus dem Westsektor nahm von diesen Vorgängen wenig Notiz.

Die Versammlung in Neukölln war von der Sozialhilfe angemeldet und von Bürgermeister Exner verboten worden. Der Inhalt des Verbotes ist folgender:

Aus hier in Neukölln verteilten Drucksachen ist zu ersehen, dass bei Ihnen am Freitag, den 21.9.51, 19 Uhr eine Versammlung der Sozialhilfe Gross-Berlin über ein politisches Thema stattfinden soll. Da die Sozialhilfe nach dem Gesetz vom 29.9.50 nicht lizenziert ist und nach den früheren Satzungen sich nicht um ausgesprochen politische Themen zu kümmern hat, kann diese Versammlung nicht durchgeführt werden. Um Schwierigkeiten mit den Aufsichtsorganen zu vermeiden, bitten wir Sie, dafür Sorge zu tragen, dass die Versammlung in Ihren Räumen nicht stattfindet.

gez. Exner.

Die Versammlungsteilnehmer antworteten mit einer Protestresolution. Bericht über die Unabhängige Arbeiterpartei Deutschlands, Adresse des Berliner Büros: Berlin W 35, Bülowstr.24, Telefon: 24 3802. Diese Partei ist noch nicht zugelassen, da die Stimmzahl zur Lizenzierung in Westberlin noch nicht erreicht wurde. Die Mitglieder treffen sich daher als "Leserkreis". Die Versammlungen finden direkt auf Einladungen vom Berliner Büro statt. Diese Partei setzt sich aus Brandenisten, Anhängern von Maslow-Clique und Titoisten zusammen. Z.Zt. finden in der UAP Auseinandersetzungen über die "Vierte Internationale" und über die "Trotzkisten" statt.

-3-

Auf der am 18.9. stattgefundenen Besprechung im Berliner Büro waren 2 Funktionäre der SPD anwesend. Dabei wurde festgestellt, dass die UAP-Mitglieder, um in Berlin politisch arbeiten zu können, in die USPD eintreten. Dadurch soll erreicht werden, dass innerhalb der USPD Mitgliederversammlungen stattfinden, wo ein der UAP genehmer Vorstand gewählt werden soll. Der Vorsitzende der UAP, Kischkat, ist als Lizenzträger der USPD tätig.

Die Mitglieder der UAP führen Decknamen. Namen sind bis auf Katz, Deckname Iwan, von der Berliner Gruppe nicht bekannt (Katz befand sich bis 1947 in einem Sekretariat der SPD innerhalb Berlins). Aus der Zentralstelle Düsseldorf ist Leonhardt bekannt (bis 1948 Lehrer an der Parteihochschule "Karl Marx"). Das Menschenmaterial, welches der Gegner zur Aufstellung solcher Banden braucht, nimmt er vornehmlich aus dem Reservoir "politischer Flüchtlinge".

Durch seine ideologische Beeinflussung bedient sich der Gegner auch der Umsiedler, ehemaliger Nazis, die besonders aus der Schicht der Intelligenz kommen (Bund der Freien Juristen), alte Militaristen und Berufssoldaten. Durch die Bildung von Organisationen und kleiner Gruppen übt er seine Wühlarbeit in den verschiedensten Schichten der Bevölkerung im demokratischen Sektor aus. So gehen z.B. tagtäglich über die Zentrale des "Telegraf" unzählige Postwurfsendungen nach dem demokratischen Sektor und in die DDR. Sie werden in 1.Linie durch Mittelsmänner illegal eingeschleust und dann legal im demokratischen Sektor von Berlin und der DDR durch die Post weiterbefördert.

So spricht der "Bund Freier Juristen" damit unsere Ingenieure an.

Seine Methode:

Er knüpft an frühere Schulbekanntschaften an, schreibt an Jugendfreunde, bedient sich des Austausches von Berufserfahrungen. Er betrachtet sich unsere Intelligenz genau und macht sich an ehemalige Nazis heran, ob der Betreffende sich nicht in finanzieller Not befindet und wie charakterlich der Mensch veranlagt ist. Alle diese Merkmale verwendet er bei der Erpressung dieser Menschen. Der Gegner versucht die Einstellung der fortschrittlichen Intelligenz zu untergraben. Er ladet sie zum geselligen Beisammensein nach Westberlin ein oder veranstaltet auch kleine intime Feste, die er im demokratischen Sektor abhält.

Die Umsiedler sind durch die dauernde ideologische Beeinflussung und der wirtschaftlichen Not dieses verfallenden Regimes ausgesetzt. Der Gegner versucht ihre Not auszunutzen und startet Versammlungen und sogenannte Heimattreffen, eine wüste Hetze gegen die Sowjetunion. Bewusst gibt er den Umsiedlern keine Arbeit und keine Heimat, um leichtes Spiel mit ihnen zu haben. Er veranlasst sie, an Bekannte und Verwandte zu schreiben oder auch Adressen auszutauschen. Das Hauptargument ist für den Gegner die Hetze gegen die Sowjetunion, versucht auch die Form der offenen Wirtschaftssabotage anzuwenden, so dass man sagen kann, der Kampf wird auch im verstärkten Masse durch direkte Spionage und Sabotage auf der ökonomischen Basis auszutragen.

Zur Frage 6:

Welche politischen Organisationen besitzt der Gegner in Ostberlin?

Aus den vorliegenden Berichten geht nicht hervor, dass feindliche Organisationen sich im demokratischen Sektor befinden. Darüber kann nur der Staatssicherheitsdienst Auskunft geben.

Zur Frage 7:

Welche Verbindungen bestehen von diesen Organisationen nach Westberlin zu den Besatzungsmächten, Parteien und Verwaltungen?

Welche Form der Anleitung gibt es von Westberlin nach dem demokratischen Sektor und welche Hilfe erhalten die reaktionären Kräfte aus Westberlin?

a) ideologisch, b) politisch, c) ökonomisch, d) finanziell.

Auch diese Frage kann nur ungenügend beantwortet werden, da jegliche vorhandenen geheimen Verbindungen zwischen den Organisationen nur der Staatssicherheit bekannt sind. Es kann also nur ein zusammenhängendes Bild entstehen.

Zu den Weltfestspielen waren von den SPD-Kreisleitungen aus dem demokratischen Sektor 68 Mann nach dem Westsektor abgezogen worden, die als "Verstärkung und zum Schutz ihrer westberliner Häuser" eingesetzt waren. Es besteht eine regelrechte Verbindung zur Zentrale Zietzenstrasse. Im kirchlichen Sektor ist es ebenso der Fall, dass bestimmte Kreise von Pastoren, bestimmte Gemeinden und bestimmte Sekten eine Verbindung mit ihrer Zentrale in Westberlin aufrecht erhalten.

Die bestehenden "Clubs" sind geeignete Unterschlupfzentralen, die ausschliesslich unter der Kontrolle der amerikanischen Besatzungsbehörden stehen. Ihr finanzielles Allheilmittel ist die Westmark, welche mittels Kurspekulationen, Wechselstuben und Lohnausgleichskassen hochgehalten wird. Diese Wechselstuben stehen unter der direkten Kontrolle des Reuter-Senats und der amerikanischen Besatzung. Auf wirtschaftlichen Gebiet (?) versucht er durch Schleich- und Schwarzhandel unseren wirtschaftlichen Aufbau zu schädigen.

Der Amerikaner scheut keine Geldmittel, um etwas zu erreichen und durchzusetzen. So sind zu den Weltfestspielen viele von ihrer Berufarbeit freigestellt worden und haben noch für ihre provozierende Arbeit im demokratischen Sektor pro Tag 10.— bis 15.— Westmark erhalten. Festnahmen ergaben sich nur bei den berichtigten

Schlägertruppe der SED "Der Freiheitsbund" nach Aussagen politischer Flüchtlinge und Terrorbanden 10.- Westmark für die Beseligung der Sektorengrenzen bezahlt wurden.

Sie unterhalten Werbebüros, wo sie junge Menschen für Australien und die Fremdenlegionen anwerben lassen. Auf sämtlichen Gebieten versucht der Gegner durch seine finanzielle Macht und durch Korruption Menschen von sich abhängig zu machen. Andererseits geht er rigoros mit allen Mitteln gegen Friedenskämpfer in Westberlin vor, wenn sie in Erscheinung treten. (Von wirtschaftlichen Repressalien über die zwangswise Auslieferung ins Irrenhaus bis zum Mord.)

Im Kreissekretariat Schöneberg finden laufend Anrufe statt, wobei die gemeinsten Beschimpfungen gegenüber unseren Genossen losgelassen werden.

Im Kreissekretariat Wedding wurde von aussen das Kreissekretariat vom Gegner mit der Hetzlosung "Schluss mit den SED-Monker usw." beschnitten. Weiter wurde das FDJ- und das Parteiheim demoliert, dabei machte man die Feststellung, dass ein grosser Teil der Rowdies Revolver besaßen.

Es ist erforderlich eine breite Solidaritätsbewegung für alle in Westberlin verfolgten und verhafteten Friedenskämpfer zu entfalten, sowie die Verhandlungen des Grosscourthausausschusses zum 15.8.1951 und gegen den faschistischen Mörder Zunker zu popularisieren. In den Westsektoren ist es notwendig, die vorhandenen Möglichkeiten im Kampf gegen die amerikanischen Imperialisten und ihre Handlanger und Agenten weitgehendst für den Kampf für den Frieden und die Einheit auszunutzen.

Durch die Überprüfung wurde festgestellt, dass es in einzelnen Kreisen der Westsektoren dem Klassenfeind und den Agenten des amerikanischen Imperialismus gelungen war, in die Reihen der Partei einzudringen und Teile der Parteiorganisation vorübergehend lahmzulegen, wie das besonders im Tiergarten der Fall war. Einige dieser Agenten konnten durch die Überprüfung entlarvt und aus der Partei ausgeschlossen werden. Die Ursachen sind zu suchen im Mangel an revolutionärer Wachsamkeit gegenüber den verschiedensten Formen und Versuchen des Klassenfeindes, die Kampffähigkeit der Partei zu schwächen. Diesen Versuchen sind die Parteiorganisationen in den Westsektoren besonders ausgesetzt.

Mit der Überprüfung der Parteimitglieder und Kandidaten ist der Kampf gegen Parteifeinde und Agenten des amerikanischen Imperialismus, die versuchen, in unsere Reihen einzudringen, nicht abgeschlossen. Die Kreisleitungen müssen es verstehen, die Mitgliedschaft zur revolutionären Wachsamkeit und Unversöhnlichkeit gegenüber allen Versuchen, von der Generallinie der Partei abzuweichen, zu erziehen.

Einschätzung der Rolle der Partei und der Massenorganisationen in Westberlin. - In welchen Formen und Methoden vollzieht sich die Arbeit in Westberlin.

Angesichts der angespannten Lage in Berlin, wo das unmittelbare Aufeinanderstoßen der beiden Lager im Gebiete der Stadt besonders komplizierte Bedingungen für den Kampf um den Frieden und die Einheit Deutschlands schafft, angesichts der Fülle der Aufgaben, die sich aus dieser Lage ergeben, besteht im besonderen Maße die Notwendigkeit, die Schwerpunkte unserer Politik im Auge zu behalten und der Gefahr des Praktisismus zu begegnen. Durch die Absicht der Kriegstreiber, Westberlin zum Provokationsherd des amerikanischen Krieges zu machen, wird Berlin zu einem Brennpunkt des ideologischen Kampfes. Es ist deshalb von besonderer Bedeutung, in den Parteiorganisationen Westberlins eine völlige ideologische Klarheit zu schaffen, um unseren Genossen die Perspektive des Sieges zu geben - die wissenschaftliche Erkenntnis, daß unsere Sache auf festem Boden steht.

Die Überprüfung hat ohne Zweifel die berliner Parteiorganisation ideologisch, politisch und organisatorisch gefestigt, ihre Einheit auf eine höhere Stufe gehoben und ihre Kampffähigkeit gestärkt.

Die während der Überprüfung aufgetretenen ideologischen Unklarheiten zeigten sich besonders in den Fragen der Aktionseinheit und des nationalen Kampfes. Ein Beispiel dafür ist, daß von den eingegangenen Selbstverpflichtungen nur 15% sich auf die Herstellung der Aktionseinheit beziehen.

Durch die Parteiüberprüfung und durch das Parteilehrjahr hat sich die Kampffähigkeit der Parteiorganisation in den Westsektoren Berlins erhöht. Die Isolierung wurde an einigen Stellen durchbrochen. Das zeigt durch die Aufgeschlossenheit der werktätigen Bevölkerung Westberlins, die ständig wächst. Sie wird einerseits gefördert durch den täglich sichtbarer werdenden wirtschaftlichen Ruin in Westberlin (400 000 Arbeitslose) andererseits durch die beachtlichen Erfolge in der DDR und des demokratischen Sektor von Berlin, die ausstrahlen und der Bevölkerung Westberlins zu denken geben (vorfristige Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1951, Fünfjahrplan als Gesetz angenommen.) Die Parteiorganisation in Westberlin hat es bisher aber noch nicht verstanden, die Aufgeschlossenheit bei dem überwiegenden Teil der Bevölkerung, die sie unsern Argumenten gegenüber zeigt sowie die ständig wachsende Unzufriedenheit mit der Politik Reuters und die Sorgen und Nöte der Bevölkerung, insbesondere der Arbeiter, eingehend zu untersuchen. Ein wichtiges Moment, was von unseren Parteiorganisationen und ihren Leitungen nicht immer beachtet wurde, ist die Einschätzung der Stärke des Gegners; denn nur die genaue Kenntnis über die Stärke, die Gruppierung und die daraus entstehende Kampffähigkeit des Gegners befähigt uns, das eigene Kräfteverhältnis richtig einzuschätzen. Die Parteiorganisation hat es nicht verstanden, sich der Massenorganisationen als Transmissionen zu bedienen. Somit stehen die Parteiorganisationen in den Wohngebieten oder volkseigenen Betriebe in Westberlin nicht immer an der Spitze der sich entwickelnden Bewegung der Massen, sondern hinken oftmals hinter den Massen her, weichen zurück und lassen es so an Kühnheit und Entschlossenheit fehlen.

Die Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit hält somit noch nicht Schritt mit der Aufgeschlossenheit und Bereitschaft Westberliner Bevölkerung und trägt noch zu stark den Charakter abgeschlossener Kampagnen.

Auch durch Überprüfung wurde diese Schwäche nicht überwunden. Das Vorhandensein von ca. 140 Volksbefragungsausschüssen in Westberlin, die sich vorwiegend aus Parteilosen zusammensetzten und die von unseren Genossen bei der Kampagne zur Volksbefragung gemachten Erfahrungen haben gezeigt, welche Erfolge erzielt werden können, wenn konkrete Aufgaben und Anleitungen für die verschiedenen Massenorganisationen differenziert erfolgen.

Kritik und Selbstkritik sind auch in der Parteiorganisation in Westberlin noch nicht zum ständigen Mittel zur Überprüfung und Verbesserung der Arbeit geworden. Die Kritik an der Arbeit der leitenden Parteiorgane ist schwach entwickelt, wo sie erfolgt, wird sie nicht immer beachtet oder gar erstickt. Die Überprüfung hat geholfen, diese ideologischen Schwächen z.T. zu überwinden.

Die soziale Zusammensetzung der Parteiorganisation.

Die schlechte soziale Zusammensetzung der Parteiorganisation findet zum Teil ihre Ursache darin, daß die politische Erziehungsarbeit unter den Arbeitern vernachlässigt wurde. Die Ursachen des Absinken des Arbeiteranteils sind zu suchen

1. in der im Verlauf der Überprüfung festgestellten fehlerhaften Organisationsstatistik,
2. in dem verhältnismäßig großen Anteil von Arbeitern, die im Verlauf der Überprüfung ausgetreten sind oder die Überprüfung verweigerten. Hier tragen die Parteileitungen einen großen Teil Verantwortung, die es nicht verstanden haben, durch Erteilung von Parteaufträgen und ideologische Erziehung der Mitgliedschaft sektiererische und opportunistische Tendenzen zu überwinden. Auch die Landesleitung hat diesen Fragen nicht rechtzeitig Beachtung geschenkt.

Der Zustand und die Arbeit der Partei.

Im Verlauf der Überprüfung trat in den einzelnen Parteiorganisationen besonders stark der Sozialdemokratismus in Organisationsfragen zutage, der sich ausdrückte in Unkenntnis des Beschlusses "auf neue Weise arbeiten und leiten", in dem Vorhandensein von sogenannten Gruppenköpfen und Einmann-Leitungen und Nichterkennen der Bedeutung der Betriebsparteiorganisationen.

Die Agitationsarbeit wird von den Parteileitungen noch unterschätzt. Der Beschluß des Politbüros vom 12.2.51 zur Verbesserung der Agitationsarbeit ist noch nicht in allen Punkten verwirklicht. Es ist notwendig, daß die Parteiorganisationen selbstkritisch eine Überprüfung ihrer geleisteten Agitationsarbeit vornehmen.

Zur Lage der Partei in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben.

Die Betriebe der Reichsbahn (der Verkehr, RAW und Bfe) sind ein entscheidender Faktor in der Kampffähigkeit unserer Partei in Westberlin. Trotz der ständigen Provokationen durch die Stumm-polizei und die Beeinflussung durch die imperialistischen Ideologien ist eine immer stärker werdende Bereitschaft der dortigen Kollegen, um den Frieden zu kämpfen, sichtbar. Dies kommt besonders im Bf Anhalter Bahnhof und RAW Tempelhof zum Ausdruck. Dort besteht ein Beschluß der Parteiorganisation, daß jeder Genosse täglich mit ein bis zwei Parteilosen über die Lage der Partei und die wichtigsten Tagesfragen diskutiert. Die Durchführung und planmäßige

Kontrolle dieses Beschlusses wurde erreicht. Dort beteiligt sich die gesamte Belegschaft aktiv am Friedenskampf (z.B. Flugblattaktion, Sichtwerbung), dort besteht eine gute Anleitung der Genossen durch die Parteileitung, so daß es dort eine Betriebsgruppe der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, eine FDJ-Gruppe und ein Friedenskomitee gibt. Bedeutungsvoll für den Stand der Massenarbeit ist der Abschluß der Betriebskollektivverträge und die Selbstverpflichtungen der Parteilosen anlässlich der Weltfestspiele und zu anderen wichtigen politischen Ereignissen. Besonders zeigt folgendes Beispiel die Anfänge der Aktionseinheit unter der Arbeiterklasse:

Anlässlich des Abschlusses des Betriebskollektivvertrages im RAW Tempelhof wurde der Betriebskollektivvertrag von 90 Delegierten angenommen, zwei Kollegen enthielten sich der Stimme. Anschließend an diese Abstimmung fand eine Belegschaftsversammlung im Werk statt. Diese Feier wurde durch das Eindringen der Stummpolizei gestört. Die Stummpolizisten forderten den Werkleiter auf, die Veranstaltung sofort abbrechen. Die Erregung der Kollegen nahm solche Formen an, daß der Inspektionsleiter um freien Abzug der Stummpolizisten bat, so daß es ihm nicht gelang, die Verhaftung des Werkleiters vorzunehmen. Als die Stupos das Werk verlassen hatten, wurde die Versammlung ordnungsgemäß beendet. Im RAW Grunewald erreichte es unsere Betriebsparteiorganisation, zum Abschluß des Betriebskollektivvertrages eine Sammlung unter der Belegschaft für die streikenden hessischen Metallarbeiter durchzuführen. An diesen Beispielen zeigt sich, wie man die Beschlüsse über die Herstellung der Aktionseinheit in die Praxis umsetzen kann. Die Erfolge sind weiterhin darauf zurückzuführen, daß die Parteiorganisationen eine starke Anleitung durch die Kreisleitung und durch die zentrale Parteiorganisation der Reichsbahn erhalten. Auf den kleineren Dienststellen und Bahnhöfen sind Ansatzpunkte guter politischer Arbeit zu verzeichnen. Teilweise sind diese kleinen Parteiorganisationen auch zu schwach entwickelt, so daß sie hinter der Aufgeschlossenheit der Parteilosen herhinken und dadurch eine falsche Politik betrieben wird. Z.B. wurden beim Abschluß des Rahmenkollektivvertrages auf dem Bahnhof Schönholz alle Genossen und FDGB-Kollegen in die Leistungsstufen, die Parteilosen und DGB-Kollegen in die Grundstufe eingruppiert. Durch diese falschen Maßnahmen wurden gute Anknüpfungspunkte zur Herstellung der Aktionseinheit zerschlagen. Hier wird ganz deutlich ersichtlich, daß die Anleitung durch die Kreisleitung und zentrale Betriebsparteiorganisation fehlt, resultierend aus der Unterschätzung der bedeutenden Rolle der Betriebsparteiorganisation für das politische Leben in Westberlin. Diese mangelhafte Anleitung wirkt sich auch auf den ideologischen Zustand der Genossen in den Parteiorganisationen aus. Allgemein ist festzustellen, durch den schlechten Besuch des Parteilehrjahres, durch ungenügendes Lesen der Parteipresse und unserer Literatur, daß das die Ursachen mit sind für die ungenügende Massenarbeit. Die Genossen weichen zurück, sind ideologisch unsicher und treten somit nicht kämpferisch den Argumenten des Gegners gegenüber. Ein Beispiel ihrer Unklarheit zeigt sich bei den Genossen in den Dienststellen im Kreis Tiergarten, die sich in Diskussionen einließen über die 70% Auszahlung der Gehälter in Westmark durch die RBD Berlin, oder daß im BW Grunewald der stellvertretende Vorsitzende in die NF als Mitglied aufgenommen werden will und nach der Höhe der Beiträge fragt. Der mangelhafte ideologische Zustand, die ungenügende Anleitung und die Unterschätzung der Bedeutung dieser entscheidenden Stützpunkte der Massenarbeit unter der Arbeiterklasse sind die Hauptursachen für die mangelhafte Herstellung der Aktionseinheit.

- 4 -

nisation nicht zur vollen Entfaltung kommen. Besonders zeigte sich das bei der Volksbefragung, wo trotz schlechter Vorbereitung z.B. in den Eisenbahnbetrieben des Kreises Tiergarten 80% der Kollegen mit Ja stimmten. Nach der Abtsimmung wurde die Diskussion aber nicht fortgeführt. Sie wurde nicht gefestigt und systematisch erweitert, trotzdem zeigt es die Aufgeschlossenheit der Kollegen, daß Parteilose und dem DGB nahestehende Kollegen sich an der Volksbefragung beteiligten.

In den Privatbetrieben

Besonders stark zeigt sich das Zurückweichen unserer Genossen in den Konzern- und Privatbetrieben der Westsektoren. Die Parteiorganisation hat es nicht verstanden, ihre Positionen und ihren Einfluß zu festigen und auszubauen. Der mangelnde Einfluß und die Kampffähigkeit unserer Genossen in diesen Betrieben zeigt sich besonders darin, daß, nachdem die Partei ihre Tore für die Arbeiter der Betriebe in den Westsektoren geöffnet hatte, bisher nur wenige Kandidaten für die Partei gewonnen wurden.

Die Kreisorganisationen konzentrieren das Schwergewicht nicht immer auf diese Betriebe. Die Teilerfolge stehen in keinem Verhältnis zu den objektiv günstigen Bedingungen zur Mobilisierung der Betriebsarbeiterschaft der Westsektoren gegen die Rüstungsproduktion und ständige Verschlechterung der Lebenslage durch die verbrecherische Reuterpolitik.

Das Vertrauen zur DGB-Führung ist bereits stark erschüttert. Unsere Genossen haben es noch nicht verstanden, in Verwirklichung des Beschlusses der 6. Tagung des ZK über die Lehren aus der Volksbefragung und die Aufgaben für die berliner Parteiorganisation, durch die Arbeit im DGB die verräterische Politik der DGB-Führung zu entlarven und gemeinsame Aktionen mit den DGB-Kollegen auszulösen. So ist z.B. in dem Betrieb Orenstein & Koppel, Kreis Spandau, ein Parteiloser, der ständig den Kontakt mit dem Kreissekretariat der Partei aufrecht erhält.

Die mangelhafte Arbeit unserer Genossen ist zurückzuführen auf die mangelnde Kenntnis unserer Beschüsse, auf die ideologischen Unklarheiten in der nationalen Frage. Bündnispolitik und Aktionseinheit und nicht zuletzt der materielle Druck (Verlust des Arbeitsplatzes) veranlaßt sie zum Zurückweichen. Ein treffendes Beispiel zeigt uns die Arbeit der Betriebsparteiorganisation Turbine, Kreis Tiergarten. Von 40 Mitgliedern unserer Partei waren 5 Genosse aktiv tätig. Die politischen Erfolge ihrer Arbeit drücken sich aus:

1. in dem gemeinsamen Vorgehen bei den Betriebsrätewahlen mit den DGB-Kollegen,
2. durch den durchgeführten 5-Minuten-Sitzstreik, der sich gegen die Zerschlagung der VAB-West richtete,
3. die breite Entfaltung einer Diskussion über die Bedeutung der Weltfestspiele was zu Vorbestellungen für die Karten zu allen Veranstaltungen führte.

Der Konzernleitung gefährlich geworden, schaltete sie diese aktiven Genossen durch besondere Maßnahmen (Verhaftung, Massregelung und Beurlaubung) aus. In diesem entscheidenden Moment wichen die dort verbliebenen Genossen zurück und traten nicht kämpferisch auf, so daß es der Konzernleitung gelang, über die DGB-Betriebsräte

Erarbeitung konkreter Aufgabenstellung zusammengefaßt werden.

Zur Arbeit der Partei in den Verwaltungen, Wirtschaftsorganen und Kommunalpolitik.

Von der Arbeit unserer Partei auf kommunalpolitischem Gebiet ist in Westberlin sehr wenig zu merken. Ihre Arbeit ist noch sporadisch und nicht nach Schwerpunkten aufgegliedert. In einem einzigen Kreis (Charlottenburg) besteht eine arbeitsfähige Kommunalkommission aus 12 Personen, die regelmäßig einmal im Monat zusammentritt und ihre Aufgaben festlegt.

Die Ergebnisse aus der volksfeindlichen Bezirksverordnetenversammlung werden in den Agitationsmaterialien des Kreises bearbeitet und den Grundorganisationen zugleitet. In Aussprachen mit Parteilosen wird dieses Material diskutiert, entsprechende Anträge formuliert und der Bezirksverordnetenversammlung vorgelegt. Dadurch wird erreicht, daß einzelne, besonders wichtige politische Probleme öffentlich diskutiert werden. Diese Maßnahmen sind aber noch völlig unzureichend, um breiteste Kreise zum Kampf gegen den Reuter-Magistrat zu gewinnen.

Zur Arbeit der Parteiorganisation an den Schulen und Hochschulen.

Die Bereitschaft vieler Lehrer an den Schulen der Westsektoren zur Erhaltung des Einheitsschulgesetzes und zur Beseitigung der oft katastrophalen Zustände an diesen Schulen ist von den Genossen Eltern nur in einigen Fällen mit Erfolg ausgenutzt worden. Z.B. in Neukölln ist die Zahl der Genossen Eltern, die in den Schulen als Klassenvertreter gewählt wurden, von 12 aus dem Vorjahr auf 33 gestiegen. Eine in der Elternausschuß-Sitzung der 25. Schule durchgeführte Volksbefragung brachte das Ergebnis von 30 Ja-Stimmen ein. In fast allen anderen Westkreisen ist eine deutliche Unterschätzung dieser wichtigen politischen Aufgabe zu verzeichnen. Wenn in Spandau von 300 eingeladenen Genossen nur 18 erscheinen, hat man zur Entwicklung der Kampffähigkeit der Parteiorganisation seitens der Kreisleitung dem Schulproblem wenig Beachtung geschenkt. Noch gefährlicher ist die opportunistische Auffassung in Steglitz, wonach man wegen 20 Genossen Eltern nicht 300 Mitglieder der Partei mit dem Schulproblem belasten will. Auch in Tiergarten hat es die Kreisleitung nicht verstanden, die objektiv vorhandenen Möglichkeiten mit SPD- und parteilosen Eltern unseren Genossen trotz regelmäßiger Zusammenfassung verständlich zu machen. Das gleiche ist im Kreise Reinickendorf, Wedding, Wilmersdorf, Charlottenburg und Schöneberg der Fall. Die Verbindung zu den fortschrittlichen Lehrern ist ungenügend aufgenommen und ausgebaut worden. Die Kampfkraft unserer Genossen und Parteilosen reicht nicht aus, entscheidend die organisatorischen Machenschaften der rechten SPD-Führer und CDU-Leute vor der Elternschaft aufzuzeigen und sich durchzusetzen. Eine Massenarbeit auf dem Gebiet "Anwendung der fortschrittlichen Methoden der Einheitsschule im demokratischen Sektor" wurde bis auf Neukölln und Kreuzberg nirgends entfaltet. Es ist notwendig, daß die bestehenden Zirkel erhalten und ausgebaut werden müssen: dabei muß die Patenschaft auf fortschrittliche Lehrer ausgedehnt werden. Die Kreisleitungen müssen die Verbindung zu unseren gewählten Genossen Elternvertreter enger gestalten, sie mit Aufgaben betrauen, diese durch Berichte kontrollieren und so ständig den Einfluß an der Schule vertiefen. Gemeinsame Schulbesuche im demokratischen Sektor führen zur Verbesserung der Massenarbeit in den Schulen. Ebenso sind Betriebsführungen in den volkseigenen Betrieben für die zur Entlassung kommenden Schüler zu organisieren.

Zur Arbeit der Partei in den Wohnorganisationen.

Zweifelloos haben eine Reihe von Wohnorganisationen da, wo arbeitsfähige Leistungen vorhanden sind, eine gute Massenarbeit in ihrem Wohngebiet geleistet. Das spiegelt sich besonders in der Anzahl der gebildeten Friedenskomitees und Volksbefragungsausschüssen wider, in der guten Arbeit unserer Genossen in einigen Kleingärtnervereinen, wo sich das erworbene Vertrauen besonders bei den Wahlen zu den Bezirkskonferenzen zeigte.

In den Westsektoren konzentrierten unsere Wohnorganisationen in seltenen Fällen ihre Arbeit auf die in ihrem Wohngebiet liegenden Betriebe. Durch die Überprüfung wurde festgestellt, daß in einer Reihe von Wohnorganisationen überhaupt keine Leitungen bestehen oder daß mehrere Wohnorganisationen eine Leitung haben. Durch Heranziehung neuer Kader und Übernahme entsprechender Verpflichtungen wurde dazu beigetragen, zum großen Teil die Schwächen zu überwinden.

Durch die Parteiüberprüfung der Mitglieder und Kandidaten und durch das Parteilehrjahr ist es der Partei in den Westsektoren gelungen, mehr Genossen zur aktiven Arbeit heranzuziehen. Beispielhaft war die Grundorganisation in Lichterfelde-Ost II, wo es der Sekretär verstand, 90% der Mitglieder zu aktivieren. Diese Grundorganisation führte eine systematische Befragung in allen Häusern ihres Wohngebietes durch und hatte dadurch gute Ergebnisse in der Volksbefragung zu verzeichnen.

Durch Verteilung von Flugblattmaterialien und Broschüren und durch eine offensive Diskussion in der Volksbefragung gelang es, viele Parteilose für die Arbeit in den Volksbefragungsausschüssen zu gewinnen.

Die Parteileitungen sind zu einem großen Teil noch nicht soweit entwickelt, daß sie verstehen, ausgehend von den örtlichen Verhältnissen, die Politik unserer Partei richtig anzuwenden. Die systematische und organisatorische Bearbeitung der Bevölkerung in den Wohngebieten und Betrieben ist davon abhängig, inwieweit es die zuständige Parteiorganisation durch ihre eigene Leitung versteht, eine enge Verbindung zur Bevölkerung herzustellen. Der Mangel besteht darin, daß ideologische Schwächen in den Parteileitungen sind und in ihrer Arbeit sektiererische Tendenzen auftreten. Im gegenwärtigen Zustand besteht ein offensichtlicher Widerspruch zwischen der Aktivität eines Teiles der westberliner Parteiorganisation und der vorhandenen Fähigkeit der einzelnen Parteileitungen. Die vorhandene Aktivität auf alle Genossen auszuweiten, ist die Aufgabe aller Parteileitungen.

Grundlage der Verbesserung der Arbeit der Grundorganisationen unserer Partei ist, daß sich die Kreisleitungen ersnthaft mit den einzelnen Leitungsmitgliedern der Grundorganisationen beschäftigen, sie besser als bisher beraten und anleiten.

Zur Arbeit der Parteimitglieder in den Massenorganisationen (FDGB, FDJ, Ges.f.Deutsch-Sowjetische Freundschaft, DFD, Konsum).

Unsere Parteiorganisationen in den Westsektoren Berlins nutzen die legalen Möglichkeiten, die sich durch Mitgliedschaft in den Organisationen der Westsektoren (DGB, Kleingärtnervereine, Konsum, Sportvereine, Jugendorganisationen, Frauenorganisationen) bieten, nicht genügend aus. Da, wo die Mitglieder sind, fühlen sie sich

- 8 -

der Politik der Partei auf dem Gebiet der Massenarbeit einzusetzen. Diese Schwächen zeigen sich besonders bei der Arbeit unter den Erwerbslosen. Trotz anfänglich bildender Aktionsfähigkeit der Erwerbslosenausschüsse durch Erwerbslosenversammlungen und Konferenzen ist es nicht gelungen, die Erwerbslosenausschüsse durch Heranziehung von Parteilosen, SPD- und DGB-Kollegen zu erweitern und eine breite Erwerbslosenbewegung, die zur Aktionseinheit führt, auszulösen.

F D G B .

Die Gewerkschaftsarbeit wird in Westberlin von hauptamtlichen Funktionären durchgeführt. Im Kreis Neukölln und Tiergarten ist auf Grund einer guten Anleitung durch die Parteisekretariate eine erfolgreiche Arbeit unserer Genossen zu verzeichnen, weil die Leiter der BA's regelmäßig an den Sekretariatsitzungen des Kreises teilnehmen und dadurch in die Lage versetzt werden, die Genossen IG-Sekretäre richtig anzuleiten. Durch diese systematische Arbeit, die es in diesen Kreisen gibt, wurden bestimmte Schwerpunktarbeiten durchgeführt z.B. Betriebsrätewahlen, Protestaktionen, Lohn- und Streikbewegungen, die nicht isoliert von den Gewerkschaftssekretären der IG's durchgeführt, sondern von dem gesamten BA mit allen verfügbaren Kräften entwickelt werden (AEG-Turbine, Telefunken, - Flugblattaktion Neukölln - Nordkabel-Registrierkassen und Gaubshat).

Nicht überall ist eine kollektive Arbeit zwischen den Parteiorganisationen und den FDGB-Mitgliedern zu verzeichnen. Die Parteiorganisationen der Bezirksausschüsse tagen nicht regelmäßig, sie bedienen sich nicht der Beschlüsse der Partei und Gewerkschaften als Grundlage für die konkrete Aufgabe in ihren Bezirken.

Ein besonderer Mangel ist die schlechte Anleitung durch die Berliner Vorstände der IG's und Gewerkschaften für die westberliner Arbeit. Dazu berichtet das Kreissekretariat Neukölln: In den letzten 2 Jahren wurde nur zweimal ein Referent der IG Metall entsandt. Bis jetzt hat sich in der Sitzung der Bezirksgewerkschaftsleitung IG Metall Neukölln vom Bundesvorstand niemand sehen lassen.

Der ideologische Zustand und das sektiererische Verhalten unserer Genossen in der Gewerkschaftsarbeit und in den Betrieben zeigt sich an folgendem Beispiel:

Im Kreis Wilmersdorf ist die FDGB-Leitung schwach. Der BA-Vorsitzende, Genosse R. Schirmer, mußte für den Genossen R. Ballenthin einspringen, da dieser zur Landesschule delegiert wurde. Der Genosse Schirmer, der keine Parteischule besucht hat, noch nie an einer Gewerkschaftsschulung teilgenommen hat, bekleidet diese Funktion bereits über ein 3/4 Jahr. Obwohl dem Vorstand diese Provisorien bekannt sind, hat er keine Veränderung vorgenommen. Der Genosse Schirmer ist nicht in der Lage, die Anleitung vom Kreis zu verwerten und die Aufgaben durchzuführen, da er politisch zu schwach ist. Die Abendschulung vom FDGB erfolgt schematisch und hat zu wenig Erfolg.

Die Gewerkschaftsarbeit in den Reichsbahnbetrieben ist ein grosses Teil besser. jedoch kann sie nicht befriedigen, da sich die IG Eisenbahn nicht genügend um die Gewerkschaftsarbeit bei der

- 9 -

Reichsbahn kümmert. Ein Beispiel dafür ist, daß in diesen Betrieben Beitragsrückstände bis zu einem Jahr und länger zu verzeichnen sind. Auf dem Bahnhof Wannsee weigerte sich der Genosse Engler, die "Tribüne" im Betrieb zu verkaufen.

In den Betrieben, wo die Genossen gute Gewerkschaftsarbeit

. die folgende Seite fehlt!

wurde im Kreissekretariat ein konkreter Plan mit den Genossen im FDGB und Erwerbslosenausschuß ausgearbeitet. Dadurch konnte auf dem Nachweis in der Sonnenallee der Erfolg verbucht werden, daß dort eine Aktion durchgeführt wurde, in der 10 Minuten lang in einer Versammlung ein Genosse zu den Erwerbslosen sprechen konnte, dort wurden auch Delegierte gewählt, die zum Erwerbslosenausschuß gingen und die Forderung dort stellten auf Abhaltung gemeinsamer Versammlungen und Besprechungen, Durchsetzung der Forderung von Kohlen und Bekleidung. Die Patenschaftsarbeit wird in der Einschätzung der Kreise nicht genannt.

Die Erwerbslosenkonferenz, die der sichtbare Ausdruck der verstärkten Arbeit unter den Erwerbslosen in Westberlin ist, erfaßte nahezu 4000 Delegierte.

Bemerkenswert ist, daß westberliner Betriebe, wie AEG-Turbine, Humboldt-Mühle, Siemens-Spandau durch Delegationen vertreten waren.

In der einstimmig angenommenen EntschlieÙung brachten die Erwerbslosen ihre Unzufriedenheit und ihren Kampfwillen gegen die weitere Verelendung, die durch die Fortführung der Remilitarisierungsmaßnahmen entsteht und gegen die Spaltung Berlins zum Ausdruck. Die Parteiaorganisationen in den Betrieben und Wohngebieten Westberlins haben in den vergangenen Wochen nicht immer mit genügendem Nachdruck alle Vorgänge an den Erwerbslosennachweisen beachtet. Durch die Festigung aller Organe der Erwerbslosen- und Fachnachausschüsse, durch die Ausbreitung der Diskussionen an den Stempelstellen, durch Schaffung von Vertrauensleuten an allen Notbaustellen muß die Verbindung zu den westberliner Werktätigen gefestigt werden.

Die Parteileitung kann sich nicht den Vorwurf ersparen, in der Auswertung der Erwerbslosenkonferenz nicht die notwendige Aktivität angewandt zu haben.

Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft.

Die Gesellschaft zählt auf Grund des schnellen Mitgliederzuwachses gegenwärtig in Westberlin 12 100 Mitglieder, davon 70% Genossen. Die Mitgliederversammlungen finden in den Wohnungen einzelner Mitglieder und im Bezirksmaßstab zum Teil im demokratischen Sektor statt. Ihr Besuch ist noch schwach. Die Genossen in der Gesellschaft verstehen es noch nicht, die vielen Parteilosen zur Mitarbeit heranzuziehen. Sie kommen deshalb auch zu der Schlußfolgerung, daß der Funktionärmangel auf die überstarke Überalterung zurückzuführen ist. So schreibt z.B. Kreis Kreuzberg in seiner Analyse: "Ges.f. Deutsch-Sowjetische Freundschaft: Mitglieder 1200, davon 75% Genossen, 25% Parteilose. Die Mitgliederzahl ist zum großen Teil überaltert und materielle sehr schlecht gestellt. Etwa 20-25 Genossen nehmen aktiv am Organisationsleben der Gesellschaft teil. Im Anhalter Bahnhof besteht eine Betriebsgruppe der Gesellschaft, die auch eine Abendschule führt. Durch die Überprüfung wurden sei-

tens der Genossen Selbstverpflichtungen übernommen, Parteilose für die Gesellschaft zu werben. Diese Feststellungen treffen zum großen Teil auch für die übrigen Kreise zu.

Die Gesellschaft wird von vielen Mitgliedern noch als ein Kulturverein angesehen, deshalb ist auch nur z.T. ein politisches Leben vorhanden. Der Kampf gegen die Antisowjethetze wird nicht genügend kämpferisch geführt und entfaltet. Ideologische Schwächen unserer Genossen zeigen sich darin, daß bei einem Teil der Genossen die Tendenz auftritt, warum soll ich in die Gesellschaft eintreten, wenn ich schon in der Partei bin. Diese Genossen erkennen nicht, daß ihr Beitritt zur Gesellschaft auch gleichzeitig Überzeugungsarbeit für die parteilosen Mitglieder und Werbung neuer Mitglieder für die Ges.f. Deutsch-Sowjetische Freundschaft bedeutet. In einigen Bezirken Westberlins hat die Gesellschaft ihr Büro gleichzeitig als Bibliothek ausgebaut, wird aber ungenügend popularisiert und deshalb von den wenigsten benutzt. Es ist notwendig, daß die Landesleitung der Gesellschaft dafür Sorge trägt, daß eine bessere Anleitung und Hilfe in der Aufgabenstellung gegeben wird. Der organisatorische Aufbau muß schnellstens verbessert werden, daß vor allem durch Heranziehung parteiloser Kader als Funktionäre eine breite Massenarbeit entfaltet werden kann.

Die Genossen in der Gesellschaft müssen mehr als bisher als ihre wichtigste Aufgabe den Kampf gegen die Antisowjethetze betrachten. Die Forderung: Von der Sowjetunion lernen - heißt siegen lernen, wird dadurch verwirklicht werden.

Freie Deutsche Jugend.

Es kommt immer noch vor, daß junge Genossen, soweit sie in der FDJ arbeiten, sehen die führende Rolle der Partei meist nur darin, daß sie zur Partei kommen, wenn sie materielle Unterstützung brauchen oder Schwierigkeiten haben, bei deren Überwindung die Partei helfen soll. Andererseits beschränkt sich die Parteiorganisation in den Kreisen in ihrer Anleitung vielfach darauf, daß der 1. Kreissekretär der FDJ Mitglied des Kreissekretariats der Partei ist und dort die Beschlüsse bekommt, die er in der FDJ zu verwirklichen hat. Durch die mangelhafte Führung unserer Genossen in der Partei sperren sich unsere Genossen in der FDJ vielfach gegen die Anleitung durch die Partei, sie vertreten die Meinung, daß ihnen der Landesverband der FDJ die Aufgaben stellt. Ein Beispiel dafür ist die Analyse des Landesverbandes. Aus dem Kreis Spandau wird berichtet: Zur Zusammenarbeit mit der Partei muß man feststellen, daß die FDJ nicht die nötige Anleitung bekommt.

Der 2. Sekretär wird oft von der Partei mit anderen Aufgaben belastet. Ebenfalls werden die Sekretäre häufig am Tage von der Partei zu Agitationseinsätzen herangezogen, worunter die Arbeit der FDJ leidet. Weiter wird darin geäußert, daß die Anleitung durch die Partei mangelhaft ist, es muß jedoch festgestellt werden, daß bei den Mitgliedern unserer Partei in der FDJ die Kritik und Selbstkritik noch immer schwach entwickelt ist. Sie sind wenig geneigt, die Vorschläge und Anregungen zur Verbesserung der Arbeit anzunehmen und noch weniger geneigt, Einsätze, die neutral durch die Partei bzw. durch die NF. (Nationale Front) gelenkt werden, durchzuführen. Sie lieben es, nur das zu tun, was ihnen durch den Landesverband gesagt wird. Dazu muß gesagt werden, daß die Organisationsarbeit unserer Partei den Genossen der FDJ in ihrer Organisationsarbeit so gut wie garnicht helfen, andererseits nehmen die Genossen die aktive FDJ-Arbeit durchzuführen, kaum am Parteilieben teil. So kommt es, daß die Teilnahme der jugendlichen Genos-

sen an den Mitgliederversammlungen und am Parteilehrjahr ungenügend ist. Das Schuljahr der FDJ wird im allgemeinen sehr mangelhaft durchgeführt. Sie begründen ihre Abneigung zum Parteilehrjahr damit daß in den Zirkeln unserer Partei in Westberlin eine starke Überalterung vorhanden ist und sie sich unter diesen Genossen nicht wohl fühlen. Hier haben es unsere alten Genossen noch nicht verstanden, aus dem Schatz ihrer reichen Erfahrungen in der Arbeiterbewegung so zu schöpfen, daß sie einen engen Kontakt mit den jungen Genossen in den Mitgliederversammlungen und im Parteilehrjahr herstellt haben.

Zum FDJ-Schuljahr:

Im Wedding bestehen jetzt 26 Zirkel, dazu stellt die Partei 4 Kreis-Seminarlehrer, so daß hier eine systematische Schulung erfolgen kann. Ein großer Teil unserer Genossen hat das bei der Überprüfung in den Kreisen erkannt und entsprechende Beschlüsse gefaßt.

Die Vorbereitung und Durchführung der Weltfestspiele der Jugend und Studenten für den Frieden sowie die Ferienlageraktion, unterstützt durch die Partei, brachte der FDJ in Westberlin erstmalig breitere Kreise nichtorganisierte Jugendliche und Jugendliche unserer Organisation heran. So konnte der Verband die Isolierung durchbrechen und neue Mitglieder werben.

Im Wedding, wo 1000 Jugendliche an der Ferienlageraktion teilnahmen, wurden 180 Mitglieder für die FDJ geworben, der Pionierverband in Reinickendorf gewann 60. Das Stalin-Aufgebot, dessen Durchführung durch die Partei kontrolliert wurde, hat der FDJ wesentlich geholfen, um eine planmäßige Arbeit zu leisten. In der weiteren Entwicklung zeigt sich aber, daß fast in allen Kreisen nicht beharrlich und ausdauernd diese Erfolge ausgewertet wurden. Die Heimabende entsprechen nicht immer den Interessen der Jugend, die sind nicht genügend aufgelockert. Unsere Genossen haben nicht verstanden, die Erfahrungen der Weltfestspiele für die Entwicklung eines Jugendlebens durch Lieder, Tänze und Sport anzuwenden, im Gegenteil, unsere Genossen FDJ'ler haben oft eine sektiererische Einstellung, wie wir es sonst nur bei alten Genossen unserer Partei finden.

Sie haben größtenteils durch Schulbesuch ein theoretisches Wissen, welches von ihnen formal angewandt wird. Sie finden dabei nicht einmal die Sprache der Jugendfreunde und ihre Behandlung wird eine überhebliche.

Die Zusammenarbeit mit anderen Jugendorganisationen ist gering. In Charlottenburg gibt es z.B. gute Ansätze einer Zusammenarbeit mit den Falken. Im Kreisverband Wedding besteht eine Verbindung zu den Pfadfinderorganisationen. Die politische Arbeit der FDJ erfolgt zumeist kampagnemäßig, spontan, so daß sie die bereits begonnenen Arbeiten nicht fortsetzen und mit den neuen Aufgaben verbinden. Hier fehlt die planmäßige Anleitung durch die Partei. Die gleichen Fehler und Schwächen bei der Anleitung unserer Genossen Funktionäre der FDJ finden wir in der Anleitung unserer Genossen Funktionäre in der Pionierarbeit.

Die Auswahl der Pionierleiter ist schlecht, ihre Fähigkeiten in pädagogischer Hinsicht reichen zumeist nicht aus, um die Pionierarbeit besser vorwärts zu entwickeln. So ist es nicht verwunderlich, daß die Kreise in ihrer Analyse zum großen Teil nicht auf die Pionierarbeit in ihrem Kreise eingehen.

Im Kreis Wedding zeigte sich nach der Neubesetzung der Pionierabteilung ein Aufschwung in der Arbeit. Der 160 Mitglieder zählende Kreisverband Wedding hat 13 Pionierabteilungen, die die Durchführung der

Volksbefragung unter Teilnahme der 12-14jährigen Pioniere bis jetzt 1000 berliner Bürger befragt. Ein Zeichen, daß ein starker Impuls dort ausgeht, wo eine gute Anleitung vorangegangen ist. Es ist notwendig, daß die FDJ-Arbeit in den Betrieben und auf den Stempelstellen durch die Partei angeleitet und kontrolliert wird. Unsere jungen Genossen FDJ'ler müssen befähigt werden, daß die Basis im Kampf um den Frieden und gegen die Remilitarisierung die Sorge um die Nöte der Menschen ist.

Unsere Genossen der FDJ müssen dazu erzogen werden, daß sie die Sorge der Menschen zu ihrer eigenen machen und damit das Vertrauen der jungen Kollegen erwerben, wie das der Genosse Karl Köpke in der AEG-Turbine in seiner Abteilung erreicht hat. Den Genossen in der FDJ muß geholfen werden, durch eine gute Anleitung die Erfahrungen der Weltfestspiele richtig auszuwerten, eine breite Kulturarbeit durch die Bildung von Chören, Tanzgruppen, Laienspielgruppen zu entfalten, daß sie teilnehmen an solchen westberliner Kulturorganisationen, sowie an westberliner Sportorganisationen, wo es eine starke Entfaltungsmöglichkeit unter den westberliner Jugendlichen gibt.

Für die Pionierarbeit ist das gleiche zu sagen. Beispiele zeigen, daß die Pioniere bei guter Anleitung unter den Schülern der westberliner Schulen eine gute Aufklärungsarbeit leisten. Das zeigt sich an dem 14jährigen Schüler Rothe in Schöneberg, der die Schule nicht mehr besucht, weil der Lehrer gegen den Fortschritt eingestellt ist. Dieser Fall zeigt aber auch, wie wenig der Pionierverband diesem Vorfall Beachtung schenkte, denn er erhielt keinerlei Stärkung durch den Pionierverband.

DFD (Demokratischer Frauenbund Deutschlands).

Vielfach sind die 1. Vorsitzenden des DFD im Sekretariat und der Kreisleitung Mitglied, so daß dadurch eine starke Anleitung und Kontrolle erfolgt. Daraus ergibt sich, daß die Anleitung der verantwortlichen Genossinnen im DFD durch die Kreissekretariate im allgemeinen besser ist als bei den anderen Massenorganisationen. Die Genossinnen, die Funktionen im DFD bekleiden, sind größtenteils mit allem Eifer bemüht, die Aufgabenstellung zu erfüllen. Allein in der Volksbefragung führte der DFD 30 000 Befragungen durch. Im Kreis Tiergarten wurden z.B. Volksbefragungsausschüsse gebildet, die 3 561 Befragungen durchführten. Neuköllner DFD-Mitglieder führten 4 150 Befragungen durch.

Im Kreis Steglitz führten die Frauen mit gutem Erfolg Diskussionen auf den Wochenmärkten in Lichterfelde-Ost durch. Im Kreis Zehlendorf wurden vom DFD viele Stubenversammlungen organisiert. Von 1000 Befragungen fielen allein auf die Genossin Bogawski 300.

In vielen Kreisen gibt es noch Schwierigkeiten in der Besetzung der Sekretariate des DFD. Einzelne Genossinnen leisten intensive Arbeit, sie verstehen es aber noch nicht, aus dem Kreis ihrer Mitglieder neue Funktionärinnen zu entwickeln. An der Überwindung der ideologischen Schwächen wurde noch nicht systematisch gearbeitet, die Anleitung durch den Landesverband ist in dieser Hinsicht schwach. Die Schulung ist der schwächste Punkt in der gesamten Arbeit des DFD in Westberlin. Es gibt einige gute Ansätze, wie z.B. im Bezirk Wedding, dort wird monatlich eine Bezirksschulung durchgeführt.

In Reinickendorf besteht eine Internatsschule. Hier werden 2mal monatlich ca. 3-4 Tage 15-20 Frauen geschult.

- 13 -

In Westberlin wurden bisher 27 Zirkel mit 350 Frauen zum Studium des Weißbuchs entwickelt. Um diese guten Ansätze weiter zu entwickeln, muß eine planmäßige systematische Unterstützung durch die Kreissekretariate der Partei erfolgen, die ihre Genossen im DFD anleiten. Anhand einer gemeinsamen Aufstellung des Arbeitsplanes die Genossinnen so zu entwickeln, daß sie eine systematische Arbeit leisten.

V V N .

Durch die Wiedererstehung des deutschen Monopolkapitalismus und des damit verbundenen Auflebens militaristischer faschistischer Organisationen kommt der VVN als Kampforganisation gegen Faschismus und Unterdrückung erhöhte Bedeutung zu. Das bedeutet, daß die Partei den Genossen in der VVN anhand der Beschlüsse der 6. ZK-Tagung des Referats des Genossen Oelßner auf der Berliner Partei-Aktivtagung die Aufgaben im verstärkten Kampf gegen die neuen faschistischen Methoden in Westberlin aufzeigen muß. Diese Aufgaben werden von den Genossen in der VVN zum größten Teil noch nicht erkannt und somit unterschätzt. Auch die Parteiüberprüfung hat bis jetzt keine Besserung in der Arbeitsweise der VVN erzielt. Außer Kreis Schöneberg, wo sich 1 Genosse anlässlich der Überprüfung verpflichtet hat, als Instrukteur der Partei in der VVN zu arbeiten, ist aus den anderen Kreisen nichts zu berichten. Die VVN wird von den meisten Mitgliedern lediglich als eine Interessengemeinschaft ehemaliger Verfolgter angesehen.

Eine Schulungsarbeit wird in der VVN so gut wie garnicht durchgeführt. In der monatlich stattfindenden Mitgliederversammlung werden die politischen Probleme formal durchgesprochen. Das vom Hauptvorstand zur Verteilung gelangende Schulungsmaterial wird nicht politisch ausgewertet. Die Folge davon ist, daß bei den Mitgliedern der VVN erhebliche ideologische Unklarheiten bestehen, sektiererische und opportunistische Tendenzen treten in dieser Organisation besonders stark in Erscheinung. Mangelndes Vertrauen zur Kraft der Partei und der Arbeiterklasse drückt sich in den Äußerungen einzelner Genossen aus: "Wir haben unser ganzes Leben lang Opfer gebracht, jetzt sind wir alt und krank, sollen die Jüngeren jetzt kämpfen."

Die Frage des Friedenskampfes und des aktiven Kampfes gegen das Wiederaufleben faschistischer Umtriebe treten in den Mitgliederversammlungen der VVN gegenüber den Diskussionen über das Wiedergutmachungsgesetz ganz in den Hintergrund und werden kaum diskutiert. Es gibt Genossen, die wegen ihrer Rente sogar aus der Partei austreten. In Zehlendorf sank die Zahl der Mitglieder innerhalb von 2 Jahren 482. Selbst einige Genossen, die verantwortliche Funktionen in der VVN bekleiden, nahmen in folgender opportunistischer Weise zur Frage der Wiedergutmachung Stellung:

So entwickelte z.B. der Genosse Badke, ehemaliger Sekretär der VVN Tempelhof, bei seiner Überprüfung die Theorie, daß man den Gegner doch am besten dadurch schädigt, daß man seine finanziellen Mittel, die er für die Wiedergutmachung und Soforthilfe ausschüttet, in Anspruch nimmt.

Die meisten Mitglieder scheuen sich um ihrer persönlichen Vorteile willen, öffentlich ihre Meinung zu sagen und sich als fortschrittliche Menschen und Mitglieder der VVN zu bekennen. Bei der Durchführung der Volksbefragung tritt darum die VVN als Organisation kaum in Erscheinung. Daß sich die Partei als fortschrittliche Organisation

- 14 -

wenn eine gute Anleitung durch die Partei gegeben ist, zeigt uns der Kreis Tempelhof. Am 9. September entfaltete die VVN durch Anleitung und Hilfe des Sekretariats ein ausgezeichnetes Beispiel: Im Volkspark Mariendorf wurde an der Gedenkstelle des sozialdemokratischen Führers Kütter ein Kranz der VVN niedergelegt. Die Ansprache hielt ein sozialdemokratischer Genosse. Am nächsten Tag führte die SPD-Ortsgruppe Mariendorf ebenfalls eine Kranzniederlegung durch. Dieses Beispiel zeigt, daß die VVN zur Herstellung der Aktionseinheit wesentlich beitragen kann. Die Anleitung durch den Hauptvorstand der VVN ist äußerst mangelhaft. So berichtet Wilmersdorf, daß die Unterstützung sehr schlecht ist. Zur letzten öffentlichen Veranstaltung hat die Berl. VVN es gertiggebracht, am Tage der Versammlung den versprochenen Referenten abzusagen.

Konsum

In Westberlin ist noch eine Konsumgenossenschaft im Kreis Wilmersdorf, die vom Berliner Konsumverband im demokratischen Sektor bearbeitet wird. Eine agitatorisch gut wirksame Darstellung gegen die Preisgestaltung in Westberlin hat die Konsumgenossenschaft in den Schaufenstern bzw. an den Türen der Geschäfte angebracht. Dies wurde von der Bevölkerung beifällig aufgenommen. Damit ist der Beweis erbracht, daß auch die Konsumgenossenschaft Möglichkeiten zur Massenaufklärung hat. Die Parteiorganisation in der Konsumgenossenschaft beträgt gegenwärtig 14 Genossen. Die Bedeutung der Arbeit im Konsum wurde von den Kreisleitungen nicht genügend erkannt. Trotzdem objektive Möglichkeiten vorhanden sind z.B. bei der Wahl der Konsumdelegierten wurden 4 Genossen gewählt. Das beweist, daß das Vertrauen eines Teiles der Konsummitglieder zu unserer Partei vorhanden ist.

Auf Grund der Verhältnisse in den Westsektoren treten immer mehr Genossen aus dem Konsum aus, obwohl die Genossen durch das Kreissekretariat auf ihr falsches Verhalten aufmerksam gemacht wurden.

Sozialhilfe.

Die Sozialhilfe in Westberlin umfaßt eine kleine Mitgliederzahl. Die Genossen in der Sozialhilfe leisten nur politische Arbeit in ihren Grundorganisationen. Die Arbeit der Sozialhilfe beschränkte sich in der Vergangenheit auf kleine soziale Unterstützungen der Bevölkerung, umfaßte aber immer nur geringe Teile. Diese Arbeit wird noch nicht verbunden mit einer breiten politischen Aufklärungsarbeit. Die Arbeit beschränkt sich meistens auf Bahnhofsdiens. Sie sieht nicht ihre Aufgabe in der politischen Aufklärungsarbeit der Menschen, sondern in ihrer Hilfe und Betreuung. Das Kreissekretariat Tempelhof verstand es erstmalig zur Volksbefragung, die Genossen der Sozialhilfe in größerem Umfang zur politischen Arbeit heranzuziehen, indem sie vor die Aufgabe gestellt wurde, alle Menschen, die sie in den letzten Jahren sozial betreuten, zu befragen.

Sportvereine.

In den westberliner Sportvereinen sind nur wenige Genossen Mitglieder. Sie sind dort meist Sportfreunde, ohne eine ideologische Arbeit zu leisten. Die Anwendung der Kontrolle durch die Parteiorganisation ist kaum vorhanden. Durch die Überprüfung übernahmen einzelne Genossen Selbstverpflichtungen. So übernahm z.B. ein Genosse aus Tempelhof die Verpflichtung, in seinem Anglerverein eine Dampferfahrt zu organisieren und die Volksbefragung dort durchzuführen. Am 9. September 2001/07/13 : CIA-RDP83-00415R012100030004-9 nahmen 300 Personen teil. Es wurde

eine gute Diskussion mit ihnen geführt, in der alle zur Volksbefragung mit Ja stimmten.

Dieses Beispiel zeigt, wie man die Beschlüsse der Partei ernst nimmt und alle Möglichkeiten ausnutzt, genügend Anknüpfungspunkte in den Organisationen und Vereinen findet. Durch eine ständige Anleitung und Kontrolle, die durch die Parteileitung der Grundorganisation garantiert ist, läßt sich tatsächlich eine systematische Aufklärungsarbeit durchführen. Dazu gehört, daß die Genossen ständig angehalten werden, am Parteilehrjahr und an den Mitgliederversammlungen teilzunehmen, damit sie mit den Beschlüssen der Partei vertraut werden.

Kulturbund.

Unsere Genossen, die Mitglieder des Kulturbundes sind, nehmen das Verbot durch die westberliner Verwaltung ohne Protest hin und leisten keine systematische Arbeit im Kulturbund. Für sie besteht auch keinerlei Anleitung durch das Kreissekretariat. Die Kulturkommissionen sind z.T. formal gebildet, es besteht bei ihnen keine regelmäßige Zusammenkunft, somit können sie auch die Aufgabe, die die Arbeit unter den westberliner Kulturschaffenden verstärken soll, nicht aufnehmen. Hier zeigt sich eine starke Unterschätzung über die Zersetzung des Bewußtseins der westberliner Bevölkerung durch die amerikanische Kulturbarbarei.

Die Kreissekretariate haben sich nur mangelhaft mit den Beschlüssen der 3. ZK-Tagung zur Frage des Formalismus und Realismus in der Kunstgestaltung und den Aufgaben unserer Kulturpolitik befaßt und nicht ernsthaft genug die Aufgaben der 6. ZK-Tagung auf die Erfassung der weiteren Bevölkerungskreise übertragen, sonst würden sie konkrete Beschlüsse zur Befähigung und Anleitung der Kulturkommissionen fassen.

Einzelne Genossen leisten eine ideologische Arbeit unter den westberliner Kulturschaffenden. Teilweise geschieht es ohne Anleitung der Partei. So gibt es eine Genossin in Wilmersdorf, die in Stubenversammlungen Gespräche mit westberliner Kulturschaffenden führt. Sie geht dabei von der Basis ihres künstlerischen Berufes aus. Daß eine Arbeit unter den westberliner Kulturschaffenden erfolgreich ist, zeigt sich daran, daß der VBK, der dem Kulturbund angeschlossen ist, eine Versammlung im Haus der Sowjetkultur durchführte, zu der 80 westberliner bildende Künstler erschienen. Auch in diesem Verband fehlte es bisher in dieser Hinsicht an systematischer Arbeit.

Volksbühne.

Die Volksbühne zählt in Westberlin noch einige tausend Mitglieder. Im Kreis Spandau umfaßt sie 300 Mitglieder, wovon der Vorsitzende im Vorstand der Gen. Kleie ist. Ihre letzte Mitgliederversammlung fand vor 1/4 Jahr statt. Man plant, monatlich eine Kulturveranstaltung durchzuführen. Außerdem soll die Verbindung zu den Mitgliedern der freien Volksbühne aufgenommen werden. Schwerpunkt ist Neukölln, wo vor kurzem die Volksbühne eine Kulturveranstaltung organisierte, auf der 300 Personen anwesend waren. Die Kreissekretariate in Westberlin haben noch nicht die Notwendigkeit und Wichtigkeit der Kulturarbeit in Westberlin erkannt, sonst hätte man sich ernsthaft darüber Gedanken gemacht, wie unsere Genossen Mitglieder der Volksbühne die Verbindungen zu den Mitgliedern im allgemeinen aufnehmen und ausgehend von Appointed For Release 2001/07/13 : CIA-RDP83-00415R012100030004-9

können, Aufklärungsarbeit leisten

Kleingärtner.

In Westberlin gibt es Arbeitskreise der Kleingärtner, die in völlig ungenügender Weise von den Kreisleitungen und der Landesleitung angeleitet werden. Der Arbeit unter den Kleingärtnern wird viel zu wenig Bedeutung beigemessen.

Zur Einschätzung der Arbeit unter den Kleingärtnern gibt uns der Kreis Pankow einen Einblick. Dort bestehen 76 Kleingartenvereine mit ca. 9 000 Mitgliedern. In einer Anzahl von Vereinen sind unsere Genossen im Vorstand verankert. Durch ein gutes politisches Auftreten sind dort ca. 30 Genossen als Delegierte zur Bezirkskonferenz der Kleingärtner gewählt worden. Dort, wo die Grundorganisationen unserer Partei diese Massenarbeit bei den Kleingärtnern unterstützt haben, ist das Ergebnis auch dementsprechend.

Im Kreis Wedding hat der Gen. Steinmann die Verbindung mit dem Arbeitskreis der Kleingärtner aufgenommen. Die Kleingartenkolonie in Plötzensee hat sich erfolgreich gegen den Bau von Panzerstraßen zur Wehr gesetzt. Diese Beispiele zeigen, daß es möglich ist, eine aktive Aufklärungsarbeit unter den Kleingärtnern zu entwickeln. Bezeichnend ist, daß die Kleingartenzeitung des demokratischen Sektors in sehr großer Zahl von den parteilosen Kleingärtnern gelesen wird und sehr beliebt ist.

Die Arbeit des Friedenskomitees und der Nationalen Front.

Die Kreisparteiorganisationen entwickelten bei der Anleitung und in der Durchführung von tausenden von Volksbefragungsaktionen eine in Westberlin noch nicht gekannte Initiative. Sie entwickelten neue Methoden mit neuen Wirkungsbereichen, z.B. Volksbefragungen auf Sportplätzen, in Kirchen, Schöneberger Rathaus, in Polizeiinspektionen und -Revieren, in Häusern, in einer Anzahl von Betrieben in Westberlin. Mit der Durchführung der Volksbefragung haben die Genossen in Westberlin den Anfang zu einer breiten Massenarbeit gemacht. Dieses Wirken unserer Genossen muß zu einer dauerhaften und zähen Arbeit werden, um die noch bestehenden Schwächen in der Massenarbeit zu überwinden.

Es macht sich jetzt ein Absinken der Aktivität bemerkbar. In den Betrieben und mit den Erwerbslosen konnte die Aktionseinheit der Arbeiterklasse im Kampf für ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen noch zu wenig verwirklicht werden.

Den Genossen der westberliner Parteiorganisationen gelang es noch nicht, die z.Zt. über 300 000 zählenden Erwerbslosen in Westberlin zum Kampf für die Verbesserung ihrer materiellen Verhältnisse und zur Beschaffung von friedlichen Arbeitsmöglichkeiten zumobilisieren.

Die Tatsache, daß die Friedenskomitees, die Ausschüsse der NF, die Erwerbslosen-Ausschüsse und auch die Volksbefragungsausschüsse immer mehr von ihrer anfänglich bewiesenen Aktionsfähigkeit verlieren, zeigt, daß die Genossen in den Massenorganisationen in Westberlin noch nicht zu ihrer Weiterführung des ständigen Kampfes eine systematische Anleitung erhalten. Die Genossen in Westberlin erkennen die Richtigkeit der Politik unserer Partei. Sie arbeiten mit verstärktem Einfluß in Westberlin und bemühen sich in allen Schichten um die Verbreiterung des Kampfes um den Frieden. Sie führen Gespräche mit Vertretern der Intelligenz, Kleingewerbetreibenden, Arbeitern, Pfarrern usw. Dabei zeigt sich, daß sie bei der Gewinnung von Menschen sehr oft nur weltanschauliche Fragen in den Vordergrund stellen und zu wenig an den täglichen Sorgen des Menschen anknüpfen, z.B. der Gen. Michalke aus Tempelhof, der während der Kirchentage mit einem Pfarrer über Religion und Weltan-

schaung debattierte, anstatt über die Pflicht der Christen, den Frieden zu sichern.
 Daß es Möglichkeiten zur Gewinnung der westberliner Bevölkerung für die Friedensbewegung gibt, geht daraus hervor, daß der Gen. Dr. Maikowski von 65 Patienten die Zustimmung gegen die Remilitarisierung erhielt, wenn man von ihren Lebensinteressen ausgeht.

In Spandau überzeugte ein Genosse 14 Geschäftsleute für die Durchführung von Volksbefragungen in ihren Läden.
 Der Gen. Dursch führte in seinem Wohnbezirk mit mehreren Mitgliedern seiner Parteiorganisation eine Volksbefragung des gesamten Gebietes durch, 80% der Bewohner stimmten mit "Ja".

Die Ausschüsse der NF bestehen überwiegend aus Genossen, die es noch nicht verstehen, immer die vorhandenen parteilosen Freunde für den nationalen Kampf heranzuziehen, zurückzuführen teilweise auf die noch vorhandenen sektiererische Einstellung unserer Genossen zur NF.

Im Wedding bezeichnen Genossen aus der Grundorganisation die Politik der NF als eine Hintertürenpolitik.

Diese ernstesten Erscheinungen sollen von der Kreisleitung genauestens überprüft und diese ideologischen Schwächen bei unseren Genossen durch eine verstärkte Aufklärung über die Politik der NF beseitigt werden.

Aktionen des Friedenskomitees und der NF zeitigten Erfolge bei einer guten Organisation und bei der Anwendung aller vorhandenen Möglichkeiten, wie es die Genossen in Steglitz machten. Sie benutzten die Entschärfung einer 20 Ztr.-Bombe, um eine breite Diskussion mit etwa 150 Menschen über die drohende Kriegsgefahr zu führen. An der dabei durchgeführten Abstimmung beteiligten sich auch absperrende Stumpfpolizisten.

In ungenügender Form werden noch die großen Erfolge der DDR und des demokratischen Sektors Berlin von unseren Genossen ausgenutzt und der reaktionären Gesetzgebung Adenauers und der Reuterverwaltung gegenübergestellt. Die starke Beteiligung an der Volksbefragung in Westberlin beweist, daß reale Arbeitsmöglichkeiten in den Massen der Bevölkerung vorhanden sind. Ein Beispiel dafür ist der Betrieb Fritz Werner, Tempelhof. Dort hatten die Direktion und der Betriebsrat versucht, durch Plakatanschläge die Volksbefragung lächerlich zu machen. Trotzdem wurden 140 "Ja-Stimmen" gesammelt. Im Bezirk Tempelhof gelang es, eine Versammlung, die vom DGB-Tempelhof einberufen war, in eine positive Richtung zu lenken, daß den rechten DGB-Funktionären eine Abfuhr erteilt und ein Erwerbslosenausschuß gewählt wurde. Eines der Haupthindernisse zur Verbreiterung des Einflusses unserer Politik in Westberlin ist das Sektiererertum bei unseren Genossen, das sich besonders in der Arbeit in den Massenorganisationen gefährlich auswirkt.

So berichtet der Kreis Steglitz über einen Genossen, der sich folgendermaßen äußerte: "Ich habe einen großen Haß gegen die Nazis und SPD-Genossen, gegen die würde ich auch heute noch die Knarre in die Hand nehmen". Oder wie ein anderer Genosse erklärte: "Mit der Nationalen Front ziehen wir doch wieder die Kreise heran, die uns das Genick brachen".
 Diese Ausführungen zeigen, daß man sich sehr ernsthaft mit diesem Sektiererertum in Westberlin befassen muß. Dieses Verhalten einzelner

Genossen muß man schon als parteischädigend ansehen.

Zur Entwicklung neuer Mitarbeiter kann man sagen, daß bei der Bildung von Volksbefragungsausschüssen eine Reihe neuer Patrioten gewonnen wurde, die durch ihr Auftreten zur Verbreiterung der Widerstandsbewegung gegen die Kriegstreiber beitragen.

In Schöneberg wurden der Bauunternehmer Dziggel, der Arbeiter Klatscheck, der Medizinstudent Kurt Franke für die Nationale Front gewonnen.

So gewann man den westberliner Heinz Loskowski, der jetzt den vorbereitenden Ausschuß gegen Rekrutierung des Jahrgangs 1932 leitet, ferner den Horst Klawuhn, der aus Mecklenburg nach Westberlin flüchtete, anhand der Tatsache seinen begangenen Fehler einsah und jetzt im Ausschuß des Jahrgangs 1932 mitwirkt.

An diesen Beispielen sieht man, daß es durchaus möglich ist, eine große Anzahl neuer Mitglieder zu gewinnen. Noch nicht immer verstehen unsere Genossen, die Arbeit des Friedenskomitees und der NF. zu unterscheiden. Sie versuchen, sich die Aufklärungsarbeiten bei Agitationseinsätzen zu vereinfachen, indem sie die Friedenskomitees und die Ausschüsse der NF koordinieren, d.h. also, verschmelzen wollen mit der Begründung, daß angeblich beide Organisationen zu schwach in ihrer Arbeit sind.

Die Anleitung der Genossen durch die Landesleitung.

Durch die Aufklärungsarbeit der Partei über die Massenorganisationen in Westberlin ist es gelungen, den Massen ihre augenblickliche Notlage vor Augen zu führen.

Die Anleitung der Landesleitung reicht aber noch nicht aus, um die Genossen zu einer verstärkten Arbeit in den Massenorganen zu befähigen.

Die Arbeit der operativen Leitung der Landesleitung zu Beginn der Volksbefragung trug wesentlich dazu bei, die Arbeit der Genossen in den Massenorganisationen zu verstärken. Die ungenügende Kontrolle der Arbeit führte zu einer Schwächung des Einflusses der Friedenskomitees und der Ausschüsse der Nationalen Front des demokratischen Deutschland in Westberlin.

Die nachlassende Anleitung und Kontrolle der Tätigkeit der Genossen in den Volksbefragungsausschüssen führten zu einer nicht genügenden Bewußtseinsstärkung, und die Landesleitung hat nicht mit genügender Beharrlichkeit in der Anleitung und Herausstellung der westberliner Probleme bei den berliner Leitungen der Massenorgane kontrolliert.

Eine wertvolle Hilfe für die Verbesserung der politischen Arbeit in Westberlin waren die Beratungen der operativen Leitung unter dem Vorsitz des Genossen Jendritzky mit den Sekretären der Massenorgane während der Volksbefragung.

Die wachsende Unzufriedenheit gegen die Remilitarisierung und gegen die Reuterkoalition wurde durch die ungenügende Anleitung der Genossen in den Volksbefragungsausschüssen nicht zum aktiven Widerstand entfacht.

Schlußfolgerungen ergeben sich aus den drei Entschlüssen der Landesleitung, insbesondere aus der Entschluß vom 2. u. 3. 11. 1951 zur Verbesserung der Arbeit der Leitungen.

... 7. Verbesserung der Arbeitsstile und der Arbeitsmethoden der Leitungen.

Alle aufgezeigten Fragen bestätigen, daß für die Berliner Parteiorganisation wachsende Voraussetzungen zur Verbesserung der Massenarbeit vorhanden sind. Die Volksbefragung in Westberlin steht in engster Bindung mit der Popularisierung der gesamtdeutschen Beratung und der Aktivierung der über 140 Volksbefragungsausschüsse und der Schaffung neuer Ausschüsse, um die Weiterführung der Volksbefragung zu einem neuen Ausgangspunkt des Kampfes gegen die Remilitarisierungspolitik in Westberlin zu machen.

Der Kampf um die Erhaltung des Friedens, die Auswertung des Volkskammerappells wird aber nur dann wirksam, wenn die Landes- und Kreisleitungen ihre Schwächen erkennen und alle Maßnahmen ergreifen, um sie zu überwinden.

Die Überprüfung der Parteiorganisationen in allen Berliner Kreisen zeigt, daß bei der ständigen Anleitung das Parteistatut ungenügend beachtet wurde. Die Mitglieder der Partei wurden nicht genügend angehalten, sich mit dem Statut aufs engste vertraut zu machen. Oftmals werden selbst durch die Landesleitung Veränderungen in den Kreissekretariaten vorgenommen, ohne sich immer an die Prinzipien der innerparteilichen Demokratie zu halten. Der ständige Wechsel in den Kreissekretariaten, der Wechsel in den Abteilungen der Kreise erschwert diese systematische Arbeit. Bei den Kreisleitungen ist keine Kontrolle darüber vorhanden, inwieweit die Mitglieder und Funktionäre den Inhalt des Statuts beherrschen und wie die politische Aufgabenstellung in Verbindung mit den im Statut verankerten Rechten und Pflichten der Mitglieder gebracht wurde. Die durch das Landessekretariat durchgeführte Kontrolle unterstrich, daß die in den einzelnen Kreisleitungen gewählten Mitglieder keine gründliche Vorstellung über ihre Aufgaben als Mitglieder der Kreisleitung haben. Die Beschlüsse zur Verwirklichung der Politik der Partei wurden in den Kreisleitungssitzungen ungenügend beraten. Diese Feststellung trifft auch auf die Landesleitung zu. Die Mitglieder der Landesleitung nehmen zu wenig Anteil an der Arbeit des Landessekretariats. Das Landessekretariat hat bisher die Mitglieder der Landesleitung nicht konsequent genug herangezogen und hat vor allem nicht systematisch kontrolliert, inwieweit die Mitglieder der LL die ihnen übertragenen Aufträge durchführten. Die Notwendigkeit der Durchführung der übernommenen Parteiaufträge wurde nicht von allen LL-Mitgliedern richtig erkannt.

Die Arbeit der Landesleitung und der Kreisleitungen bedarf einer grundlegenden Verbesserung, sie müssen eine enge Verbindung zu den Kreisleitungen, resp. zu den Grundorganisationen haben. Die Verbesserung der Arbeit wird erreicht durch die regelmäßige Durchführung der Kontrolle. Die kritische und selbstkritische Einschätzung der Tätigkeit der Leitungsmitglieder hilft der Partei schneller die Schwächen und Mängel ihrer Arbeit zu erkennen und zu überwinden. Ungenügendes Studium der Parteibeschlüsse in der Vergangenheit mußte zu mangelhaften Ergebnissen in der politischen Arbeit führen, z.B. die Auswertung der 6. Tagung des ZK und die damit verbundene Durchführung der Beschlüsse k) und j) für Westberlin (siehe Beschlüsse 6. Tagung des ZK und der Beschluß des Landessekretariats vom September 1951 zur Arbeit im DGB).

... Es ist daher notwendig, daß die Parteileitungen gefaßte Beschlüsse überprüfen und das Ergebnis gründlichst zur Fortsetzung der politischen Arbeit analysieren. Die Verbesserung des Arbeits-

stils aller Parteileitungen beginnt in den Sekretariaten, wofür die gesamte Leitung verantwortlich ist. Die Kreisleitungen müssen für ihre Arbeit folgendes beachten:

1. ständig sich mit der Entwicklung der politischen Argumentation zu beschäftigen,
 2. die kollektive Arbeit des Sekretariates zu sichern und zu fördern,
 3. die Bildung von Schwerpunkten in der Arbeit vorzunehmen,
 4. durch die Schaffung von Beispielen guter Anleitung diese Beispiele durch Popularisierung für die gesamte Parteiarbeit zu benutzen.
- a) Um eine planmäßige und systematische Arbeit des Sekretariates zu entwickeln, ist es notwendig, einen konkreten Arbeitsplan für das Sekretariat auszuarbeiten, in dem für einen bestimmten Zeitabschnitt die Probleme und Schwerpunkte, mit denen sich das Sekretariat beschäftigen will, enthalten sind. In diesem Arbeitsplan ist Konzentration auf die Anleitung der Grundorganisationen, insbesondere in den Schwerpunkten festzulegen.
 - b) Die Sekretariatssitzungen sind noch besser vorzubereiten, die festgelegte Tagesordnung strikte einzuhalten. Zu den ausgearbeiteten Beschlußvorlagen sind zur Begründung die verantwortlichen Genossen aus den Abteilungen heranzuziehen. Die Vorschläge sind so zu formulieren, daß sie gleichzeitig die Methode ihrer Durchführung enthalten und für die Genossen in den Abteilungen und Leitungen eine konkrete Anleitung sind. Dazu ist es notwendig, mehr als bisher durch vorbereitende Aussprachen mit den Genossen aus den Schwerpunktbetrieben, den Massenorganisationen, die Sekretariatssitzungen vorzubereiten.
 - c) Das Sekretariat muß einen entscheidenden Kampf um die Durchführung der gefaßten Beschlüsse führen. Die Kontrolle der Beschlüsse hat unmittelbar nach der Beschlußfassung zu beginnen. Die Mitglieder des Sekretariats sind verantwortlich in der Anleitung und Kontrolle der gefaßten Beschlüsse und geben eine entschiedene Hilfe den Abteilungsleitern der Kreisleitungen.
 - d) Das Verhältnis des Sekretariats zu der Abteilung ist dadurch zu verbessern, daß zu den bestimmten Vorlagen der Abteilungen die Abteilungsleiter in das Sekretariat zur Begründung und Beratung der Vorlage hinzugezogen werden und daß darüber hinaus die wöchentlichen Arbeitsbesprechungen und politischen Arbeitsbesprechungen mit den Abteilungsleitern unter der Leitung eines Mitgliedes des Sekretariats unbedingt durchgeführt wird. Darüber hinaus sind alle politischen Mitarbeiter der Kreisleitung mindestens einmal wöchentlich durch ein Mitglied des Sekretariates über die Politik der Partei zu unterrichten die wichtigsten Beschlüsse zu erläutern und eine konkrete Anleitung für die Durchführung der Beschlüsse zu geben.
 - e) Eine entscheidende Hilfe für die Arbeit des Sekretariats stellt die Parteieinrichtung dar, die durch kollektive Arbeit verbessert werden muß.

- - - - -

Welche Hilfe leistet der demokratische Sektor bei der Unterstützung der demokratischen Kräfte in Westberlin und in welcher Form vollzieht sich diese Hilfe?

=====

Der III. Parteitag und das 6. Plenum hat die Berliner Parteiorganisation darauf hingewiesen, daß ihre entscheidende Aufgabe darin besteht, eine hartnäckige, systematische und konsequent durchgeführte Aufklärungs- und Mobilisierungsarbeit unter den Massen zu entwickeln. Das ist nur möglich, wenn sie es versteht, alle Formeln des Zurückweichens und des sektiererischen Abkapselns von den Massen zu überwinden und offen die Fragen aufzuwerfen und zu beantworten:

Wo sind die Grundlagen für den Aufstieg und wo nicht?

Wo wird es besser, wo wird es schlechter?

Wo sind die Aussichten für eine glückliche Zukunft und wo geht der Weg zur Remilitarisierung, zu Krieg und Tod?

(W. Ulbricht auf der 6. ZK-Tagung).

Die Berliner Parteiorganisation ist durch die Anleitung und helfende Kritik des ZK, ihre Kampferfahrungen (Volksbefragung, Weltfestspiele, Betriebskollektivverträge, Alternatwausschuwahlen, Volkskammerappell, gesamtdeutsche Beratung) und die stärkere Anwendung von Kritik und Selbstkritik, durch das Parteilehrjahr und die Überprüfung ideologisch gewachsen, aber sie kann ihrer großen Verantwortung als Vorhut der Bevölkerung der Hauptstadt Deutschlands nur gerecht werden, wenn sie die Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit unter den Massen entscheidend verbessert. Wesentliche Voraussetzung dafür ist die restlose Durcharbeitung des Beschlusses des Politbüros des ZK "Zur Verbesserung der Agitationsarbeit" vom 12.2.1951. Im Zuge der Wiederersterung des deutschen Imperialismus in Westdeutschland erfolgt auch in seinem Anhängsel Westberlin eine rasche Konzentration des Monopolkapitals im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Rekrutierung, der Wehrpflicht und militärisch ausgerüsteten Bereitschaftspolizei auf Terror und Unterdrückung der demokratischen Freiheit der notleidenden Bevölkerung Westberlins. Alle wirtschaftlichen Folgen der Remilitarisierung wirken sich in dem abgekapselten und isolierten Westberlin noch schlechter aus als in Westdeutschland. Die Westberliner haben die sichtbaren Erfolge des Friedenslagers, denen die Zukunft gehört, unmittelbar vor Augen. Das gewaltige Erlebnis der Weltfestspiele, die große Initiative zur Herbeiführung der gesamtdeutschen Beratung und die Kraftimpulse, die das Stalin-Aufgebot allen Friedenskräften vermittelt hat, macht es den Spalttern Adenauer, Spennrath und Reuter immer schwerer, die Bevölkerung Westberlins wirtschaftlich, politische und ideologisch von der sie rings umflutenden fortschrittlichen Entwicklung zu isolieren.

Dort, wo unsere Genossen aktiv und beharrlich die Massen aufklären, mobilisieren und die Aktionseinheit entwickeln, bricht sich auch in Westberlin die Einsicht Bahn, daß der "Imperialismus keinerlei Perspektive mehr hat, daß der wahnsinnige Plan eines neuen Krieges den sinnlosen Tod von Millionen Menschen, die Zerstörung tausender Städte und Dörfer für eine absolut aussichtslose Sache bedeutet" (Fred Oelßner auf der Berliner Parteitaktivtagung).

Vor der Berliner Parteiorganisation steht die verantwortliche Aufgabe, diese günstigen objektiven Voraussetzungen zu nutzen und in beharrlicher Aufklärungsarbeit der Bevölkerung Berlins zu zeigen, woher die Kriegsgefahr droht. Dabei gilt es

Antworte für Release 2001/07/13 : CIA-RDP83-00415R012100030004-9

Friedens zu erläutern und der Bevölkerung Berlins den Ausweg und die Perspektive zu zeigen. "Die gesamtdeutsche Beratung und der Weg zur Rettung der deutschen Nation ist der einzige Weg zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands und seiner Hauptstadt Berlin."

Parteilchjahre.

Während der Überprüfung brachte ein großer Teil unserer Parteimitglieder zum Ausdruck, daß sie sich durch die Teilnahme am Parteilehrjahr ideologisch entwickelt haben. Ungenügend wurde bei der Übernahme der Verpflichtungen darauf hingewiesen, daß die Genossen, die in den Betrieben des demokratischen Sektors arbeiten und in Westberlin wohnen, solche Selbstverpflichtungen übernehmen sollen, die zur Verbesserung der politischen Arbeit in Westberlin dienen.

Viele Genossen in den Massenorganisationen erkannten durch die Überprüfung erst die Rolle der Partei in den Massenorganisationen. In ihren Selbstverpflichtungen brachten sie es zum Ausdruck. Folgende Beispiele aus den Kreisen zeigen auf, welche konkreten Auswirkungen die Parteiüberprüfung bei den einzelnen Mitgliedern hatte:

Kreis Köpenick:

Vor der Überprüfung erklärten sich nur einige Genossen bereit, an der Arbeit in Westberlin teilzunehmen. Jetzt ist durch die Überprüfung eine größere Kenntnis und Bereitschaft für die Arbeit vorhanden.

Kreis Lichtenberg:

Durch die Überprüfung arbeiten einige Genossen wie z.B.
 Genossin Wiske vom Sozialamt, (alle drei
 Genosse Furkner - VEB-Wohnungsbau, Namen sind sehr
 Genosse Uhlenhut - VEB Klingenberg unleserlich!)
 mit Begeisterung in Westberlin und erreichten dadurch eine stärkere Beteiligung der anderen Genossen ihrer Grundorganisation für diese Arbeit.

Die Bedeutung der Parteiaufträge als anzuwendendes Mittel der Parteierziehung, welches gleichzeitig zum wesentlichen Faktor der Mobilisierung und Aktivierung der Grundorganisationen wird und zur Verstärkung der Patenschaftsarbeit beiträgt, wurde noch nicht in vollem Umfange erkannt.

Auf Grund dieser Unterschätzung spielt die Erteilung von Parteiaufträgen in den meisten Grundorganisationen noch eine unbedeutende Rolle.

Es ist notwendig, daß gleichzeitig mit der Erteilung von Parteiaufträgen die Anleitung und Kontrolle hergestellt wird, die bei den angeführten Beispielen noch mangelhaft ist.

"Transformatorenwerk Karl Liebknecht."

Durch die Parteileitung angeregte und mit Parteiaufträgen beauftragte Genossen legten der Kommission für kulturelle Massenarbeit einen Beschluß vor, der vorsieht, die besondere Betreuung des Patenbetriebes Zeiss-Ikon durch Briefe und persönliche Aussprachen vorzunehmen.

Bergmann-Borsig.

Bei Bergmann-Borsig wurde in einer Betriebsversammlung beschlossen, einen offenen Brief an die Belegschaft der Borsigwerke zu schreiben. Dieser Brief wurde durch eine Delegation am 19.9.51 dem Betriebsrat der Borsigwerke, Tegel, übergeben.

Aus M i t t e wird berichtet, daß bei der DHZ Holz sich geschlossen die Abteilungsbuchhaltung an dem Briefverkehr mit westberliner Freunden beteiligte.

Volkseigene Betriebe und ihnen gleichgestellte Betriebe:

Die volkseigenen Betriebe sind die Grundlage und das Rückgrat für die Entwicklung der geplanten Wirtschaft. Sie bilden also die entscheidende Kraft für die wichtige fortschrittliche Entwicklung und Umgestaltung der DDR und des demokratischen Sektors von Berlin. Durch die Überprüfung ergab sich, daß der Zustand in den VEB's, die Kampffähigkeit der Parteiorganisationen am besten ist. Durch die Erziehungsarbeit der Überprüfungskommissionen konnte die Kampfkraft dieser Parteiorganisationen gefestigt und gestärkt werden. Das zeigt sich besonders bei der Durchführung der Volksbefragung und bei der Vorbereitung und Durchführung der Weltfestspiele der Jugend und Studenten.

Aus den Belegschaften, um nur ein Beispiel zu nennen, der VEB's des Kreises Köpenick gingen über 10 000 Beschäftigte Selbstverpflichtungen ein, des weiteren verpflichteten sich dort 22 Brigaden, zur Erreichung eines Planvorsprunges ihre Norm ständig mit 120% zu erfüllen.

Zur gesamtdeutschen Beratung und zu Ehren der Oktober-Revolution wurden von der Belegschaft TRAFU über 300 und von der Belegschaft Berliner Glühlampenwerk über 428 Einzelverpflichtungen abgegeben.

Obwohl in allen Parteiorganisationen der VEB's Agitatoren vorhanden sind, besteht doch der Mangel überwiegend darin, daß der Einsatz der Agitatoren noch nicht planmäßig, systematisch und schwerpunktmäßig erfolgt.

Auch die Anleitung der Agitatoren und die Zusammenfassung zum Erfahrungsaustausch, um die Stimmung der Belegschaft gründlich zu erforschen und richtige Schlußfolgerungen daraus zu ziehen, erfolgt nicht immer regelmäßig und gründlich genug. Noch nicht überall fühlen sich die Parteileitungen für die Anleitung der Agitatorengruppen verantwortlich. Daraus resultiert auch die schwache Beteiligung unserer Genossen zu den Westeinsätzen (Patenschaftsarbeit).

Dort, wo laufend eine konkrete Aufgabenstellung von seiten der Landesleitung bzw. der Kreisleitung erfolgte und ihre Durchführung gründlich kontrolliert wurde, wurden in den einzelnen Aktionen (Volksbefragung, gesamtdeutsche Beratung) Erfolge erzielt.

In der Herstellung der Aktionseinheit sind die Erfolge noch ungenügend. Obwohl auch hier Ansatzpunkte vorhanden sind wie z.B. in TRU, wo es gelang, auch die SPD-Kollegen für den Betriebskollektivvertrag zu gewinnen, sind im allgemeinen die Erfolge sehr gering. Dies ist auf die ungenügende Klarheit zurückzuführen, die in dieser Frage vorhanden ist. Hauptgrund ist die weitverbreitete Meinung unter den Genossen, daß mit SPD-Genossen nichts anzufangen sei. Hierdurch zeigt sich bei einer Reihe von unseren Genossen eine sektiererische Einstellung. Sie unterschätzen damit die Bedeutung der Aktionseinheit und gleichzeitig die

führende Kraft der Arbeiterklasse in der Nationalen Front zur Erreichung der Einheit Deutschlands.

In der Verwaltung kann man anhand der Selbstverpflichtungen feststellen, daß weite Kreise unserer Bevölkerung erkannt haben, daß die Selbstverpflichtung ein entscheidender Hebel zur Verbesserung der Arbeit in der Verwaltung ist.

So werden z.B. im Bezirk Pankow parteilose Kollegen zur Mitarbeit herangezogen, und mit ihnen hält man täglich Zeitungsschau ab. Die Genossen leiten und unterstützen an Aufbausonntagen und bei Westeinsätzen, an denen sie sich fast vollzählig beteiligen. Zur Verbesserung der Arbeit gingen die Genossen Lehrer ferner die Selbstverpflichtung zur zusätzlichen Übernahme von Unterrichtsstunden und Verbesserung der Arbeit in den Schulen Westberlins ein. Hierzu wurde auf Initiative der Genossen Lehrer aus dem Kreis Mitte eine Schulkommission im Kreis Zehlendorf ins Leben gerufen.

Die 1.-21. Schule führte zur Volksbefragung ein Rollerrennen an den Sektorengrenzen durch, wobei die Kindern an ihren Rollern Friedenslosungen angebracht hatten.

Zur Kampfstärke in den Wohngebieten.

Allgemein ist hier festzustellen, daß von den Kreisleitungen die Arbeit der Wohngebietsparteiorganisationen unterschätzt wurde. Somit wurde die Arbeit nicht entsprechend den Beschlüssen der Partei z.B. an den Schulen, im Konsum, DFB, FDJ und in den Massenorganen und den Ausschüssen der Nationalen Front von den Wohngebietsparteiorganisationen durchgeführt. Dies führt zu der Schlussfolgerung, daß die Beschlüsse der Partei nicht genügend studiert werden.

Ein krasses Beispiel zeigte der Betrieb RAW, wo eine starke ideologische Arbeit durchgeführt wurde (2 Externatsschulen), wo es trotzdem nicht gelang, die rund 1 000 westberliner Kollegen intensiv zu bearbeiten, um sie für den Friedenskampf, für unsere antifaschistisch-demokratische Ordnung zu gewinnen. Trotz der mangelnden Bearbeitung zeigten aber die Kollegen durch ihre eingegangenen Selbstverpflichtungen und ihre aktive Mitarbeit bei der Volksbefragung durchaus ihre Bereitschaft. Der Mangel in der Verbreitung der Erfahrungen zeigt sich auch in der ungenügenden Auswertung des Einsatzes der Agitatoren in der konkreten Anleitung und der darauffolgenden Berichterstattung. Das beweist auch, daß die bisher kampagnenmäßige Durchführung der Aufgaben überwunden und eine beständige Arbeit erreicht werden kann. Die Zusammenarbeit mit den Massenorganisationen ist mangelhaft. Hier fehlt die richtige Anleitung und Aufgabenstellung sowie die planmäßige Kontrolle durch die Partei.

Die Arbeit des FDGB.

Vielen Genossen im FDGB gab die Überprüfung der Parteimitglieder und Kandidaten für ihre Arbeit in den Gewerkschaften eine gute Hilfe. Die meisten Genossen versinken im Nurgewerkschaftertum, im Fraktionismus.

Die einzelnen IG's des FDGB setzten sich noch zu wenig für die Belange der DGB-Kollegen in Westberlin ein. Ihr Agitationsmittel, Zeitungen, Flugschriften, sind noch zu sehr unpersönlich.

Ein gutes Beispiel, wie man den Kampf der westberliner Kollegen unterstützen kann, ist die Unterstützung der westberliner Transsportarbeiter durch die FDGB,
 Approved For Release 2001/07/13 : CIA-RDP83-00415R012100030004-9

die IG Transport mit allen Mitteln dafür einsetzte. Dadurch, daß im FDGB der Fraktionismus vorherrscht, kennen die Genossen keine Parteidisziplin und halten alle anderen Arbeiten für wichtiger als einen Einsatz in Westberlin. Von 400 Genossen beteiligten sich oft nur 30-40 Genossen an derartigen Einsätzen. Dort, wo die Überprüfungscommission durch ihre Arbeit bei den Genossen einen Umschwung erzielte, blieben auch die Erfolge nicht aus. Z.B. der Genosse Klughardt (?), 1. Vorsitzender der IG Gesundheit, hat sich verpflichtet, ein Vorbild für die Herstellung der Aktionseinheit im jüdischen Krankenhaus im Wedding zu schaffen.

Der Gen. Konmann (?), 1. Vorsitzender der IG Nahrung und Genuß, hält eine ständige Verbindung mit einem DGB-Kollegen, den er monatlich einmal besucht.

In Köpenick beteiligte sich die Gewerkschaft stark an den Gesprächen "Am runden Tisch". So wird namentlich im Trafo noch ein Gespräch "Am runden Tisch" durchgeführt. Es wurde eine Delegation aus Kollegen gebildet, die im Westsektor von und zu Ziethenstraße gingen, um über den Grotewohl-Brief an Adenauer und den Brief der Landesleitung an den Vorstand der SPD zu sprechen. Eine ganze Reihe von Einladungen für die Grünauer Konferenzen SPD-Kollegen wurden auf Grund einer intensiven Gewerkschaftsarbeit verschickt. Viele dieser Kollegen erschienen. Als Ergebnis einer guten Zusammenarbeit war vor längerer Zeit eine Delegation im KWÖ, die aus einem westberliner Betrieb war. Darunter waren auch DGB-Kollegen.

F D J .

Ein großer Teil der Genossen in der FDJ hat ein über dem Durchschnitt liegendes theoretisches Wissen, welches aber oft nur ein angelerntes und formales ist und bei der Anwendung auf die praktische Arbeit erhebliche Mängel und Schwächen aufzeigt. Obwohl bei der FDJ nur jüngere Genossen arbeiten, die nicht mit der Tradition des Vergangenen belastet sind, machen sich auch hier sektiererische Tendenzen bemerkbar, die ihre Auswirkung darin finden, daß die FDJ, im besonderen in Westberlin, es nicht versteht, eine breite Zusammenarbeit unter den Jugendlichen zu leisten.

V V N .

Die Organisation tritt, wie es in der "Analyse über die Lage und den Zustand in der Parteiorganisation im demokratischen Teil von Berlin" heißt, in ihrer Arbeit nach außen wenig in Erscheinung, außer an den Gedenktagen der VVN. Über die Patenschaftsarbeit nach Westberlin geht aus den vorliegenden Berichten nichts hervor.

Deutsch-sowjetische Freundschaft.

Im Haus der Kultur organisiert die Ges.f. deutsch-sowjetische Freundschaft Vorträge, Veranstaltungen, Kinos, Theater, zu denen breite Kreise der westberliner Bevölkerung eingeladen werden. Durch Herausgabe von Flugblattmaterialien und Einsatz von Werbegruppen in den Westsektoren leistet sie einen entscheidenden Beitrag zur Erhaltung des Friedens. Die Schlagkraft der Organisation leidet noch zum Teil unter der schlechten organisatorischen Erfassung der Mitglieder. In den meisten Fällen erfolgt vom Landessekretariat bis zu den Bezirkssekretariaten ungenügende Anleitung und Kontrolle. Die Anleitung durch das Landessekretariat ist in

- 6 -

vielen Fällen zu kurzfristig und wird in den Bezirken sporadisch ohne eine Verbindung zu den vorangegangenen Arbeiten durchgeführt.

Um diese Aufgabe zu erreichen, muß eine erste, intensive, breite Schulung aller Funktionäre und Mitglieder erzielt werden.

K o n s u m .

Bei den Mitgliedern des Konsums bis in die Leitung hinein und bei dem größten Teil der ehrenamtlichen Funktionäre besteht keine Klarheit über die Aufgaben des Konsums als demokratische Massenorganisation.

Die mangelhafte Aufklärung durch die Betriebsparteiorganisationen hatte zur Folge, daß bei der Aufklärung zur Volksbefragung in Westberlin nur eine geringe Beteiligung vorhanden war. Die Diskussion wird in Westberlin im Betrieb unzureichend geführt. Das Beispiel aus der Rittergutsstraße, in der eine Befragung innerhalb des Betriebes unter den westberliner Kollegen durchgeführt wurde, zeigt, daß 17 Kollegen sich der Stimme enthielten.

Eine gute Arbeit der Genossen wird im Kreis Weissensee geleistet. Dort befinden sich 42 Verkaufsstellenausschüsse mit 252 Delegierten, davon 180 (?) Genossen. Durch diese werden ca. 3485 Menschen erfasst. Zu schwach sind die Agitatoreneinsätze in den Konsum-Verkaufsstellen in der Nähe der Westsektoren entwickelt. Es fehlt die systematische Anleitung durch die Parteileitungen. Die Flugblattmaterialien, die zur Volksbefragung, zu den Weltfestspielen, zur gesamtdeutschen Beratung in den Verkaufsstellen ausliegen, werden zum Teil formal verteilt, ohne die nötige Aufklärung hinsichtlich der Lebenslage - Gegenüberstellung des demokratischen Sektors und Westberlin - herauszustellen. Aufgrund der großen Aufgabe, die der Konsum bei der Entwicklung neuer Kader hat und um die führende Rolle der Partei zu verwirklichen, ist es notwendig, wirkliche Kritik und Selbstkritik in den Reihen der Leitung, in den Reihen der Mitglieder sowie in der gesamten Belegschaft zu entwickeln.

Sportbewegung.

Obwohl gerade die Sportbewegung und die Betriebssportgemeinschaften eine breite Basis für die Erfassung vieler unorganisierter Menschen geben, zu denen breite Teile der westberliner Bevölkerung besonders Jugendliche, herangezogen werden können, ist die Arbeit der Partei in der Sportbewegung bisher vernachlässigt worden. Bezeichnend ist, daß von 8 demokratischen Kreisen nur die Kreisleitung Pankow einen Bericht über die Arbeit im Kreissportausschuß gibt.

Diese ideologische Arbeit, die ungenügend geleistet wird, kann auch zu keiner Bewußtseinsveränderung unter den Sportlern führen, das fängt bei den Mitarbeitern der LSA an. Dort beteiligen sich nicht alle am Parteilehrjahr, teilweise seltene Teilnahme daran. Darauf ist es auch zurückzuführen, daß noch kein enger Kontakt mit den Sportlern Westberlins besteht, daß hier noch nicht die sportlichen Interessen mit den nationalen Interessen verbunden worden sind. Sämtliche Sportveranstaltungen, die vom LSA organisiert werden, werden ungenügend für die Aufklärungsarbeit mit der Westberliner Bevölkerung ausgenutzt. Ohne Zweifel ist die Basis und die Bereitwilligkeit vorhanden.

Die Entwicklung der Arbeit in den Friedenskomitees und in den Ausschüssen der Nationalen Front des demokratischen Deutschland

und die ständigen geduldeten Versuche, mit den Vertretern der anderen Parteien im demokratischen Block über die Frage der Politik in der DDR und in Berlin Übereinstimmung zu erlangen, verbesserte sich durch die ideologische Arbeit in den Überprüfungskommissionen und führte zu ständigen Erfolgen.

Die von einem großen Teil der Mitglieder und Kandidaten nicht erwartete Beteiligung der Bevölkerung an der Volksbefragung und an der Vorbereitung und Durchführung der III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten für den Frieden läßt erkennen, daß die Zulänglichkeit der gesamten Bevölkerung im demokratischen Sektor von Berlin zu unseren Problemen noch nicht von allen Genossen richtig eingeschätzt wird.

Ein Hemmnis für die Entwicklung der Friedenskomitees in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland ist die mangelnde Erkenntnis der führenden Teile der Arbeiterklasse im Friedenskampf und bei der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in den Massenorganisationen durch unsere Genossen. Seit ihrem Bestehen ist zu verzeichnen, daß die "hineindelegierten" Genossen ihre Aufgaben dort nicht genügend erfüllen oder sich weigern, wie in der Wohnbezirksorganisation . . . (Unleserlich) an der Arbeit im Stadtbezirksausschuß der Nationalen Front des demokratischen Deutschland teilzunehmen. Die ungenügenden Diskussionen, die in den Betriebsparteiorganisationen der Partei über die führende Rolle der Arbeiterklasse um den Kampf für den Frieden und die nationale Einheit Deutschlands geführt werden, äußern sich dann so wie in Fortschritt I Lichtenberg bei der festgelegten Westarbeit am 24.8.51 nahmen nur 5 Genossen von 20 aufgeforderten den Auftrag an. Auf der Fahrt nach Steglitz führten 2 von ihnen in der S-Bahn abfällige Diskussionen über diese Art der politischen Arbeit und mußten von der verantwortlichen Genossin nach Hause geschickt werden. Eine Genossin, die aufgefordert wurde, an der Agitation in Westberlin teilzunehmen, drohte mit der Abgabe des Parteibuches. Andere Genossen versteckten sich hinter der Entschuldigung, daß sie verlangen, es sollten die Genossen aus den Ministerien gehen, warum ausgerechnet wir!

Allein diese Beispiele zeigen die unzureichende Patenschaftsarbeit mit Westberlin. In den Betrieben wird diese "Unterstützungspolitik" nur dann betrieben, wenn die Genossen durch Anweisung von oben dazu aufgefordert werden, und dann ist die Durchführung auch noch mangelhaft. Die eigene Initiative ist noch zu gering.

In den Betrieben des demokratischen Sektors beschäftigen sich die Parteileitungen noch zu wenig mit der Gewinnung der in diesen Betrieben arbeitenden Westberliner. Sie versuchen, nur auf Hinweise mit diesen Menschen in ständige Gespräche zu kommen, um sie für die aktive Unterstützung des Friedenskampfes in Westberlin zu gewinnen.

Für uns als Landesleitung ergibt sich daraus die Schlussfolgerung, wie sie in der Entschließung der Landesausschußsitzung vom 2. und 3.11.1951 festgelegt wurde.

Entschließung der Landesleitung vom 2. und 3.11.1951 zu den ideologischen Aufgaben der Berliner Parteiorganisation.

I. Die Bedeutung der ideologischen Arbeit.

Es ist besonders Klarheit zu schaffen über den imperialistischen Klassencharakter der Reuter-Koalition und -verwaltung, deren Volks- und arbeitfeindliche Krieg- und Spaltungspolitik die

Ursache für die ständige Verschärfung der Kriegsgefahr durch den Provokationsherd Westberlin und die wachsende Belastung der Bevölkerung Westberlins durch Preiserhöhungen, Arbeitsplatzverlust, Steuern, Besatzungs- und Remilitarisierungskosten ist. Jede Maßnahme Adenauers zur Durchführung des Schuman-Planes, zur Unterordnung der Lebensinteressen der Bevölkerung unter die Profitinteressen der imperialistischen Kriegstreiber wird von der Großen Koalition sofort nach Westberlin übertragen.

Vor der berliner Parteiorganisation steht die verantwortliche Aufgabe, die günstigen objektiven Voraussetzungen zu nutzen und in beharrlicher Massenarbeit der Bevölkerung Berlins zu zeigen, woher die Kriegsgefahr droht, wie ernst die Gefahr ist und aus welcher Quelle sie wächst, woher die Kraft erwächst, sie zu bannen. Dabei gilt es, insbesondere an Hand der gigantischen Bauten des Kommunismus, den Charakter der SU als unbezwingbares Bollwerk des Friedens zu erläutern und der Bevölkerung Berlins den Ausweg und die Perspektive zu zeigen. Die gesamtdeutsche Beratung ist der Weg zur Rettung der deutschen Nation - der einzige Weg zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands und seiner Hauptstadt.

Im Mittelpunkt unserer gesamten ideologischen Arbeit steht also der Kampf um die Erhaltung des Friedens sowie die Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands, wofür der Kampf um die Entfaltung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse in ganz Berlin die Grundlage bildet.

II. Die Ideologischen Aufgaben der Parteileitungen.

Zur Verbesserung der Überzeugungsarbeit der Entwicklung einer prinzipiellen und wirksamen Agitation bedarf es einer systematischen Schulung der Agitatoren über die Grundsätze unserer Politik. Die Landesleitung, die Kreisleitungen und die Leitungen der Parteiorganisationen müssen die Agitatoren regelmäßig schulen, zu seminaristischen Beratungen zusammenfassen und die tägliche Argumentation auszuarbeiten. Wir müssen es lernen, so zu den Menschen zu sprechen, daß sie uns verstehen und unsere Argumentation zu begreifen.

Entschlieung der Landesleitung v. 2. und 3.11.1951 zur Verbesserung der Arbeit der Leitungen.

Es ist daher notwendig, daß die Parteileitungen die gefaßten Beschlüsse überprüfen und das Ergebnis gründlichst zur Fortsetzung der politischen Arbeit analysieren. Die Verbesserung des Arbeitsstils aller Parteileitungen beginnt in den Sekretariaten, wofür die gesamte Leitung verantwortlich ist. Die Kreisleitungen müssen für ihre Arbeit folgendes beachten:

1. ständig sich mit der Entwicklung der politischen Argumentation zu beschäftigen,
2. die kollektive Arbeit des Sekretariats zu sichern und zu fördern,
3. die Bildung von Schwerpunkten in der Arbeit vorzunehmen,
4. durch die Schaffung von Beispielen unter Anleitung diese Beispiele durch Popularisierung zur Verbesserung für die gesamte Parteiarbeit zu benutzen.
 - a) Um eine planmäßige und systematische Arbeit des Sekretariats zu entwickeln, ist es notwendig, einen Kanon der Arbeitsbeispiele für das Sekretariat auszu-
arbeiten, in dem für einen bestimmten Zeitabschnitt die

Probleme und Schwerpunkte, mit denen sich das Sekretariat beschäftigen will, enthalten sind. In diesem Arbeitsplan ist die Konzentration auf die Anleitung der Grundorganisationen, insbesondere in den Schwerpunkten, festzulegen.

- b) Die Sekretariatssitzungen sind noch besser vorzubereiten, die festgelegte TO.strikte einzuhalten. Zu den ausgearbeiteten Beschlußvorlagen sind zur Begründung die verantwortlichen Genossen aus den Abteilungen geranzuziehen. Die Vorschläge für die Beschlüsse sind so zu formulieren, daß sie gleichzeitig die Methode ihrer Durchführung enthalten und für die Genossen in den Abteilungen und Leitungen eine konkrete Anleitung sind. Dazu ist es notwendig, mehr als bisher durch vorbereitende Aussprachen mit den Genossen aus den Schwerpunktbetrieben, den Massenorganisationen, die Sekretariatssitzungen vorzubereiten.
- c) Das Sekretariat muß einen entschiedenen Kampf um die Durchführung der gefaßten Beschlüsse führen. Die Kontrolle der Beschlüsse hat unmittelbar nach der Beschlußfassung zu beginnen. Die Mitglieder des Sekretariats sind verantwortlich in der Anleitung und Kontrolle der gefaßten Beschlüsse und geben eine entscheidende Hilfe den Abteilungsleitern der Kreisleitungen.
- d) Das Verhältnis des Sekretariats zu der Abteilung ist dadurch zu verbessern, daß zu den Vorlagen der Abteilungen die Abteilungsleiter in das Sekretariat zur Begründung und Beratung der Vorlage hinzugezogen werden und daß darüber hinaus die wöchentlichen Arbeitsbesprechungen und politischen Aussprachen mit den Abteilungsleitern unter der Leitung eines Mitgliedes des Sekretariats unbedingt durchgeführt wird. Darüber hinaus sind alle politischen Mitarbeiter der Kreisleitung mindestens wöchentlich einmal durch ein Mitglied des Sekretariats über die Politik der Partei zu unterrichten, die wichtigsten Beschlüsse zu erklären und eine konkrete Anleitung für die Durchführung der Beschlüsse zu geben.
- e) Eine entscheidende Hilfe für die Arbeit des Sekretariats stellt die Parteiinformation dar, die durch kollektive Arbeit verbessert werden muß.

Vor der gesamten berliner Parteiorganisation steht die Aufgabe der gewissenhaften Erfüllung der Beschlüsse der 7. Tagung des ZK und der Landesleitung.

Die Erziehung der Partei zur revolutionären Geschlossenheit verlangt die ständige Entwicklung des ideologischen Niveaus, die beharrliche Kontrolle über die strikte Durchführung der Beschlüsse der Partei, die kritische und selbstkritische Einstellung zur eigenen Arbeit, die Entwicklung der innerparteilichen Demokratie und das ständige Bemühen um die Verbesserung der sozialen Zusammensetzung der Partei.

Von dieser Landesleitungssitzung aus muß der energische Wille in die berliner Parteiorganisation getragen werden, die Arbeit auf allen Gebieten zu verbessern, die bestehenden Mängel in der Arbeit der Parteileitungen zu beseitigen, die engste Verbindung zwischen Landesleitung, Kreisleitungen und den Parteiorganisationen in Betrieben und Wohngebieten herzustellen und durch die höchste Aktivität, die der Berliner Parteiorganisation gestellten Aufgaben in schnellstem Tempo zu erfüllen.

Die Landesleitung verpflichtet alle Mitglieder und Funktionäre der berliner Parteiorganisation, sich in diesem Sinne für die

- 10 -

Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees und der Landesleitungssitzung v. 2. und 3. November 1951 mit aller Energie einzusetzen und durch die Verbesserung der Arbeit aller Parteileitungen für die Durchführung dieser Beschlüsse zu garantieren.

SECRET CONTROL
U.S. OFFICIALS ONLY

SECRET CONTROL
U.S. OFFICIALS ONLY